

Sezession

Sachsen

Maximilian Krah
Mehr Sachsen

Jörg Seidel
Sachsen ist anders

Uwe Tellkamp
Spätes Atlantis

Benedikt Kaiser
AfD im Osten

Thomas Wawerka
Christen im Osten

90

Juni 2019
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und Erik Lehnert

17. Jahrgang, Heft 90,
Juni 2019

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

 Manuskripte sind übrigens stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9 000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Bild und Text

Thema »Sachsen«

Sieferle-Debatte

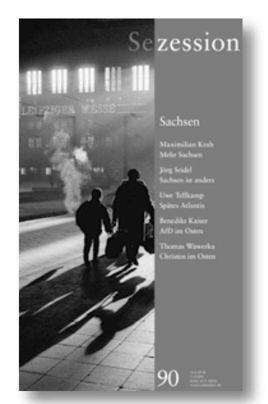
Bücher

Titelseite: Leipzig Hauptbahnhof, November 1989. © Brian Harris/Alamy

Sachsen

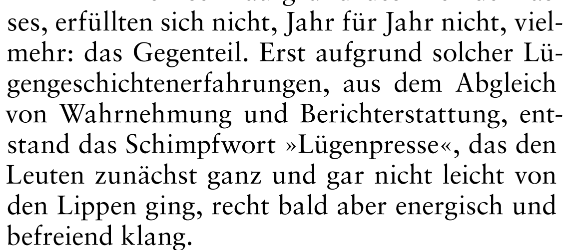
von Götz Kubitschek

Es ist seltsam und tröstlich zugleich, daß wir auch nach viereinhalb Jahren PEGIDA, nach Jahren der Erfahrung mit der bundesweit ersten Landtagsfraktion der AfD in Dresden, nach den beschämend blöden Berichten über Sachsen als dem finsteren Herzen Dunkeldeutschlands, nach den widerständigen, bürgerlichen Stellungnahmen und der in Loschwitz formulierten »Charta 2017« zur Verteidigung der Meinungsfreiheit, nach der Initiierung des Kunstprojekts »Trojanisches Pferd« im Herzen Dresdens und nach dem Jubel über die AfD-Direktmandaten zur Bundestagswahl im Erzgebirge, der Sächsischen Schweiz, Görlitz und Bautzen – daß wir also nach der Mobilisierung hundertausender Sachsen gegen das Berliner Gesellschaftsexperiment noch immer nicht hinreichend Auskunft darüber geben können, wer die Sachsen sind und warum sie so wesentlich anders sind als die anderen.



Wir haben für das Themenheft der *Sezession* nachdenkliche und tiefsinnige Texte von Sachsen wie Bernig, Hennig, Krah, Seidel, Tellkamp, Wawerka zusammentragen können; gibt einer von ihnen erschöpfend Auskunft darüber, warum in keinem anderen Bundesland der Widerstand gegen die Auflösung aller Dinge durch die postmoderne Beliebigkeit vom einfachen Arbeiter über den gebildeten Pfarrer bis zum feinsinnigen Lyriker so massiv und beharrlich und klug vorgetragen wird: auf der Straße, am Infostand, in der Predigt, auf dem Papier, Parole für Parole, Strophe für Strophe? Nein, natürlich nicht. Die Zusammenstellung ist voller Andeutungen und Umkreisungen, und mehr kann sie auch nicht sein: Denn es gibt keine Sachsen-Formel, keinen Trick, den man kopieren, adaptieren könnte, um andernorts, also: jenseits dieses Stammesgebietes, nein: Bundeslandes so etwas wie die sächsische Mentalität einzupflanzen oder nachzubauen. Man kann sie weder rasch aufziehen noch künstlich erzeugen, es gibt keine Formel für sie, und kein Trick, kein Zylinder mit doppeltem Boden verbergen einen »wahren Grund« oder ein Ressentiment: Immer wieder nimmt man eine geradezu unbelehrbare Beharrlichkeit wahr, mit der das abgelehnt wird, was nicht überzeugen kann, und dies allein (wie gesund!) reicht hin, um das Bewährte dem Spleen vorzuziehen.

Ja, das könnte eine Formel sein: Das Neue muß überzeugen, sonst wird es verworfen, und die Entscheidung darüber, was einen Versuch wert sein könnte, sollte tunlichst kein anderer treffen, vor allem nicht Berlin, wobei Berlin wohl als Synonym für das gilt, was übergestülpt werden soll, obwohl es nicht überzeugt. Wer wüßte besser, was für Sachsen gut ist, als die Sachsen selbst? Man braucht dort keine Gouvernanten und schert sich nicht besonders um den »Ruf in der Welt«, zumal dann nicht, wenn ihn das Berliner Establishment drohend herbeischreibt und herbeiquatscht. Wir erinnern uns, daß es »in den Medien« Montagabende gab, an denen kein Dunkelhäutiger sich in Dresden mehr auf die Straße hat wagen können, daß diese freche Behauptung und miese Lüge aber zugleich im Verlauf der fridlichen PEGIDA-Stunden durch keine Erfahrung, keinen Vorfall gedeckt war. Und auch die konstruierten Prognosen, es würde ein Rückgang der Fremdenverkehrszahlen für den Freistaat zu verzeichnen sein aufgrund des Fremdenhasses, erfüllten sich nicht, Jahr für Jahr nicht, vielmehr: das Gegenteil. Erst aufgrund solcher Lügengeschichtenerfahrungen, aus dem Abgleich von Wahrnehmung und Berichterstattung, entstand das Schimpfwort »Lügenpresse«, das den Leuten zunächst ganz und gar nicht leicht von den Lippen ging, recht bald aber energisch und befreiend klang.



Dann und zuletzt der hinterhältigste Schuß: die Sachsen als diejenigen, die zuwenig Westen hätten genießen können, vor der »Wende«, und die damit in einen unaufholbaren mentalen Rückstand auf die moralischen Spitzenreiter aus Baden-Württemberg, Bremen, Rheinland-Pfalz, Hessen undsoweiter geraten seien. Nein, diese »Gesinnung« ist nichts, das man nachholen müßte. Und doch: Nachholbedarf in einem ganz anderen Sinne: von der Geschichte auf eine unstatthafte Art ins Hintertreffen gerückt worden zu sein, und nun, fleißig, unbeirrbar und eben nicht als west-verrücktes Beuteland sich wieder nach vorn arbeitend – auch das ist Sachsen, spürbar und sichtbar, empörtes Selbstbewußtsein, feiner Stolz.

Gut: Ich idealisiere. Aber so ist das eben, wenn man hofft. ■

Parallelgesellschaft

von Ellen Kositza

Nein, nein, es geht nicht um Carl Schmitt. Die Ähnlichkeit mag frappierend sein, aber sie tut nichts zur Sache. Der, der hier rechts unten im Bild als CS-Look-alike einen Juristen spielt, bleibt im Film namenlos und spielt eine sprachlose Rolle. Es geht um Hatun Sürücü, Rufname Aynur. Sie ist nicht im Bilde. Sie ist tot. Ich erinnere mich gut an die Nachrichten über ihre Ermordung im Jahre 2005. Es hatte mich aufgewühlt. Damals war Hatun/Aynur 23 Jahre alt. Sie hätte meine kleine Schwester sein können, derselbe Jahrgang.

Zu dieser Zeit gab es auf der »Rechten« ein paar Leute, die mit dem Islam liebäugelten. Weil es dort klare Regeln und Rollen gibt, Entschiedenheit, Strenge, Polarität statt anstrengender Ambivalenz, Eindeutigkeit statt Licht und Schatten. Manche sind tatsächlich dort hängengeblieben. In vielen islamisch geprägten Ländern, ob Albanien, Türkei, Iran oder Kirgistan pflegt man zudem eine großherzige Gastfreundschaft gegenüber westlichen Besuchern. Diese Gemengelage machte und macht die Botschaft attraktiv, gerade für heimatlose Rechte.

Aynur nun: Sie mußte sterben, weil sie der westlichen Dekadenz anheimgefallen war. Sie traf sich mit Jungs, legte ihr Kopftuch ab, lernte Elektroinstallateurin. Sie war ziemlich normal für deutsche Verhältnisse. Aber, das weicht ab, sie lebte nicht nur in deutschen Verhältnissen, sondern in einer strenggläubigen islamischen Familie, deren Ehre sie mit ihrer Lebensweise beschmutzte.

Dafür hatte sie den Tod verdient – nach Auffassung derer, die wir hier in zweiter Reihe lümmeln oder in sich schauen sehen. Es sind drei ihrer Brüder. Sieben ihrer acht Geschwister sind in Deutschland geboren – von einer Mutter, die mit ihrem Mann in den siebziger Jahren aus Ostanatolien nach Berlin gezogen war, beide sunnitische, strenggläubige Kurden. Aynur war die erste Tochter nach vier Söhnen. Sie ging in Berlin zur Schule – freilich mit Kopftuch. Mit 16 wurde sie zurück in die Türkei geschickt und dort mit ihrem Cousin verheiratet. 1999 wurde sie schwanger. Ihr Mann schlug sie fortwährend. Aynur flüchtete zurück – kann man sagen, in »ihre Heimat«? Wenn ja, handelte es sich auch um das Heimatland ihrer Brüder Tarik (der bei der Bundeswehr dient), Sinan (der ein echter Kotzbrocken ist) und Nuri (der sie erschießen wird)? Die Sache ist kompliziert. Man kann nicht sagen, diese arroganten Fratzen, die wir hier sehen, seien »nicht unser Problem«. Natürlich sind sie es. Aynurs ältester Bruder kommt übrigens nicht vor; er ist dauerdelinquent und verbringt die meiste Zeit im Gefängnis. Ein weiterer Bruder kommt vor, sitzt aber nicht auf der Anklagebank; er hatte immer zu seiner Schwester gehalten.

Kommt wo vor? Es geht hier um einen Film, den die Regisseurin Sherry Hormann gedreht hat und der seit Mitte Mai in deutschen Kinos gezeigt wird: *Nur eine Frau*. Sherry Hormann, Jahrgang 1960, geboren in New York, 2009 mit dem Film *Wüstenblume* über Frauenbeschneidungen im muslimischen Afrika bekannt geworden, ist das, was man *tough* nennt: Sie verbrämt nichts, sie – produziert wurde der Film übrigens von Sandra Maischberger, man staune – geht ans Eingemachte. (Hormann war übrigens mit Dominik Graf und Michael Ballhaus verheiratet – dies als Fußnote für Cineasten.)

Über Hormanns neuen mit Originalaufnahmen gespickten Film heißt es in den Mainstreammedien (etwa bild.de), daß »Shootingstar Almila Bagriacik *(4 Blocks)* die Hauptrolle« spielt. Das wäre die unkritische Lesart dieses Films. *Shootingstar* – das ist wirklich eine grandiose Wortwahl! Almila/Aynur wird ja am Ende tatsächlich erschossen – von dem kleinen Bruder, den sie einst gewickelt hatte. Die kritischere (von den Intellektuellenmedien rundum gestellte) Frage an die Regisseurin lautet selbstverständlich: »Was haben Sie getan, um sich vor dem Beifall von der falschen Seite zu schützen?« Immerhin wird in Hormanns Film genau das gezeigt, was wir hier im Bilde sehen: Drei selbstgefällige orientalische Typen sitzen auf der Anklagebank. Sympathisch wirkt keiner der drei. Verbissen, hochmütig, präpotent, stur, unbelehrbar wirken sie. Von Demut oder Reue keine Spur. Ist das überzeichnet? Nein. Wer je an einem »Ehrenmord«-Prozeß teilgenommen hat (ein Wort übrigens, daß bis 2005 sich nicht im deutschen Sprachgebrauch fand), weiß, daß diese Typen exakt so drauf sind. Sie treten nach, feixen in Richtung der Opferfamilien, gebärden

sich ungebrochen. Sie geben die Zügel nicht aus der Hand, und niemand weiß, ob das bloß eine Pose ist. Man kann es nur ahnen. Ihre Glaubensgewißheit – und wir sehen im Film die islamische Katechese – ist unerschütterlich. Die drei Blutsbrüder hier mögen im Vergleich zu »Carl Schmitt« und Kollegen wenig gebildet und ungeschliffen sein. Hier geht es aber nicht um Anwaltshonorare, Bescheidwissen oder akademische Grade – »Ehre« ist nur hierzulande eine abseitige Kategorie, nicht in der islamischen Identität. Die drei Verschwörer – wären sie je integrierbar gewesen in unsere papierne Grundgesetzwelt? – dringen in ein Vakuum.

Aber dann blättert man nach auf der politisch völlig unverdächtigen und sauber recherchierten Netzseite ehrenmord.de. Hier gibt es seit Aynurs Tod kein einziges Jahr, in dem nicht überdeutlich mehr als »ein Dutzend« Ehrenmorde verzeichnet sind. 2018 sollen es mindestens 39, 2017 sogar 56, 2016 insgesamt 41 gewesen sein. Und allesamt sind sie äußerst tragisch, heißt, sie hätten Filmpotential. Und natürlich kommen die würgenden, schießenden, stechenden Täter allesamt aus exakt einem Kulturkreis: Verübt werden Ehrenmorde in Deutschland vor allem von Türken, Afghanen, Syrern und Irakern, aber auch andere islamische Länder stellen jeweils ihr Koningent, und gemessen an der Größe der Ausländergruppen sind die Türken längst nicht die aggressivste Gruppe.


© Mathias Bothor / filmpresskit.de

Insgesamt eben: ein rein islamisches Problem. Sherry Hormann kennt das unwürdige Dilemma und sagte dazu dem Deutschlandfunk: »Ich bin davon überzeugt, dass viele Leute sagen, ja, du spielst denen in die Hände. Nur, wenn ich keine Geschichten mehr erzählen darf in der Differenziertheit, Angst haben muss, dass ich jemandem in die Hände spiele, dann werde ich nur noch schweigen, und ich will nicht schweigen. Ich lebe in einer Demokratie, und es ist meine Verpflichtung, Stoffe dieser Art zu beleuchten.«

Das Filmmagazin kinozeit.de betont: »Außerdem verengt der dargestellte Fall den Blick darauf, dass ›Ehrenmorde‹ kein rein muslimisches Problem sind, sondern auch in anderen religiösen wie gesellschaftlichen Zusammenhängen geschehen.« Also etliche christliche Ehrenmorde darunter? Hat »nichts mit dem Islam zu tun?«

Bei wikipedia lesen wir, daß dieser »Ehrenmord« an Frau Sürüncü »laut einer Studie des Bundeskriminalamtes kein Einzelfall« sei, sondern »einer von einem Dutzend Tötungsdelikten, die pro Jahr in Deutschland ›im Kontext patriarchalisch geprägter Familienverbände‹« stattfinden. Das ist schön gesagt. Und zwölf Morde pro Jahr in diesem »Kontext« – das wäre noch überschaubar.

Mehr muß eine Künstlerin nicht tun. ▪

Autorenporträt Uwe Tellkamp

von Adolph Przybyszewski

Ein »wichtiger Heimatautor« sei der Dresdner »Epiker« Uwe Tellkamp, dekretierte der aus Elbflorenz stammende Lyriker Durs Grünbein in einem Interview, das er im Frühjahr 2018 der *ZEIT* gab. Aus einer vermeintlich weltliterarischen Position heraus scheint sich hier ein vergiftetes Lob zu artikulieren, wird doch der Begriff Heimat im Zusammenhang mit Literatur hierzulande immer noch gern als Etikett für Provinzialität, Kitsch oder gar Deutschtümelei gebraucht. Betreffendes Interview (»Was wir von Tellkamp hören, kennen wir von Pegida«) war ein Nach-Tarocken des prominenten Lyrikers, der sich in Dresden mit seinem Kollegen kurz zuvor ein aufsehenerregendes öffentliches Streitgespräch über die Freiheit zur Meinungsäußerung in der gegenwärtigen Republik geliefert hatte. Anlaß war die Unterschrift des nicht weniger prominenten Schriftstellers Tellkamp unter einer Charta zur Bewahrung dieser Meinungsfreiheit gewesen, im Oktober 2017 initiiert von der Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen aufgrund der seinerzeit massiven Agitation und physischen Angriffe gegen politisch unliebsame Verlage und Zeitschriften auf der Frankfurter Buchmesse. Schon 2015 hatte Grünbein angesichts der Montagsdemonstrationen tausender Bürger ein »Monster« just in dem Dresdner Volk entdeckt, dem er sich 1989 noch selbst zuzurechnen schien – seither zeigt er sich von seiner Herkunft so be- wie entfremdet. Diesem Monster-Volk schreibt der Lyriker offenbar auch seinen Debattengegner zu.

»Links und rechts, die alten Gegensätze, wollen für unser heutiges Leseempfinden nicht mehr taugen. Wir sind ratlos. Wir wissen nicht, was tun.«

Uwe Tellkamp: *Sandwirtschaft,* S. 45

Freilich verrät all dies mehr und anderes, als die gesetzte Rede es will. Im Hinblick auf den ökonomischen Erfolg und die enorme Resonanz von Tellkamps bekanntestem Roman *Der Turm* (2008) wäre es wohlfeil, nur maliziösen Neid des einen Sohnes seiner Stadt dem anderen gegenüber zu konstatieren. Tellkamps *lieu essentiel* ist zweifellos Dresden, aus dem und um das er versucht, eine kleine *comédie humaine* zu entwickeln. Damit kann man ihn auch mit Recht als einen Heimatautoren bezeichnen, und zwar in dem Sinne, wie es der Preuße Theodor Fontane war, oder der Sachse Heiner Müller: Fontanes Werk kreist um Brandenburg, seine im Sog modern globaler Reichspolitik gefährdete Heimat, und Müllers Texte gründen fest in der pädagogischen Provinz der DDR – beide fassen jedoch immer auch die ganze deutsche Befindlichkeit im Mahlstrom der Moderne ins Auge, durch das Brennglas dessen, was ihnen Heimat war oder ist.

In Grünbein und Tellkamp gerieten, aus unterschiedlichen Positionen zu solcher Heimat heraus, zwei Dichter aneinander, die deutscher kaum sein könnten, und kaum zufällig kommen sie beide aus dem »Inneren Ostrom« der hiesigen Hemisphäre: Es sind keine engagierten Literaten, die in Dresden miteinander diskutierten, urbane Bürschchen etwa der Art, daß sie sich fern der Tat für Antifaschismus als Handarbeit begeistern oder klammheimliche Freude über vorgeblich revolutionären Aktivismus verkünden würden; es sind vielmehr ernstzunehmende Männer

des Wortes, im Grunde einig mit Gottfried Benn darin, daß es nicht Aufgabe der Dichter sein könne, die Welt zu ändern. Und doch werden sie allenthalben als politisch wahrgenommen: Dem einen rechnet man es positiv an, daß er auf Distanz geht zu einer sich außerhalb der kontrollierten Kanäle Bahn brechenden *vox populi* – eine Reaktion ganz im Rahmen des Erwartbaren. Tellkamp, jener andere, irritiert wiederum durch sein Unterlaufen und Verweigern solcher Rituale, zumal er einige Jahre vorher schon manchen Kritiker verstört hatte durch einen Roman, der mißverstanden werden konnte als eine im Gestus militante Apotheose einer Konservativen Revolution im neuen Deutschland.

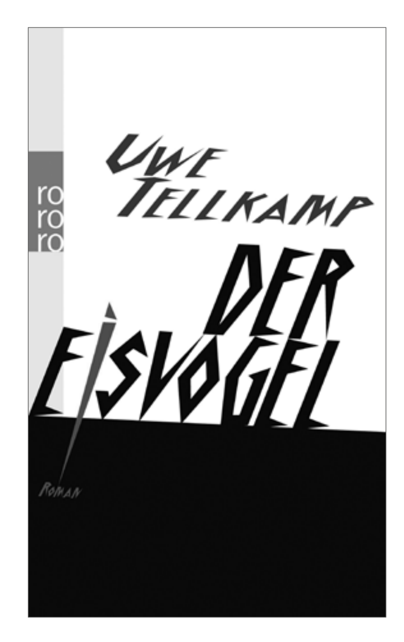


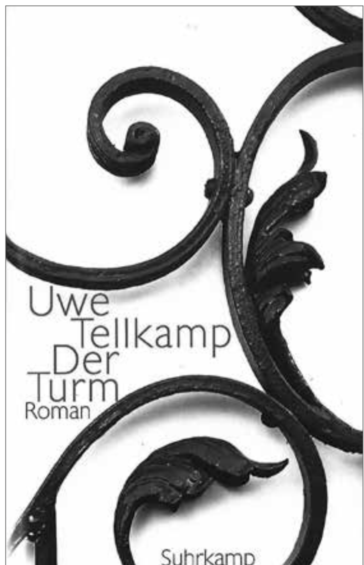
Der Eisvogel ließ 2005 junge Rechtsintellektuelle aus der bundesdeutschen Oberschicht in Berlin an ihrer Gegenwart leiden, einer Vorhölle des Konsums, der Ich-Verpanzerung und Sinnlosigkeit, und dies in eine eloquent Kritik ummünzen – der Roman spitzt dies dramatisch schließlich so zu, daß die Protagonisten als Geheimbund, unterstützt aus dem Establishment, Anschläge vorbereiten, um die genußsüchtig-nihilistische Gesellschaft in einen Ernstfall und dadurch zu einer moralischen Erneuerung zu zwingen. Treibende Kraft dieser Radikalisierung ist die Figur des Mauritz Kaltmeister, der sich der promovierte und beruflich gescheiterte Philosoph Wiggo Ritter anschließt. Sprachlich herausragend verfaßt, schien dieser Roman eine radikale Zivilisationskritik von rechts literatur- und damit hoffähig zu machen: Da sich die Erzählung »in Form eines Patchworks aus Gesprächsprotokollen« entfaltet und dabei kein »allwissender Erzähler« den Leser bei der Hand nimmt, um ihm zu sagen, »was gut, was verwerflich ist« (Gunther Nickel), waren einige Rezensenten offensichtlich überfordert und glaubten in der Figurenrede die Meinung des Autors identifizieren zu können. Der Text läßt jedoch nicht nur jene elitäre Zivilisationskritik von rechts plausibel erscheinen, sondern dekonstruiert dies sogleich wieder, indem er das Geschehen durch das Prisma diverser Erzählstimmen perspektivisch bricht und das klägliche Scheitern rechtsintellektueller Sektierer eindrücklich vor Augen führt – die Revolte scheint im Roman unmöglich, weniger durch die gesellschaftlichen Widerstände als vielmehr aufgrund der defizitären Persönlichkeiten derer, die sich berufen fühlen, die Welt gewaltsam zum vermeintlich Besseren zu verändern.

Im versierten, kunstvollen Stil dieses Romans, im Pathos der Figurenrede und in deren Fixierung auf die vormalige deutsche Hochkultur ist gewiß auch der Autor, seine poetologische Ausrichtung selbst zu erkennen: Die ersten poetischen Schritte in die Öffentlichkeit hatte der 1968 in Dresden geborene Tellkamp, zunächst als Arzt tätig, auf lyrischem Gebiet gewagt, sieht man von einer satirischen Fingerübung für den *Eulenspiegel* 1987 ab, und sie nahmen gleich ein episches Maß und Ausmaß an. *Nautilus,* ein lyrisches Projekt aus frühsten Tagen, wuchert seither gleichsam rhizomatisch unter der Oberfläche, die bislang nur durch gelegentliche Publikationen durchbrochen wurde: Dieser epische Gesang von noch nicht öffentlich definiertem Umfang will »ein Modell von Geschichte gewordener Wirklichkeit und Wirklichkeitserfahrung« entwerfen, »ein Sinnbild, kein Abbild«, das seine Orientierung an Größen wie Hölderlin und Ezra Pound nicht verleugnet: »deine sprache wird eine musik sein / die niemand mehr spielt, der jahrhunderte / buch, niemand mehr wendet die seiten. dein haus / wird auf dem meeresgrund ruhn, deine stimme / fremd sein, in geliehenen worten / wirst du wohnen, nie mehr in wärme.« Ein unter das Signum des Barons von Münchhausen gestellter Gedichtzyklus *Reise zur blauen Stadt* (2009) hingegen schlägt einen heiteren Ton an und entwirft die surreal-unscharfen Konturen einer Stadt durch ihre skurril-märchenhaften Bewohner, neben anderen einen »Souffleur des Serapionstheaters« ebenso wie »Libussa Federspiel, Lehrerin an

»Handwerk im engeren Sinn ist die Beherrschung der tradierten Formen. Der Handwerker weiß, was ›richtig‹ und was ›falsch‹ ist […] Handwerk im weiteren Sinn ist die Fähigkeit, einem Stoff (dieser Terminus sei mir hier auch für die Lyrik gestattet) die ihm angemessene, und das heißt: nur so und nicht anders mögliche Form zu geben.«

Uwe Tellkamp: *Sandwirtschaft,* S. 148f.







der Nautischen Akademie«, die dem Besucher mitteilt, als der Kaffee durch ist: »Ich kenne Dresden. Das ist auch eine / von unseren Städten am Meer.«

Tatsächlich waren es wohl seine diversen lyrischen Publikationen, die Tellkamp den Weg bahnten zu seinem Durchbruch bei den Tagen der deutschsprachigen Literatur 2004 in Klagenfurt, wo er einen Auszug aus einem Romanprojekt unter dem Arbeitstitel *Der Schlaf in den Uhren* vortrug und den renommierten Ingeborg-Bachmann-Preis gewann, der den Auftakt einer Reihe hochgeachteter Auszeichnungen bildete. Dieser Text steht in seiner Mischung aus innerem Monolog und Bewußtseinsstrom, der gehobenen Tonlage und den Schlüsselbegriffen beispielhaft für die lyrische Aufladung von Tellkamps Prosawerken, die sich mit einer Fixierung auf die Thematik von Niedergang und Selbstbehauptungsversuch, Verlust und schönem Augenblick, Vergessen und Erinnerung verbinden – und dabei auch bewußt Anschluß an die Tradition der visionär-prophetischen Dichterrede suchen. Tellkamps erzählerisches Debüt, 2000 unter dem Titel *Der Hecht, die Träume und das Portugiesische Café* erschienen, erfuhr noch wenig Beachtung, genügte mit seinem poetischen Überschwang wohl auch nicht den Ansprüchen des Autors, weswegen er sich – erfolglos – gegen eine zweite Auflage gestellt haben soll. Dieser Romanerstling und sein in Klagenfurt vorgetragener Text können indessen als Vorstufen, Teile oder Aspekte eines langjährigen, um Dresden zentrierten Erzählprojekts angesehen werden, das im *Turm* eine monumentale, poetologisch und inhaltlich durchgeformte Gestalt gewonnen hat. An seinen danach unter dem Titel *Die Schwebebahn* (2010) publizierten Dresdner Erkundungen und der Erzählung *Die Carus-Sache* (2017) ist zu sehen, daß sich dieses Projekt offensichtlich weiter fortschreibt. Sein kurz nach dem Klagenfurter Preis erschienener Roman *Eisvogel* hatte die Entscheidung der Jury in Klagenfurt auf eine, wie zu sehen war, in der Wirkung ambivalente, qualitativ indessen eindeutige Weise bestätigt.

Tellkamps drei Jahre später publizierter Erfolgsroman *Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land,* der knapp 1000 Seiten umfaßt, wurde von der Kritik dann fast einhellig in den höchsten Tönen gefeiert, stieß in Dresden selbst aber keineswegs auf ungeteilte Begeisterung. Im Dresdner Mikrokosmos entwirft er um die weitverzweigte Familie der Hauptfigur Christian Hoffmann, des Sohnes eines Chirurgen und einer Krankenschwester, ein Bild der letzten sieben Jahre der DDR bis zu ihrem Kollaps am 9. November 1989. Das Geschehen entwickelt sich aus fünf Häusern auf dem »Weißen Hirsch« heraus, einem Villenviertel an den Dresdner Elbhängen, umgreift aber bald das Geschehen nicht nur im real existierenden Sozialismus auf eine bisweilen surreale Weise, sondern vergegenwärtigt auch historisch tiefer liegende Schichten. Ein bildungsbürgerlicher, im Musischen aufgehobener Bezirk entsteht so inmitten der monochromen sozialistischen Braunkohlewelt: »Neuen raum in den raum« scheint dieses Milieu zu schaffen, ganz so, wie es in Georges Geheimem Deutschland als Möglichkeit der inneren Emigration entworfen wurde.

Tellkamps Roman arbeitet wie schon der vorangegangene mit diversen Mitteln der Perspektivierung, der Montage: Ein fiktives Tagebuch des Onkels Meno Rohde ist als prominente Sichtweise erzählerisch parallelgeführt, Briefe, Zeitungsausschnitte, Tonbandprotokolle und ähnliches sind eingestreut, wenngleich dieses Mal aus auktorialer Position im Hintergrund die gesamte Erzählung sanft auf das Ende des sozialistischen Systems und im Grunde auch den Zerfall der bis dahin aufrechterhaltenen familiär-bürgerlichen Gegenidylle hin organisiert wird. Wichtige Gestalten der Literaturszene der DDR, Wissenschaftler und Politiker treten in verfremdeter und verschlüsselter Form auf, Peter Hacks etwa, einer der bedeutenden deutschen Autoren des 20. Jahrhunderts, ist in der Figur des zynischen Eschschloraque – respektvoll – verarbeitet, hochliterarische Strukturmuster, von Goethes *Wilhelm Meister* bis Thomas Manns *Zauberberg* und anderen, und Zitate durchziehen den

Roman, manchem erschien er geradezu überfrachtet mit Bildungsgut einerseits, zu betont ausgestelltem DDR-Inventar andererseits. Solches verkennt indessen das Programm dieses raffiniert mit autobiographischen Elementen spielenden, auch für Leser ohne DDR-Insassenerfahrung angelegten großen Zeitromans, der eine nachgerade romantische Integration der Gattungen, Themen und Motive, von Kunst und Leben inszeniert.

Dem entspricht Tellkamps offen bekundete Ablehnung einer allzu platten, es sich einfach machenden Ironie, nicht aber der Ironie an sich. Sein vordergründig antiironischer Gestus entbehrt indessen selbst nicht der Ironie: Wie Peter Hamm in einer Besprechung von Martin Walsers Poetikvorlesung über *Selbstbewußtsein und Ironie* 1982 bemerkt hat, gibt es für diesen anderen bedeutenden deutschen Autoren der Gegenwart »Ironie nur als Reaktion auf Herrschaft – mithin als Arbeit und nicht als Spiel«, eine Arbeit, die den Mangel »erst als Mangel fühlbar« mache und »also Verlangen nach Veränderung, nach Geschichte« wecken könne (*Die Zeit,* 26. März 1982). Das ließe sich auch auf Tellkamp anwenden, dessen Versuch, den lyrisch-hohen Stil und das Pathos auch für die Gegenwartsprosa zu beanspruchen. Gegenüber all den abgeklärten, routinierten Ironikern, denen alles nur zu entlarvende »Konstruktion« ist, hinter der sie allein das Nichts zu erkennen vermögen, wirkt Tellkamps Gestus im Walserschen Sinne hochgradig ironisch, da werden die Erzählungen und Gedichte eines Unpolitischen hochpolitisch.

»Ironie stellt in Frage, Pathos sucht nach einer Antwort, Ironie ist nicht Humor, Epik aber kommt ohne Humor, das lösende Feuchte, das meerische Element, nicht aus, Ironie, methodisch gebraucht, wird zur Gefangenschaft der Mutlosen, leicht zum Zynismus und dann unfähig zum Beginnen.«

Uwe Tellkamp: *Sandwirtschaft,* S. 44f.

Daß sich Uwe Tellkamp aber plötzlich, seit seiner Unterzeichung der »Charta 2017«, mitten im Getümmel scheinbar tagespolitischer Debatten wiederfindet, ja sich geradezu selbst hineinwarf, indem er sich einem öffentlichen Disput stellte und danach sogleich noch die ebenfalls umstrittene »Gemeinsame Erklärung 2018« zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse und gegen eine unkontrollierte illegale Masseneinwanderung an führender Stelle mittrug, das hat mit seinem Werk nur wenig zu tun – er ist hier Citoyen, der sich öffentlich einmischt und seiner Prominenz bedient, im Stile des Intellektuellen seit Zolas »J'accuse«, um sich als Bürger gegen den mediopolitischen Komplex Gehör verschaffen zu können. Hier wird der Dichter zum Intellektuellen, der sein eingreifendes Reden im übrigen auch schon durch ein veritables essayistisches Werk, allerdings ganz bezogen auf Literatur und bildende Kunst, eingeübt hat; und hier gewinnt Tellkamp nunmehr auch eine andere wichtige Bedeutung, die sich in seiner Debatte mit Grünbein manifestierte – wenn der politische Diskurs hierzulande allmählich offener wird, dann ist dies nicht zuletzt diesem Autor und seinem Kontrahenten zu verdanken. Die undankbare Rolle eines Winkelried hatte freilich zuvor der in Radebeul lebende Romancier und Lyriker Jörg Bernig übernommen, zunächst im Dezember 2015, aus gegebenem Anlaß, doch noch vor den massenhaften Silvesterübergriffen gegen Frauen auf der Kölner Domplatte. Mit einem vorsichtig fragenden Artikel in der *Sächsischen Zeitung* unter dem Titel »Zorn allenthalben«, sodann mit seiner Kamenzer Rede am 7. September 2016 hatte er als Autor essayistisch ausgesprochen, was er an sich und anderen wahrnahm: einen wachsenden Zorn darüber, »dass uns, also dem, ganz pathetisch gesprochen, Volk, Tag für Tag gesagt wird, wie wir zu denken haben«, Kritik an der Einwanderungspolitik seitens einer mit großen Teilen der Medien verbündeten Obrigkeit sogleich als extremistisch denunziert werde. Ein solcher wachsender Zorn läßt sich nun an keinem besser beobachten als an Uwe Tellkamp, der bereits in seinem Dank für die Verleihung des Kulturpreises der Deutschen Freimaurer in freier Rede sagte, es würden heutzutage in vielen Medien »Verbiegungen, Mechanismen, Talkshows mit Ein- und Ausladungspolitiken betrieben, die mich erschüttern«, Beobachtungen und Erfahrungen, die er auch für eine literarische Figur verwende, an der er arbeite: »weil sie sie an die Zeit vor 30 Jahren erinnern. Und diese Figur fragt sich, ob man mittlerweile in einer DDR 2.0 lebt – und wenn ja, warum. Und wie das Internet, als ein Medium der Freiheit, zu einem Medium des Hasses geworden ist. Aber der Hass, der darin vorkommt, wird unterschiedlich definiert. Wer bestimmt darüber, wer verfolgt das? Eine Mitarbeiterin der Staatssicherheit zum Beispiel, in einer Stiftung, deren Namen ich nicht nennen muss. Diese Dinge treiben mich um als Autor, als politischer Mensch, der ich auch bin.«

Ex oriente lux – wir bleiben gespannt, was uns der Dichter und der politische Mensch Tellkamp noch stiften und sagen wird. ▪

Auswahlbibliographie:

Der Hecht, die Träume und das Portugiesische Café. Roman, Leipzig 2000 (2. Aufl. 2009);

Der Eisvogel. Roman, Berlin 2005;

Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land, Frankfurt a.M., 2008;

Die Sandwirtschaft. Anmerkungen zu Schrift und Zeit, Frankfurt a.M., 2009;

Reise zur blauen Stadt, Frankfurt a.M., 2009 [Lyrik];

Die Uhr. 24 Betrachtungen, Eckernförde 2010;

Die Schwebebahn. Dresdner Erkundungen, Berlin 2010;

»Berauschte Maschinen. Gottfried Benn und der Ptolemäer«, in: Gottfried Benn: *Der Ptolemäer. Berliner Novelle,* Stuttgart 2011, S. 7–22;

»Der Rote Cucujus«, in: Ernst Jünger: *Subtile Jagden,* Stuttgart 2017, S. 275–305;

Die Carus-Sache. Erzählung, Eckernförde 2017 (2. Aufl. Berlin 2018).



EIN
FÜRSTENSTAMM,
DESS HELDENLAUF
REICHT BIS
ZU UNSERN TAGEN,
N GRAUER VORZEIT
GING ER AUF
IT UNSRES VOLKES
SAGEN.
1873

Eine recht hübsche Geschichte haben sie auch

von Erik Lommatzsch

Den stärksten und den drolligsten König haben sie vorzuweisen. Ihren Dialekt nachzuäffen gilt in ansonsten pointenresistenten Kreisen noch immer als preiswerter Schenkelklopfer. Sie wissen, daß Gold auch weiß sein kann. Sie hatten die am längsten ununterbrochen regierende deutsche Dynastie. Bezüglich des Kriegshandwerks wären sie in den letzten Jahrhunderten besser damit gefahren, sich auf den Ausbau ihrer Prunkwaffensammlungen zu beschränken. Vor knapp 170 Jahren konnten sie die weltweit größte Ziegelbrücke einweihen, fünf Jahre Bauzeit. Böse Zungen behaupten, ihre Landeshauptstadt wäre auch Hauptstadt der zweiten deutschen Diktatur geworden, gäbe es dort nicht einen Zwinger, in welchem die Einwohner die nur mäßig gelittene Staatsführung dann gern eingeschlossen hätten. Und, aber das ist eine relativ neue Entwicklung, sie bringen ihren Unmut durchaus zum Ausdruck, wenn ihnen Verordnetes unverständlich ist und offiziell Verlautbartes nicht mit dem übereinstimmt, was sie selbst erleben.

Genau, von den Sachsen ist die Rede.

Am 3. Oktober 1990 fand nicht nur die deutsche Wiedervereinigung statt. An diesem Tag wurde zugleich auf der Albrechtsburg in Meißen das Land Sachsen wiedergegründet. Zumindest offiziell, also amtlich »wieder«gegründet, es war schließlich nicht verschwunden. Daß die Wahl für den auch symbolträchtigen Akt auf diesen Ort fiel, erklärt sich recht einfach mit der Bedeutung Meißens als Fixpunkt der sächsischen Geschichte, zumal ihrer mittelalterlichen Anfänge. Fixpunkte hat die sächsische Geschichte eine ganze Reihe zu bieten und die – kaum eindeutig beantwortbare – Frage nach deren Anfängen wäre ein erstes Stichwort. Da sind die Sachsenkriege Karls des Großen, die Ottonen, die im 10. Jahrhundert sächsische Könige und Kaiser waren, und da ist der Welfe Heinrich der Löwe, bis 1180 Herzog von Sachsen.

Geographisch spielte sich die sächsische Geschichte des Mittelalters jedoch vor allem im gegenwärtigen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ab. 1089 ist eine der Zahlen, die für den Rückblick aus dem heutigen Sachsen als konstitutiv für die Frühzeit gilt. In diesem Jahr wurde ein Wettiner, Heinrich I., mit der Markgrafschaft Meißen belehnt. Die um 965 gegründete Mark Meißen vergrößerte sich. Bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts entstanden etwa die Städte Freiberg, Leipzig und Dresden. Genaue Gründungsdaten aus dieser Zeit sind naturgemäß schwierig zu bestimmen und umstritten. So gab es Stadtrecht und Marktprivilegien für Leipzig zwar erst 1165, aber da man gern Jubiläen feiert, kam der Stadt die Ersterwähnung in der Chronik des Thietmar von Merseburg 1015 zupaß. Also konnte man unlängst auf 1000 Jahre anstoßen.

Neusiedler aus anderen deutschen Gebieten kamen in das meißnische Gefilde oder wurden »geworben«. Hier sind auch die Wurzeln des freien Bauernstandes zu verorten, Leibeigenschaft war in Sachsen unbe-

»Die Herrscher aus [dem Haus Wettin] haben mit der politischen Organisation des mitteldeutschen Raumes eine Leistung von hoher geschichtlicher Bedeutung vollbracht, und sie haben mit ihrer soliden Politik und trefflichen Verwaltung im Inneren dieses Landes die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und der kulturellen Fähigkeiten in einem höheren Maße als in anderen deutschen Ländern ermöglicht.«

Karlheinz Blaschke (*1927), Nestor der sächsischen Geschichtsforschung.

◂ *Der Fürstenzug auf der Außenwand des Stallhofs in der Augustusstraße, Dresden.*

kannt. Die ursprünglich aus dem Böhmischen eingewanderten Sorben wurden christianisiert. Die Markgrafschaft Meißen profitierte stark von den erzgebirgischen Silbervorkommen, erste Funde sind 1168 belegt. Wo Geld ist, ist dann auch Platz für Kultur. Markgraf Heinrich der Erlauchte, der bis 1288 lebte, empfing Minnesänger und sang selber gerne mit. Der Naumburger Dom ist nur eines der Bauzeugnisse, die zeigen, daß es um den Wohlstand dieser Zeit nicht allzu schlecht bestellt gewesen sein konnte, und um den Geschmack mit Sicherheit auch nicht.

Erbstreitigkeiten der Wettiner hätte der König gern genutzt, um die inzwischen recht mächtige Mark Meißen für sich zurückzuholen. Mit viel Glück konnten aber die Wettiner die Schlacht bei Lucka 1307 zu ihren Gunsten entscheiden. Hinzu kamen dann die Städte Zwickau und Chemnitz. Und die große Bildung wurde ein Jahrhundert später schließlich in Gang gesetzt, wenn auch via Einmarsch. Lehrkräfte und Studenten aus Prag monierten, daß das Kuttenberger Dekret die Böhmen in den nach »Nationes« abstimmenden Gremien eindeutig bevorzugte. Sie zogen aus und gründeten 1409 die Leipziger Universität.

Bislang ist von der Markgrafschaft Meißen die Rede. Und Sachsen? Das kommt sozusagen 1423 hinzu. In der Golden Bulle von 1356 war festgelegt, daß Sachsen eine von sieben Kurstimmen erhielt. Als Albrecht der Arme, Herzog von Sachsen-Wittenberg, aus dem Geschlecht der Askanier kinderlos starb, belohnte König Sigismund Markgraf Friedrich den Streitbaren von Meißen für dessen Unterstützung im Kampf gegen die Hussiten mit der Übertragung des Herzogtums inklusive Kurwürde. Ein weiteres folgenschweres Datum liegt noch im selben Jahrhundert. 1485 erfolgte die »Leipziger Teilung« durch die Brüder Ernst und Albrecht. Die Söhne des Kurfürsten Friedrichs des Sanftmütigen waren als Jugendliche durch Ritter Kunz von Kauffungen entführt worden. Der fühlte sich durch den Herzog ungerecht behandelt und griff daher zu dieser drastischen Maßnahme. Das Ganze ist als »Altenburger Prinzenraub« von 1455 bekannt. Die historische Relevanz des Ereignisses liegt bei ziemlich genau null, bot sich aber für literarische Verarbeitungen an, wovon auch reichlich Gebrauch gemacht wurde.



Das große Wappen des Königreichs Sachsen im Deutschen Reich.

Zurück zum Wesentlichen. In Folge der Teilung von 1485 entstanden die Ernestinische und die Albertinische Linie. Als Begründer der Letzteren residierte Albrecht der Beherzte in Dresden, Ernst, dem die Geschichte keinen der schönen Beinamen zugedacht hat, in Wittenberg.

Die Liste der vorzeigbaren militärischen Leistungen der Sachsen ist eher kurz, aber kein ganz weißes Blatt. So sei erwähnt, daß Albrecht der Beherzte 1488 den späteren Kaiser Maximilian I. aus der Gefangenschaft befreite, als er in der Stadt Brügge festgesetzt war. Die Kurwürde war bei den Ernestinern verblieben. Von diesen spielte Friedrich der Weise noch einmal eine bedeutende Rolle. Seine Residenzstadt Wittenberg entwickelte sich zum Zentrum der Reformation. Er war es auch, der Martin Luther schützte. Nachdem über diesen die Reichsacht verhängt worden war, ließ ihn der Kurfürst auf die Wartburg bringen, wo er Zeit hatte, die Bibel zu übersetzen und nebenbei Wesentliches für die deutsche Sprache zu leisten. Auf dem Totenbett ist Friedrich der Weise, der auch eine monströse Reliquiensammlung besaß, zum Protestantismus übergetreten. Die Albertiner hielten es dagegen konsequent mit dem Papst, was sich erst nach dem Tod Georgs des Bärtigen im Jahr 1539 änderte.

Der Albertiner Moritz von Sachsen, aus gutem Grund auch bekannt als »Judas von Meißen«, da er sich vom Kaiser aus dem protestantischen Schmalkaldischen Bund hatte abwerben lassen, siegte in der Schlacht bei Mühlberg 1547 über seinen Ernestinischen Vetter. Kaiserliche Belohnung für Moritz, der sich dann wieder gegen den Kaiser stellen sollte, war die Kurwürde. Die Ernestiner verloren einen Teil ihres Gebietes. Deren Herrschaftsbereich, der sich dann nur noch im Thüringer Raum befand, zersplitterte. Die Vielzahl der Fürstentümer und Gebietswechsel zeichnet sich nicht gerade durch sonderliche Übersichtlichkeit aus. Im Albertinischen Teil stabilisierte sich das, was in der Folge Sachsen war und bis

heute ist. Im Rückblick gilt die Teilung des sächsischen Gebiets im Jahr 1485 in politischer Hinsicht als immenser Fehler, das Machtpotential eines geeinten sächsischen Territoriums hätte innerhalb des Reiches oder gar Europas ein wesentlich höheres Gewicht gehabt.

Die Reformation und mehr oder weniger daraus resultierende Schlachtfelder prägten zwar das sächsische 16. Jahrhundert, aber es war auch Zeit für anderes. 1507 erhielt Leipzig ein kaiserliches Messeprivileg und stieg damit weiter zur Handelsmetropole auf. 1521 wurde mit der »Albrechtsburg« in Meißen der erste Schloßbau Deutschlands vollendet. Landesschulen, etwa Pforta, wurden gegründet, Georg Bartisch begründete mit seinem Werk »Augendienst« in Dresden die Augenheilkunde. Und »Vater August«, der jüngere Bruder von Moritz und dessen Nachfolger als Kurfürst von Sachsen, förderte den Bergbau. Wenig väterlich verhielt er sich gegenüber dem Ernestiner, den er in kaiserlichem Auftrag gefangen setzte, da dieser sich mittels Bündnisschmiede gegen den Habsburger die Rückgewinnung der Kurwürde erhofft hatte.

»Und man muß gestehen, daß die Regierung des grossen Augusts der eigentlich glückliche Zeit-Punct ist, in welchem die Künste, als eine fremde Colonie, in Sachsen eingeführt wurden.«

Johann Joachim Winckelmann, 1755.

Aber da wären wir schon wieder beim Krieg. Der kam auch, und zwar in Gestalt des Dreißigjährigen. (Zuvor, 1615, gab es noch eine Wegmarke in puncto Kultur: Heinrich Schütz wurde als Hofkapellmeister nach Dresden berufen, was als Beginn einer eigenständigen deutschen Barockmusik gilt.) Zwischen 1618 und 1648 war der sächsische Kurfürst bemüht, geschickt zu lavieren – mit nahezu maximalem Mißerfolg. Erst war er neutral, dann auf Seiten des Kaisers und auf Gewinn aus, dann lief er verlustängstlich zu den gerade siegreichen Protestanten – zu denen er konfessionell ja ohnehin gehört hätte – über, und schließlich war er wieder beim Kaiser. 1635 wurde der Friede von Prag geschlossen, mit abermaliger Festschreibung der sächsischen Neutralität. Praktische Folge war dennoch, daß Sachsen Kampfaustragungs- und Plünderungsort für beide Seiten wurde.

Ein großer Soldat war er auch nicht, der wohl bekannteste sächsische Kurfürst. August dem Starken fiel das Erbe nach dem überraschenden Tod seines Bruders 1694 zu. 1697 wurde er als August II. zusätzlich König von Polen, eines Landes, welches deutlich größer war als Sachsen und außerhalb des Reiches liegen mußte: In den dem Kaiser unterstehenden Gebieten konnte niemand König werden, und das war schließlich das Wichtigste bei der Sache. Die Königskrone war gekauft, in Polen wurde der König gewählt. Im Schlachtenunglück ging sie dann allerdings nochmal verloren, bevor sie 1709 zumindest für August den Starken endgültig in Besitz genommen werden konnte. Ein Jahr später gab er die Gründung der Porzellanmanufaktur bekannt. Produziert wurde in Meißen. Maßgeblich »erfunden« hatte das Porzellan Johann Friedrich Böttger, der zunächst verkündet hatte, Gold herstellen zu können. Um dies voranzutreiben, wurde er sicherheitshalber eingesperrt, und auch, nachdem er immerhin das »weiße Gold« herstellen konnte, nicht wieder freigelassen.

»So muß es in die Annalen eingehen: Die Preußen Soldatenkönige, die Sachser Kunstkönige.«

Im Historienfilm *Sachsens Glanz und Preußens Gloria* Kurfürst Friedrich August II. in den Mund gelegt, den Verlauf des Siebenjährigen Krieges vor Augen.

Seinem Beinamen machte August der Starke wohl tatsächlich Ehre, obwohl allein mit Körperkraft verbogene Hufeisen schwer vorstellbar sind. Was die Damenwelt anbetrifft, war er kein Kostverächter, seine zeitweilige Favoritin, die ungewöhnlicherweise politisch ehrgeizige Gräfin Cosel, brachte ihn in solche Schwierigkeiten, daß sie auf seinen Befehl schließlich auf der Burg Stolpen inhaftiert wurde. Repräsentationsfreude zeigte sich beispielsweise am durch die Baumeister Matthäus Daniel Pöppelmann und Balthasar Permoser errichteten Dresdner Zwinger. Oder am Grünen Gewölbe, der Schatzkammer, die seit 1724 zur Besichtigung für die Öffentlichkeit zugänglich war. August der Starke führte allerdings auch, noch vor den Preußen, ein »Geheimes Kabinett« als staatliche Zentralbehörde ein, und zwar im Jahr 1706.

Sein Sohn, Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen, der 1733 die Nachfolge angetreten hatte und für den die polnische Krone ebenfalls gekauft wurde, verlegte sich vollends auf ein Dasein als Kunstsammler, -förderer, -initiator und Jäger. Die Dresdner Frauenkirche wurde fertiggestellt, Raffaels »Sixtinische Madonna« kaufte er an. In seiner Zeit wirkte Johann Sebastian Bach als Thomaskantor in Leipzig. Das Regieren war völlig dem Minister Heinrich von Brühl überlassen, nicht unbedingt zum Segen des Landes. Antipreußische Ambitionen und die Annäherung an die Habsburger hatten zur Folge, daß Sachsen auch im Siebenjährigen Krieg auf der Verliererseite stand. 1763 endeten die Auseinandersetzun-

gen, die Sachsen verloren die polnische Königskrone, für die sie extra wieder katholisch geworden waren. Und es endete die kulturelle Blüte des Augusteischen Zeitalters, die Zeit Augusts des Starken, der sich sogar Hoffnungen auf die Kaiserkrone gemacht hatte, und seines Sohnes.

»In Chemnitz wird gearbeitet, in Leipzig gehandelt, in Dresden gepraßt.«

Volksmund, in verschieden Varianten überliefert, charakterisiert historisch die drei großen sächsischen Städte.

Auf der Verliererseite stand Sachsen übrigens auch sprachlich. Galt »Meißner Kanzleideutsch« und die sächsische Grammatik einst als maßgeblich und orientierte sich die Aussprache des Deutschen am sächsischen Dialekt, so ging mit dem politischen Bedeutungsverlust auch die Verschiebung der bestimmenden Aussprache einher.

Nach dem Ende des Krieges erfolgte ein bemerkenswert schneller Wiederaufschwung, das sogenannte Rétablissement. Um 1800 stand Dresden in der Kunstwelt in höchstem Ansehen. Sachsen stieg zum Industriezentrum auf, Manufakturen, insbesondere die Textilproduktion wurden bestimmend. Chemnitz bezeichnete man mitunter als »sächsisches Manchester« – ein ähnlich unsinniges Attribut wie »Elbflorenz« für Dresden oder »Pleißathen« für das universitär-aufklärerische Leipzig.

Der Krieg gegen Napoleons Truppen gab abermals Gelegenheit, auf der falschen Seite zu stehen, so geschehen 1806 in der Schlacht bei Jena und Auerstedt, die gemeinsam mit Preußen verloren wurde. Sachsen kam zum Rheinbund. Das alte Reich wurde aufgelöst. Daher war es nun möglich, König von Sachsen zu werden, wenn auch von Napoleons Gnaden. Der vormalige Kurfürst Friedrich August III. wurde es als Friedrich August I. Obwohl die Wettiner später den Königsrang behielten, fühlten sie sich wahrscheinlich so wohl nicht bei dem Ganzen. Eine sächsische Königskrone gab es nie. Und selbst in der Völkerschlacht bei Leipzig, mit über einer halben Million Beteiligter die bis dahin größte Schlacht der Weltgeschichte, stand der – sich an den Kampftagen mehr oder weniger in der Stadt versteckende – sächsische König auf der Verliererseite. Das war dieses Mal die französische.

Der Wiener Kongreß hätte um ein Haar das Ende Sachsens bedeutet. Preußen wollte es gern ganz nehmen, da die anderen verhandelnden Staaten daran kein Interesse hatten, verblieben Sachsen am Ende noch etwa vierzig Prozent seines Vorkriegsstaatsgebietes.

1831 wurde eine revolutionär durchgesetzte Verfassung installiert. Der Staatsmann Bernhard von Lindenau fungierte als Vorsitzender des Gesamtministeriums, der Monarch war nunmehr nur noch konstitutionell. Barrikaden wurden zwei Jahrzehnte später noch einmal gebaut, die Aufstände erlebten in Sachsen 1849 ihren Höhepunkt. Eifrig beteiligt waren auch der Komponist Richard Wagner und der Architekt Gottfried Semper. Friedrich Ferdinand von Beust, unter anderem langjähriger Außenminister und alles andere als ein Revolutionär, war ein vehementer Vertreter der Idee einer Zusammenarbeit Sachsens mit anderen deutschen Mittelstaaten, um gemeinsam ein Gegengewicht zu Preußen und Österreich zu bilden: Geworden ist daraus nichts. 1866 war Sachsen im Deutschen Krieg an der Seite Österreichs abermals einer der Mitverlierer.

»Ich bin ein Deutscher aus Dresden in Sachsen / Mich läßt die Heimat nicht fort. / Ich bin wie ein Baum, der – in Deutschland gewachsen – / wenn's sein muß, in Deutschland verdorrt.«

Erich Kästner.

Der wirtschaftliche Aufschwung hatte sich fortgesetzt. Die Eisenbahn war ein großes Thema. Initiiert durch Friedrich List, fuhr sie seit 1839 zwischen Leipzig und Dresden. 1851 wurde, ebenfalls für den Eisenbahnverkehr, die monumentale Göltzschtalbrücke eigeweiht. Und noch als Prinz übersetzte der nachmalige König Johann Dantes *Göttliche Komödie*.

Für beschauliche Erholung steht der 1864 in Leipzig gegründete »Schreberverein«, der sich um das Kleingartenwesen verdient machte. Für politische Aufregungen sorgte der im Jahr zuvor ebenfalls in Leipzig durch Ferdinand Lassalle gegründete »Allgemeine Deutsche Arbeiterverein«. Sachsen wurde als »rotes Königreich« bekannt, mit ausgeprägt starker Sozialdemokratie und entsprechenden Stimmenverhältnissen. In Mandaten spiegelte sich das nicht wider, ein gegen die SPD gerichtetes, restriktives Wahlrecht wurde geschaffen. Der sächsische Erfolgsschriftsteller Karl May hatte derweil die Indianer ganz gut beschrieben, ohne sie jemals selbst gesehen zu haben. In der Bildenden Kunst gab der Symbolist Max Klinger den Ton an. 1912 wurde die Deutsche Bücherei als »Archiv des deutschsprachigen Schrifttums« gegründet – in Leipzig als dem deutschen Verlags- und Buchhandelszentrum. In Zwickau gründete August Horch seine Automobilwerke.

In Sachsen, das um 1900 die höchste Bevölkerungsdichte Europas vorzuweisen hatte, ging mit dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 – über

verlorene Kriege wurde bereits alles gesagt – die Herrschaftszeit der am längsten durchgängig regierenden Dynastie in Deutschland, der Wettiner, zu Ende: 829 Jahre. Mit König Friedrich August III. dankte zugleich einer der volkstümlichsten und anekdotenträchtigsten Monarchen der Geschichte ab. Berühmt sind seine – natürlich im von ihm gepflegten sächsischen Idiom vorgebrachten – Worte: »Macht doch Euren Dreck alleine!« Geklärt ist zwar inzwischen, daß er gerade diesen Satz wohl nicht gesagt hat. Geklärt ist ebenso, daß ihn kaum ein von ihm geäußerter Satz besser charakterisieren würde.

Sachsen wurde Freistaat, man trauerte dem König nach, wählte aber sozialdemokratisch. Als Erich Zeigner 1923 als SPD-Ministerpräsident Kommunisten in sein Kabinett aufnahm und die KPD einen bewaffneten »roten Oktober« vorbereitete, wurde er durch Kanzler Stresemann via Reichsexekution abgesetzt. Von der 1929 ausbrechenden Weltwirtschaftskrise war Sachsen stärker als andere Regionen betroffen.

Die Zeit zwischen 1933 und 1945 brachte einerseits Figuren wie den Gauleiter und Ministerpräsidenten Martin Mutschmann hervor. Auf der anderen Seite stand Carl Goerdeler, der im Falle eines Gelingens des Staatstreichs vom 20. Juli 1944 Reichskanzler werden sollte. Er war von 1930 bis 1937 Oberbürgermeister von Leipzig. Aus Dresden stammten der unmittelbar am Attentat beteiligte Friedrich Olbricht sowie Hans Oster, der innerhalb des militärischen Geheimdienstes maßgeblich den Widerstand koordinierte. Alle wurden vor Kriegsende hingerichtet.

Mit dem Angriff auf Leipzig am 4. Dezember 1943 erreichten die alliierten Bombardierungen Sachsen. Symbolträchtiger Höhepunkt war der Angriff auf Dresden am 13. Februar 1945 sowie an den Folgetagen mit der Zerstörung der Barockstadt und einer Anzahl von Todesopfern, die bis heute Gegenstand von Debatten ist, wobei eine niedrigere Opferzahl das Geschehen kaum in ein besseres Licht rücken würde als eine höhere.

Das 1945 gebildete Land Sachsen zerschlug die DDR 1952, wie auch die anderen historischen Länder, zu Bezirken. Chemnitz erhielt den Namen Karl-Marx-Stadt. Der Aufstand des 17. Juni 1953, der auch auf Sachsen übergriff, richtete sich nicht zuletzt gegen einen gebürtigen Sachsen – Walter Ulbricht.

Vor allem angesichts der in der DDR offiziell gewünschten Verhältnisse erstaunt die relativ schnell einsetzende Traditionspflege bezüglich der sächsischen Geschichte. 1956 wurde das aus Schutzgründen im Krieg abgebaute Reiterstandbild Augusts des Starken in Dresden wieder aufgestellt. An die wettinischen Fürsten erinnerte man auch anderweitig, gegenwärtig waren sie immer durch den »Dresdner Fürstenzug«, ein über 100 Meter langes Porzellanwandbild, natürlich Meißner, welches die meisten sächsischen Herrscher zeigt und den Luftangriff von 1945 relativ gut überstanden hatte. Identitätsvergewisserung zeigte sich vielfach, etwa wenn erzgebirgische Bergparaden sächsische Fahnen mitführten, an der Pflege von Bräuchen oder an Heimatvereinen. Für die 1980er Jahre wird sogar von einer regelrechten »Sachsenrenaissance« gesprochen. Hierher gehört wohl auch die aufwendige und vielfach ausgestrahlte Fernsehproduktion *Sachsens Glanz und Preußens Gloria*. Die Verfilmung mehrerer historischer Romane war ideologisch erstaunlich schwach angehaucht und vermittelt, trotz fiktiver Elemente, ein passables Bild des Augusteischen Zeitalters.

1989 war es Sachsen, insbesondere Leipzig, wo sich die Proteste und Demonstrationen gegen die DDR-Führung massierten. Der entscheidende Tag war der 9. Oktober mit mindestens 70 000 Demonstranten in der Leipziger Innenstadt. Die überraschende Vielzahl war wesentlicher Grund dafür, daß das Eingreifen der Staatsmacht unterblieb.

Politisch wechselte das einstmals »rote Sachsen« nach der Wiedergründung 1990 die Farbe. Beherrschend wurde die CDU, wobei der zugereiste Kurt Biedenkopf, der für zwölf Jahre Ministerpräsident werden sollte, als Person durchaus vorhandene Wünsche nach einer starken personalen Mitte befriedigte. Dies war auch deutlich am Rückgang der Ergebnisse seiner Partei erkennbar, nachdem er nicht mehr zur Wahl stand. Politisch zeigt das Land parlamentarisch und außerparlamentarisch in der jüngsten Vergangenheit, daß es noch immer Potential hat, eigene Weg zu gehen und auf eigene Weise die sächsische Geschichte auch als eine besondere Geschichte fortzuschreiben. ▪

»Weshalb geht der König denn fort? Hier hätte ihm niemand etwas getan.«

Julius Fräßdorf, sozialdemokratischer Minister, auf die Nachricht hin, daß König Friedrich August III. Dresden am 8. November 1918 verlassen habe.

»Ihr seid mir aber schöne Republikaner!«

Der abgedankte Friedrich August III., als er bei einem Zwischenhalt am Leipziger Hauptbahnhof 1919 von einer jubelnden Volksmenge begrüßt wurde.

Zum Weiterlesen:

Sehr knapp bis knapp:

Frank-Lothar Kroll: *Geschichte Sachsens*, München 2014;

Robert Zagolla: *Sachsen. Eine kleine Geschichte*, Berlin 2007.

Klassisch:

Rudolf Kötzschke/Hellmut Kretzschmar: *Sächsische Geschichte*, Augsburg 1995 (EA 1935).

Ausführlicherer Überblick:

Reiner Groß: *Geschichte Sachsens*, Leipzig [4]2012;

Joachim Menzhausen: *Kulturgeschichte Sachsens*. Leipzig 2007;

Frank-Lother Kroll (Hrsg.): *Die Herrscher Sachsens. Markgrafen, Kurfürsten, Könige 1089–1918*, München 2004.

Warum Sachsen? Warum der Osten?

von Jörg Seidel

Das ist eine Frage jener Art, von der Hermann Lübbe nachwies, daß »sie sich nur historisch erklären« lasse. Weil sich in ihr ein Relikt verbirgt, ein scheinbar funktionsloses Überbleibsel, ein Rest aus einer vergangenen Zeit, den das Wort »Widerstand« recht gut trifft. Denn ernsthafter politischer Widerstand ist eine Seltenheit und eine Sünde in Deutschland geworden.

Die Liste ist lang, es genügt, ein paar Namen der jüngeren Geschichte zu nennen, um die korrekten Assoziationen hervorzurufen: Plauen und Leipzig, später Clausnitz, Dresden, Einsiedel, Chemnitz. Das Erstarken der AfD, PEGIDA und auch die NPD im Landtag … all das sind Anzeichen, daß die Uhren in Sachsen etwas anders ticken. Dennoch ist Sachsen zuerst ein ostdeutsches Phänomen: die Differenz zwischen Ost und West ist größer als die zwischen Sachsen und seinen ostdeutschen Schicksalsgenossen.

Politik und Presse stehen ihm noch immer ratlos gegenüber. Ihre Erklärungsversuche sind repetitiv und voraussehbar. Man bringt – alles O-Ton – das »autoritäre Staatsverständnis aus der DDR«, die »mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus«, eine »fehlende interkulturelle Kompetenz«, »Defizite im Erlernen eines richtigen Demokratieverständnisses« oder die »Enttäuschung nach der Wende«, den sozialen Abstieg, das »Fehlen positiver Erfahrungen mit Zuwanderern« – mögliche negative Erfahrungen werden bereitwillig ausgeblendet –, »rassistische Ressentiments«, eine »substantielle Demokratiefeindlichkeit«, gar einen »Haß auf das Establishment« und dergleichen immer wieder ins Spiel, und linke Parteien schlagen auch gern politisches Kapital daraus, indem man die CDU als Regierungspartei, den Abbau von Polizei und Justiz, »ungenügende Integration der Asylsuchenden« oder gar »mangelnde politische Bildung« verantwortlich macht. Nirgendwo wird die Legitimität des Protestes mitgedacht. Und auch wenn all diese Argumente einen Wahrheitskern enthalten, so zeugen sie doch von einer ideologieinduzierten selbstauferlegten Unmündigkeit und Denkfaulheit.

Der vielleicht markanteste Zug des Lebens in der DDR – mit mentalen Folgen – war seine Nivellierungstendenz. Die soziale Ungleichheit war auf ein heute kaum noch vorstellbares Maß geschrumpft. Das Lohnniveau war niedrig, aber gut und schlecht Verdienende blieben in Sichtweite. Lohnbescheinigungen waren keine Geheimnisse. Auch teilte man sich aus einem beschränkten Fundus die gleichen Konsumgüter. Die meisten Werktätigen rechneten sich selbst – relativ unabhängig von ihrer Funktion – der Arbeiterklasse zu, »zuletzt war alles Arbeit – Wissenschaft, Philosophie, Literatur, Kunst« (Wolfgang Engler). Das »Du« der Genossen war verbreitet, Arbeiter, Bauern, Handwerker duzten sich ohnehin. Ob Parteisekretär, Betriebsleiter, ob Polizist oder Hilfsarbeiter, man wohnte oft im selben Block. Die Inneneinrichtungen glichen sich, Indivi-

»Es war Frühling, die Sonne blendete, die Menschen auf den Straßen lächelten einander zu, als hätten sie gerade gemeinsam etwas Unfaßbares und gleichermaßen sehr Nützliches zustande gebracht. Wir schauten uns mit Freude diese Gesichter an, hörten uns in ihre Sprache hinein – und verliebten uns. Beinah vom ersten Augenblick an. Wir verliebten uns in die Sachsen. Ihre gurgelnde, weiche Sprache, ihre Kommunikationsfreude und ihre Freundlichkeit, ihren unerschütterlichen, dem jüdischen so artverwandten Optimismus und Humor. Ein Humor voller Doppeldeutigkeit, Wärme, Herzlichkeit, Sarkasmus und – das Wichtigste von Allem – voller Ironie sich selbst gegenüber.«

Küf Kaufmann: *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen,* Bonn 2017, S. 121.

dualität wurde bescheiden ausgedrückt. Über zwei Millionen Menschen waren Mitglied der SED, mehr als 95 Prozent des FDGB und drei von vieren in der DSF. Niemand litt existentielle Not, kaum jemand schwelgte im Reichtum. Diejenigen, die deutlich über dem Durchschnitt verdienten, taten gut daran, ihr Vermögen im Stillen zu genießen. Es herrschte auch in der DDR eine Art Verhaltenskodex, dessen erstes Gesetz lautete: »Du sollst nicht glauben, daß du etwas Besonderes bist.« Die Gleichheit schärfte das Sensorium für Unterschiede. Mit Neid mußten die Privilegierten, mit Mißgunst die Unabhängigen rechnen. Unverschuldete Differenz nach unten wurde oft helfend ausgeglichen. Kontrolle funktionierte in beide Richtungen: Nicht nur wurden die Menschen vom Staatsapparat kontrolliert, sondern diese kontrollierten auch jene, die sich öffentliche Exzesse nicht leisten durften. Grundlegende Lebensbedingungen waren garantiert und meist staatlich subventioniert: Mieten und Grundnahrungsmittel waren günstig, Arbeitsplätze sicher, die ärztliche Versorgung über eine zentrale Krankenkasse abgesichert, öffentliche Verkehrsmittel lächerlich billig. Es bedurfte einiger Anstrengung, in der DDR sozial zu scheitern. Das normale Leben verlief risikoarm und gleichförmig.

Die Konsequenz war der weitflächige Rückzug ins Private. Das erzwang zudem die Mangelwirtschaft. Da häusliche Arbeit kaum an Dienstleistungen delegiert werden konnte, man immer auf der Suche nach Ersatzteilen war, mußte die Arbeit selbst geleistet oder mit Beziehungen organisiert werden. Mangel führt zu Kooperation, Kooperation führt zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl, zur Erfahrung von Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Vor allem die Männer zogen ihre Daseinsberechtigung aus Auto, Haus und Garten. An den Wochenenden standen sie auf der Straße und pflegten den Trabi, arbeiteten im Schrebergarten – eine sächsische Innovation – oder bauten mit der Schubkarre ihr Einfamilienhaus. Sie waren Allrounder. Das Erleben von Mangel führt aber auch zu Sorge und vorausschauendem Denken, Überfluß hingegen animiert die Sorglosigkeit. Das äußert sich in einer stärker ausgebildeten Tendenz, aktuelle Vorgänge in die Zukunft zu projizieren und deren meist negative Folgen zu antizipieren.

Die weitgehende Freiheit von ökonomischen Zwängen ließ die Öffnung auf den Mitmenschen zu. Ehen wurden aus Liebe geschlossen und scheiterten daher oft. Man schaute auf »den Charakter«, nicht auf den Geldbeutel oder Karrieren. Soziale Beziehungen wurden weit weniger funktionalisiert und auf Nutzfaktoren ausgerichtet. Man begegnete sich auf Augenhöhe, von Mensch zu Mensch, nicht als Repräsentant eines Besitzes oder einer Funktion und ohne Konkurrenzängste. Die Beziehungen im Privaten waren echt, während in der Öffentlichkeit der Schein regierte. Eine schizophrene Situation: Authentizität im Eigenen, Fassade im Öffentlichen. Der gesamte öffentliche Diskurs wurde in Sprechblasen absolviert. Auf der Rückseite des Mißtrauens durch die staatliche Überwachung und Kontrolle hatte sich eine Vertrauensgesellschaft im Kleinen entwickelt, zumindest für all jene, die sich politisch nicht exponiert hatten. Die DDR hatte die Menschen entgegen ihrer Indoktrinationsabsicht zu eigenständig denkenden – freilich mit verborgenem Denkhorizont und doppelten Vokabular – und handelnden Menschen erzogen.

Für diese Menschen kam »die Wende«, die sie selbst eingeleitet hatten, als Versprechen und als Angst. Neue Welten öffneten sich, aber scheinbar feststehende Lebensläufe verflüssigten sich im gleichen Augenblick. Für fast alle DDR-Bürger war sie ein gravierender biographischer Schnitt, für die meisten Westdeutschen änderte sich lebensweltlich hingegen nichts. Das neue Deutschland war zuerst eine Trennungs- und Schrumpfungserfahrung. Man schied von Stellen, Kollegen, Kollektiven, Gewohnheiten, Abläufen, Beziehungen, und auch die Arbeit ging als Legitimationsbasis verloren. Nicht zu arbeiten galt bisher als asozial, plötzlich war das arbeitsfreie Einkommen – Kapital, Börse, Besitz, Stütze –, das »Geld für sich arbeiten lassen«, zum Ideal erkoren und Arbeitslosigkeit immerhin eine Möglichkeit. Betriebe, Genossenschaften, gigantische Kombinate schrumpften in rasantem Tempo oder verschwanden komplett. Mit ihnen waren Millionen Lebensleistungen pulverisiert worden. Die Do-it-yourself-Gesellschaft wurde vom Dienstleistungs- und Fertigteildenken abgelöst, was vor allem für viele Männer bis in die Familien hinein einen enormen Statusverlust bedeutete.

»In kaum einem anderen Bundesland als Sachsen hat sich in der Zeit des Sozialismus eine so deutlich antisystemische (und prodemokratische) Bewegung herausgebildet. Nicht von ungefähr gilt Leipzig als ›Stadt des friedlichen Umbruchs‹ und Sachsen als Zentrum der ›Friedlichen Revolution‹. Daraus speisen sich zwei kulturelle Lagerungen mit möglicherweise politischer Wirkung: zum einen ein hohes Selbstbewußtsein auf der Ebene der politischen Gemeinschaft. Dies drückt sich im Slogan ›Wir sind das Volk‹ aus, welcher bei aktuellen Demonstrationen nicht zufällig wiederbelebt wird. Zum anderen hat sich ein gewisses Mißtrauen gegenüber einer Zentralregierung verfestigt, welches mit den Vorstellungen verbunden wird, als Gemeinschaft etwas bewirken zu können. So ist der Blick nach Berlin bei vielen Bürgern Sachsens auch heute noch oft von einer gewissen Skepsis geprägt.«

Gert Pickel: »Eine sächsische politische Kultur des Extremismus?«, in: *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme,* Leipzig 2016, S. 18.

Die Ostdeutschen, denen die progressive Konstanzerfahrung, das Gefühl, es würde auf ewig immer nur noch besser werden können, fehlt, wurden weniger von ihrem politischen und wirtschaftlichen System als von dem sich daraus ergebenden sozialen System geprägt. Nur so kann man die Ostalgie und den Kult um DDR-Erzeugnisse verstehen: Den Produkten werden ideelle Werte übergestülpt, sie erzeugen eine Atmosphäre. Ostdeutsche Identität darf nicht mit Systemidentifikation verwechselt werden; auch ihre inneren politischen Gegner empfanden sie. Die Menschen waren schnell bereit, »den Sozialismus und seine Errungenschaften« hinter sich zu lassen, aber sie wußten, was sie an der inneren Wärme hatten, die sich in diesem Brutkasten an intrinsischen Widersprüchen entwickelt hatte. Die DDR-Identität war nur für einen kleineren Teil eine politische, für die Mehrheit jedoch eine kulturelle und die beinhaltete auch das nationale Element. Ostdeutsche wurden sie erst durch die nun präsenten Westdeutschen – bis dato hatten sie sich als Bürger der DDR und als Deutsche begriffen.



Die ersten Kontakte mit den neuen alten Landsleuten liefen nicht immer erfreulich. Mit tief verinnerlichter Vertrauensseligkeit gingen sie in die deutsche Einheit und wurden plötzlich mit gewinnorientierten Menschen konfrontiert. Oft nahmen diese Leitungspositionen ein, ohne das Wesen der Menschen begriffen zu haben, fällten Entscheidungen und schlugen Töne an, die man im Osten nicht verstand. Gewinner der Geschichte standen als lebender Vorwurf vor den Verlierern. Selbstverständlich litt das Selbstwertgefühl vieler Menschen darunter, die nun ein eingeschränktes Selbstwirksamkeitserlebnis zu verarbeiten hatten.

Als der erste Bananen- und Reisehunger gestillt war, wurden die systemischen Mißtöne hörbar. So wurden etwa 40 Jahre lang Meinungsvielfalt, Pressefreiheit, Redefreiheit als Forderung von West gen Ost geschleudert – sich selbst dabei als Vorbild entwerfend –, aber die Erfahrung war dann eine andere. Sie erlebten zunehmend neue Redehindernisse in Form von Distanzierungs- und anderen Bekenntniszwängen, einer weniger meinungspluralen Presse als vermutet, später in Form von Diffamierungen, Belehrungen und zuletzt als nahezu erstickende Politische Korrektheit und einer Erinnerungskultur, die die antifaschistische DDR noch überbot. Das große Freiheitsversprechen wurde für viele enttäuscht. Die Erinnerungskultur wechselte dabei die Seiten. Der Kommunist konnte sich all die Jahre als Opfer des Nationalsozialismus begreifen, der ostdeutsche Antifaschismus hatte entlastet, und nun wurde man als Gesamtdeutscher wieder zum Tätervolk gezählt.

»Würde die deutsche Sprache eine solche Formulierung gestatten, dann müßte man sagen, daß die Ostdeutschen in ihrer Gesamtheit weniger gescheitert sind als vielmehr von den Verhältnissen ›gescheitert wurden‹, die ihr eigenster kollektiver Entschluß zuvor ins Leben gerufen hatte.«

Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen als Avantgarde,* Berlin 2002, S. 160.

Überhaupt waren die jüngeren Generationen im Osten von der Geschichte weitgehend abgeschnitten worden. Die DDR-Geschichtsschreibung hatte die gesamte Realgeschichte nach einem »gemeinsamen Erbe« durchforstet und sich alles Brauchbare als »humanistisches Erbe« einverleibt. Das »Reaktionäre« wurde ausgesiebt. Zurück blieb ein mageres historisches Gerüst – aber auch auf diesem kam man nur schwer über die zwölf Jahre hinweg. Alles davor hatte den Test der »Zerstörung der Vernunft« abzuleisten. Die Fülle der Geschichte, ihre eigentliche Dialektik war der Geschichtsklitterung geopfert worden. Doch neue Geschichtsbücher aus dem Westen enttäuschten, denn auch sie blieben – wenn auch anders – am Scharnier 33 stehen und verstellten den freien Blick auf historische Leistungen.

Die Ostdeutschen waren einer hohlen, wenn auch idealistischen Geisteswelt entkommen. Statt diesen Freiraum zu füllen, bekamen sie – und erstrebten es auch – materielle Sättigung, die sich geistig ebenfalls als hohl erwies.

Immerhin hatten die Ostdeutschen durch ihre Erfahrung sich ein feines Gehör für Mißtöne erhalten, die sie auch aus jeder Grundmelodie heraushören, und sie hatten überrascht erfahren, daß man ein politisches System durch Proteste ändern und verändern kann. Unter ihnen bilden die Sachsen eine besondere Kategorie.

Auf eine eigentliche Stammesgeschichte – wie die Baiern, Schwaben oder Friesen – können sie nicht verweisen; dennoch lassen sich verschiedene Besiedlungsspuren noch heute belegen. Während der südwestliche Teil ab dem 10. Jahrhundert von Franken besiedelt wurde, spielt im östlichen bis heute das wendische Element eine Rolle. Schon dort beginnt die Vielfalt. Die Sachsen sind bis heute durchaus kein homogenes Volk. Vogtländer und Erzgebirger sprechen einen ans Ostfränkische angelehnten Dialekt, während in Nord- und Westsachsen ostmitteldeutsche Zunge gesprochen wird. Viele im heutigen Sachsen Lebende definieren sich eher regional, und erst in zweiter Linie sächsisch. Die Regionen identifizieren sich historisch auch recht unterschiedlich: das Vogtland ist territorialpolitisch definiert, das Erzgebirge geographisch-ökonomisch, die Lausitz ethnisch. Allen gemeinsam sind leidvolle Erfahrungen. Der Schmalkaldische, der Dreißigjährige, der Siebenjährige, die Napoleonischen Kriege haben Spuren in Legenden, Namensgebungen und im historischen Bewußtsein hinterlassen, das sächsische Königtum schuf hingegen schon in Zeiten hoffnungsloser Kleinstaaterei ein bemerkenswert stabiles und einendes Staatsgebilde.

»Menschliche Gemeinschaften größeren Umfangs erwachsen aus gleicher Landschaft, gleicher Herkunft, Sitte und Wesensart, verstehen sich oft auch als solche eines Standes, des Glaubens, der Gesinnung und des Willens, ergeben sich notgedrungen aber immer auch aus gleicher, nicht immer freiwilliger Staatsbürgerschaft und in der Folge gleichen Schicksalen.«

Heinrich Jordis von Lohausen: *Denken in Völkern. Die Kraft von Sprache und Raum in der Kultur- und Weltgeschichte,* Graz/Stuttgart 2001, S. 19.

Mit der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhundert entwickelte sich eine starke Sozialdemokratie, die feste Strukturen aufbauen konnte. Weite Teile der Industrie waren jedoch nicht von urbanen Strukturen abhängig, sondern siedelten sich in kleinstädtischen und dörflichen Gegenden an. Ländliche Strukturen mit ihren partikularen Interessen gingen mit Industrie und einer zersplitterten Arbeiterklasse zusammen, konservative und progressive Elemente verschmolzen, das Proletariat war nicht per se links, es fand nicht zum Internationalismus, es blieb traditional und regional geprägt. Dieser Zug wurde für die kommenden 150 Jahre prägend.

Man kann das verallgemeinern: Es gibt in Sachsen ein deutliches konservatives Kontinuum. Weihnachten etwa wird hier tief empfunden, die Handarbeit – Klöppeln, Schnitzen – ebenso eifrig gepflegt wie die Küche oder die Lieder. Der Sachsen Religion ist die Region. Und die wird in ihrer Eigenart ebenso verteidigt, wie das Ideal des eigenen Landes.

Auch zur Zeit des Nationalsozialismus spielte Sachsen eine Sonderrolle. Schon Mitte der 20er Jahre konnte die NSDAP großen Zulauf verzeichnen. Vor allem Westsachsen wurde ihre Hochburg. In den Wahlen von 1932 bekam Hitler hier nahezu 60 Prozent der Stimmen. Man kann die Affinität der Sachsen, deren Fabriken stark vom Export abhingen, mit der Weltwirtschaftskrise erklären, aber auch mit ihrer »Aufmüpfigkeit«, ihrem Eifer, ihrem Temperament und man wird nicht umhin können, zu vermuten, daß sie an eine »innere Wahrheit und Größe der Bewegung« – in der sie die Bewahrung ihrer Eigenheit suchten – glaubten.

Von Plauen, der einstigen Nazi-Hochburg, sollte später die »friedliche Revolution« ausgehen, in Leipzig wurde sie vollendet. In all diesen Ereignissen brach sich die sächsische Leidenschaft Bahn. Ihr sicherster Indikator ist die viel verlachte Sprache. Die Sachsen erfahren am häufigsten rassistische Beleidigungen: kein Deutscher wird so oft nach seinem Herkommen gefragt. Der Dialekt – der einzige ostdeutsche, der keine Überlappung über die innerdeutsche Grenze kennt –, dessen Spuren nie ganz zu tilgen sind, der die Distanz zwischen Redendem und Redegegenstand aufhebt, gilt als dumm, man macht sich darüber lustig – das kränkt. Dabei zeigt sich gerade hier ein weiterer typischer Zug: der Witz, der oft mit dem jüdischen verglichen wird, weil er sich selbst und das Idiom zum Gegenstand nimmt. Die Sprache ist derb und direkt. Man sagt, was man denkt, politische Propaganda und Korrektheit widersprechen dem Wesen der Sachsen, das sich in ihrer Sprache ausdrückt. Wer die Montagsdemonstration in Leipzig 89 bejaht, kann die Dresdner Montagsspaziergänge nicht verteufeln, ohne das Ursächsische daran zu vergewaltigen. Zur sächsischen Geselligkeit gehört als Gegenstück das Verbiesterte, zur Offenheit das Wehrhafte, zur Eigenheit die Anpassungsverweigerung. Wer das eine bewundert, das andere nur verachtet, versteht das Komplexe nicht.

Sachsen hatte nach der Wende und seither tatsächlich ein Problem mit Rechtsradikalismus, vor allem dort, wo Wiedervereinigung und EU Problemfelder hinterlassen hatten. Das stark ausgeprägte Heimatgefühl, der alles bestimmende Regionalismus mußte sich vom Kosmopolitismus bedroht fühlen. Offenheit übersetzte sich in Abwanderung junger Men-

schen, in übermächtige Konkurrenz zu ortstypischer, oft handwerklicher Produktion und Distribution, in Verlust des Sicherheitsgefühls vor allem an den Ostgrenzen, in Nivellierung des Spezifischen. Einheit bedeutete für fast alle Städte Einheitlichkeit, bald konnte man sie von westdeutschen Innenstädten kaum noch unterscheiden.

Das Land ist vom Protestantismus durchsäuert, bis heute, wo ihm nur noch 18 Prozent anhangen. Luthers Werkgerechtigkeit setzte sich durch, seine Bibelübersetzung schrieb er in Kanzleisächsisch. Lessing und Gottsched – der eine Geburts- der andere Wahlsachse – revolutionierten das Theater zum Ort der »sittlichen Läuterung«. Die protestantische Ethik entfaltete sich hier in beiderlei Gestalt. Sie führte zu einem gewissen frugalen Moralismus, der nicht davor zurückschreckt, in Selbstermächtigung anderen Vorschriften zu machen. Aber er schlägt sich auch im sprichwörtlichen sächsischen Fleiß nieder. Die Sachsen sind Macher, Anpacker, sie spucken in die Hände, sie warten nicht auf herrschaftliche Direktiven, wenn sie Mißstände ausmachen. Sie sind auch sparsam und machen Unterstützung von Vorleistungen abhängig. Im Grunde genommen verkörpern sie das Ideal der westlichen Demokratie: sie sind freie, mündige, selbstständige und kritische Menschen, die teilnehmen wollen und diese Teilnahme auch erzwingen, wenn sie ihnen verweigert wird. Schon zu DDR-Zeiten galten die Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt als renitent und als schweres Pflaster für Parteikader. Schon damals galt Berlin als fremde Welt. Sie waren und sind Seismographen politischer und sozialer Mißstände.

Heute dienen die Sachsen immer öfter als Sündenbock, dabei sind oftmals nicht die Sachsen anderen gegenüber intolerant, sondern das Andere der Sachsen führt zur Intoleranz ihnen gegenüber. Immer wieder hört man etwa Verwunderung, daß gerade dort, wo es kaum Ausländer gebe, die Ablehnung am größten sei. Man begreift das Paradox der kleinen Differenz nicht; diese ist dort groß, wo sie zum ersten Mal auftritt, wo sie noch klein ist, verschwindet jedoch dort, wo Differenzen sich auflösen.

Statt Ermutigung, Dank und Anerkennung ernten sie Befremdung und Abneigung, die zudem medial verstärkt wird. Wenn unliebe Sachsen »Pack«, »Mob«, »Nazis in Nadelstreifen«, als Menschen »mit Haß im Herzen«, wenn das Land »Dunkeldeutschland« genannt wird, dann trifft das auch viele Sachsen, die andere politische Meinungen vertreten. Sie spüren eine vielfältige gesamtdeutsche Verachtung, im Kleinen wie im Großen, sie empfinden dies als eigene Apartheit. Viele derjenigen, die das Land auf Arbeitssuche verließen, mußten die Erfahrung machen, daß ihnen die Schlüssel fehlen, die Sprach- und Verhaltenscodes der Westdeutschen zu knacken, und fast alle registrieren sensibel, wenn Sprache, Mentalität und Anliegen in Presse und Kunst ridikülisiert werden. Intern jedoch wärmt die Mundart und läßt die Sachsen zueinander finden.

Diese Abneigung wird umso schmerzhafter erspürt, da man eigentlich gastfreundlich und weltoffen ist. Selbst weniger attraktive Regionen haben den Tourismus zur Chefsache gemacht. Man will den Gast, will den Fremden, will ihn von der Schönheit der Gegend, den Vorzügen der Art, der Kultur, der Küche überzeugen, damit er – wieder zu Hause – vom schönen Sachsen schwärmen kann. Sie selber sind wohl eher bodenständig, zumindest die älteren Jahrgänge. Sie akzeptieren innere Evolutionen, die naturgemäß langsam und organisch verlaufen, aber sie reagieren sehr sensibel auf zu schnelle und von außen herangetragene Entwicklungen.

Die heute am meisten Widerständigen sind mutmaßlich jene DDR-Sozialisierten mit typisch sächsischem Wesenskern. Ob diese Eigenarten über die Generationen hinweg erhalten bleiben, wird man erst historisch erklären können. Eine Prognose wagte in der Zeit der Politologe Alexander Clarkson (»Das Problem der Ostdeutschen waren ihre Illusionen«, 2. Mai 2019, zeit.de): »Wir erleben gerade, dass vor allem junge Menschen in Ostdeutschland ihre ostdeutsche Identität entdecken und hochhalten. Sie sind im wiedervereinten Deutschland geboren und haben die DDR gar nicht mehr erlebt. Dennoch fühlen sie sich als Ostdeutsche. Die ostdeutsche Identität ist nicht verschwunden. Sie wurde über Generationen vererbt und ist oft noch stärker geworden. Für die westdeutschen Eliten in Stuttgart, Hannover oder Hamburg, die immer gehofft haben, Ostdeutschland werde sich schon anpassen, ist das ein Schock. Diese Leute müssen jetzt lernen, damit umzugehen.« ■

Literaturhinweise:

Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land,* Berlin 1999;

Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen als Avantgarde,* Berlin 2002;

Erhardt Heinold (Hrsg.): *Sachsen unter sich über sich,* Frankfurt a. M. 1978;

Heike Kleffner, Matthias Meisner (Hrsg.): *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen,* Bonn 2017;

Hermann Lübbe: *Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Analytik und Pragmatik der Historie,* Basel/Stuttgart 1977;

Gert Pickel, Oliver Dekker (Hrsg.): *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme.* Leipzig 2016;

Andreas Wagner: *Machtergreifung in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935,* Köln 2004;

Barbara Junge/Winfried Junge: *Die Kinder von Golzow 1961–2007.* Langzeitfilmdokumentation.

Autoren dieses Heftes

Michael Beleites, 1964, war in der DDR ein wichtiger Akteur der Umweltbewegung und arbeitete bis 2010 als Beauftragter für die Stasiunterlagen in Sachsen. Er lebt heute als freier Autor bei Dresden.
Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte. Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR, Leipzig 2016

Jörg Bernig, 1964, Lyriker, Essayist, Romancier.
in untergegangenen reichen, Berlin 2016;
reise reise. Gedichte, Dresden 2018

Sebastian Hennig, 1972, wirkt als Bildender Künstler und freier Publizist in der Nähe von Dresden.
Nie zweimal in denselben Fluß. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen 2018

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Blick nach links oder: Die konformistische Rebellion, Schnellroda 2019

Andreas Karsten, 1992, studiert im Master Soziologie in Halle/Saale.

Dr. Maximilian Krah, 1977, hat in Dresden Jura sowie in London und New York Betriebswirtschaft studiert und arbeitet als Anwalt in einer Dresdner Kanzlei. Er kandidiert für die AfD auf Listenplatz 3 zur Europawahl im Sommer 2019.

Dag Krienen, 1960, Studium der Geschichtswissenschaft, Philosophie und Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, von 1995 bis 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Ruhr-Universität. Seither freier Publizist.

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
Das andere Deutschland. Neun Typen, Schnellroda 2018

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum, Schnellroda 2018

Dr. Erik Lommatzsch, studierte Geschichte, Alten Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Leipzig und Bologna. Stationen als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftrager, heute als freier Historiker und Publizist tätig.
Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt/New York 2009

Prof. Dr. Adolph Przybyszewski, 1945, Privatier und Publizist, lebt in Warschau und Berlin.

Jörg Seidel, 1965, Studium Lehramt Geschichte/Deutsch. Studium Philosophie, Neuere deutsche Literaturwissenschaft, Psychologie. Unabhängiger Autor, Übersetzer und Blogger (unter »Seidwalk«).

Uwe Tellkamp, 1968, studierte Medizin, praktizierte als Arzt und konzentriert sich seit 2004 auf sein Wirken als Schriftsteller. Er lebt in seiner Heimatstadt Dresden. Für *Der Turm* erhielt er den 2008 den Deutschen Buchpreis.
Die Carus-Sachen, Eckernförde 2017

Thomas Wawerka, 1975, war evangelischer Pfarrer und wurde nach Ablauf seiner Probezeit im sächsischen Frohburg bei Leipzig aus politischen Gründen nicht in den Kirchendienst übernommen. Er arbeitet für einen AfD-Bundestagsabgeordneten.

Mehr Sachsen, weniger Rheinbund

von Maximilian Krah

Unter den politischen Grundsatzentscheidungen mit einem klaren Ost-West-Gegensatz gehört auch die Sichtweise auf die EU. Während im Westen die EU ein emotional positiv besetztes Projekt ist, schaut der Osten auf sie nüchtern und pragmatisch. Und die Fakten führen zur EU-Skepsis.

»Europa wurde als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet«, twitterte die SPD-Spitzenkandidatin zur Europawahl, Katharina Barley. Dieser Satz ist entlarvend. Denn natürlich wurde nicht Europa als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, sondern höchstens die EU, und nicht einmal die: Denn die Römischen Verträge, auf denen die Union aufbaut, wurden genau deshalb in Rom unterzeichnet, um den Bogen zur europäischen Tradition und Identität zu schlagen – der Antike wie dem westlichen Christentum. Barley versteht davon nichts mehr, weder von Kultur und Tradition, noch von den geistigen Grundlagen der Wirtschaftsgemeinschaft, die sich nun zur EU ausgewachsen hat. Barley und mit ihr die allermeisten deutschen Politiker und regierungsnahen Journalisten leben ohne Wurzeln im Hier und Jetzt, ihre Vorstellung von Europa ist die EU, die sie idealisieren.

Das hat zunächst einen biographischen Hintergrund. Westdeutschland ist nach dem Zweiten Weltkrieg sehr schnell der Wiederaufstieg gelungen. Und das hat sehr wohl etwas mit der Westeuropäischen Integration zu tun. Deutschland, so war der Deal, verzichtete auf Souveränitätsrechte, etwa in der Kohle- und Stahlindustrie, und wurde umgekehrt gleichberechtigt im Club der westeuropäischen Nationen akzeptiert. Der Ausstieg aus dem zuvor maßgeblichen Mitteleuropa-Konzept, das Deutschland als Macht der Mitte definierte, die nach Ost wie West ausgleicht und dabei einen eigenen Schwerpunkt bildet, und der stattdessen eingeschlagene »Weg nach Westen«, die Integration in Westeuropa, wurden und werden bis heute in Westdeutschland als Grundlagen von Freiheit, Wohlstand und Demokratie der Bundesrepublik verstanden. Der in den 1980er Jahren in Bonn, Hamburg oder Stuttgart aufgewachsenen Generation, die heute politisch tonangebend ist, waren Paris, Palma oder Palermo gedanklich stets näher als Rostock, Dresden oder Leipzig, von Prag, Posen oder Petersburg ganz zu schweigen. »Postnationale Demokratie inmitten demokratischer Nationalstaaten« hieß dieses Selbstverständnis der späten Bundesrepublik, und es war, auch im Rückblick, eine Zeit wunderbaren Hedonismus' ohne die Zumutungen grundsätzlicher politischer Herausforderungen.

Damit war 1989 Schluß. Die alte Bonner Republik wurde – für die Generation, die damals U40 war: wider Willen – zurück in die Geschichte katapultiert. Und tut sich damit schwer. Den hoffnungsvollen Anfängen, eine eigenständige Berliner Republik zu definieren, die Gerhard Schröder zu einem Nein zum Irak-Krieg und einer Verständigung mit Rußland geführt haben, folgt seit 2005 das Merkelsche BRD-Biedermeier, die

»Das ›Wirtschaftswunder‹ der frühen Bundesrepublik war nichts anderes als die Raumnahme der US-amerikanischen Kapitalfraktionen in einem Teil des besetzten Deutschlands bei finanziellem Wohlergehen der – gewiß arbeitsamen – Westdeutschen.«

Till-Lucas Wessels: *europaradikal. Konzepte einer europäischen Zukunft,* Schnellroda 2018, S. 15.

Rückkehr zur Bonner Politiklosigkeit, einer Politik in den Kategorien des Kalten Krieges. Nichts drückt es mehr aus als der Hashtag #EuropaIstDieAntwort – Hauptsache keine eigenständige Politik, keine demokratische, nationalstaatliche Normalität. Es ist die Hoffnung, sich der eigenen politischen Last durch die Abgabe von Souveränität und damit Verantwortung an die EU, also eine abstrakte Bürokratie, entledigen zu können. #EuropaIstDieAntwort ist die Twitter-Version des Witzes, in dem sich in einer Runde die Teilnehmer vorstellen – Franzose, Pole, Tscheche – bis einer sagt: »Ich bin Europäer«. Und alle anderen antworten: »Du bist Deutscher!« Westdeutscher, um genau zu sein.

Es ist wert zu spekulieren, in wie weit diese Prägung historische Ursachen hat. Denn die Entscheidung zwischen einer identitätslosen politischen Identität, die sich eng an Frankreich anlehnt und gegen Rußland steht, und dem eigenständigen nationalen Entwurf, der Ost und West gleichermaßen ausgleicht, mußte schon einmal getroffen werden: im frühen 19. Jahrhundert. Es ist die Frage zwischen Rheinbund und deutschem Nationalstaat. Sie wurde 1848 zugunsten des nationalen Wegs entschieden. Dieser war 1945 an ein vorläufiges Ende gekommen, so daß die Vertreter der Rheinbund-Lösung gestärkt waren. Auch geographisch sprach viel dafür, wie es schon 1919 Walther Rathenau formulierte: »Zieht Preußen von Deutschland ab – was bleibt? Der Rheinbund!«.

Die alte Bundesrepublik hatte immer etwas Rheinbündisches. Vielleicht außer Bayern, das deshalb eine Sonderrolle einnahm. Und wer sich allein die Selbstdarstellung dieser Bonner Republik ansieht, die Architektur ihrer Amtsgebäude wie die Uniformen ihrer Soldaten, von den Lehrplänen ihrer Schulen und den Ideen ihrer Professoren ganz zu schweigen, der muß feststellen: Es ist mehr Bruch als Kontinuität zur deutschen Geistes- und Staatstradition. Wer diese deutsche Tradition nicht fortschreiben will, der braucht einen anderen Anker seiner Politik. Für den ist dann eben Europa die Antwort bzw. die Ausflucht.

»Unser Europa ist ein Europa, das mehr ist als nur Vertragswerk, mehr als offene Grenzen, offene Märkte, offene Gesellschaften; ein Europa, das Regionen, Nationen und Völker nicht gegeneinander ausspielt, sondern an ein gemeinsames Bewußtsein appelliert, weil wir unaufhebbar im selben Boot sitzen; ein Europa, das seine mannigfaltigen Kulturen und Völker schützt, nicht auflöst; ein Europa, das nach innen keine verordnete Diversity braucht, wo es echte Vielfalt zu bieten hat; ein Europa, das seine Grenzen verteidigt und seinen Menschen größtmögliche Sicherheit bietet.«

Benedikt Kaiser: »Der europäische Hindernisparcours«, in: *Sezession* 86 (Oktober 2018), S. 16–21, hier: 20.

Ostdeutschland im Allgemeinen und Sachsen im Besonderen sind anders geprägt. Geographisch liegt Prag allemal näher als Paris, kulturell auch: schon durch die gemeinsam erlebte kommunistische Unterdrückung. Aber auch die biographische Erfahrung ist eine andere als in der alten Bundesrepublik. Denn auf das Kriegsende 1945 folgte nicht der schnelle Wiederaufstieg mit Wirtschaftswunder und Wohlstand, sondern die härtesten Kriegsreparationen der Wirtschaftsgeschichte ganz Deutschlands. Armut und Unterdrückung prägten die Nachkriegszeit. Der Bezugspunkt blieb die Vorkriegszeit, also der demokratische und verhältnismäßig wohlhabende Nationalstaat der Weimarer Verfassung. Das Bürgertum tradierte im Privaten das deutsche Bildungsideal mit seinen Werten und Geschichtserzählungen; niemand hat es besser beschrieben als Uwe Tellkamp im *Turm*. Die Arbeiterschaft, von den Kommunisten nach bürgerlichen Mustern mit Bildung und Kultur versorgt, schloß sich diesem Weltbild alsbald an. Der Wiedereintritt in die Geschichte und die Rückgewinnung von Eigenverantwortung und Souveränität waren die Hoffnung der Menschen, während sie den Europhilen im Westen eher als Schrecken einer Rückkehr längst überwundener Ideen erschienen.

Die neuen Bundesländer sind bis heute nationalstaatlich geprägt. Die EU ist für sie ein notwendiges Instrument, um globale Herausforderungen zu bestehen und notwendige Abstimmungen mit den Nachbarländern zu erreichen. Ein emotionales Projekt, gar eine Ersatznation, ist sie nicht. Und damit ist das Denken der neuen Bundesländer kurioserweise viel europäischer als das in den alten. Denn auch in Frankreich, Spanien, Italien ist man Europäer, weil man Franzose, Spanier, Italiener ist. In Tschechien, Ungarn, Polen um so mehr. Die Identifikation mit Europa gegen die nationale Identität zu stellen, sie als Gegensatz, nicht als Ergänzung zu verstehen, ist etwas rein Westdeutsches. Und es ist etwas, was Europa ebenso wenig gut tut wie Deutschland.

Politik ist die Kunst des Möglichen, sie orientiert sich an Interessen. Die Staaten Europas vertreten ihre nationalen Interessen und finden in Brüssel idealerweise einen Ausgleich. Die – mit Merkel nicht personell, aber im Geiste – mittlerweile rein westdeutsch geprägte deutsche Politik verneint explizit eine nationale Interessenwahrnehmung und läßt sich von moralischen Erwägungen leiten. Die Ergebnisse sind verheerend.

Bestes Beispiel ist die Grenzöffnung 2015, die aus dem europäischen Problem der Masseneinwanderung zunächst ein deutsches machte, weil es die über eine Million Zuwanderer aus Orient und Afrika überwiegend nach Deutschland leitete. Durch die Grenzöffnung wurde die Migrationskrise massiv angeheizt, weil sich herumsprach, daß Europa offen ist. Das brachte Deutschland an den Rand des Staatsversagens. Nun versuchte die Bundesregierung, das Problem zu re-europäisieren, indem sie andere Staaten drängte, die von ihr gerufenen Migranten abzunehmen. Dieser Versuch führte zu massiven Abwehrreflexen in nahezu allen Staaten der Europäischen Union, zu neuer Deutschland-Skepsis in Osteuropa und zum Brexit.

Deutschland verhält sich in der EU aufgrund seiner Verneinung demokratischer, nationalstaatlicher Normalität durchweg irrlichternd, indem es dem Spiel und Ausgleich nationaler Interessen und kühler Kosten-Nutzen-Abwägung ständig sachfremde ideologische, aus seiner Sicht »moralische« Erwägungen entgegenstellt und dann mit dem Gewicht als größtes und wirtschaftlich potentestes Mitgliedsland durchzudrücken versucht. Das ist toxisch für Deutschland selbst, weil es sich ohne Sinn und Verstand Lasten aufbürdet; von einem übermäßig hohen EU-Beitrag über die volkswirtschaftlich durch nichts zu rechtfertigenden Aufwendungen zur Euro-Stabilisierung bis zu den die heimische Wirtschaft besonders treffenden Rußland-Sanktionen – die Bundesregierung handelt konsequent anti-deutsch. Aber es ist auch eine Belastung für Europa, weil die EU auf rationale, ausgleichende Politik angelegt ist und Deutschland als geographische und ökonomische Zentralmacht dazu durch ehrliches Makeln und Ausgleichen gefordert ist. Deutschlands ideologischer Blindflug ins links-rot-grüne Nirwana destabilisiert die Union und schürt europaweit neue Skepsis Deutschland gegenüber.

»Der europäische Osten besitzt Stoff genug für eine verbindende, große Erzählung – für das also, was ein Wir-Gefühl stiften und zwanzig Nationen überwölben könnte. Es ist der antitotalitäre Befreiungskampf.«

Götz Kubitschek: »Das europäische Ich«, in: *Sezession* 86 (Oktober 2018), S. 1.

Soll die Union gesichert und Deutschlands Ansehen repariert werden, so muß die deutsche Europapolitik sächsischer werden: pragmatischer und patriotischer, dabei stets Ost wie West im Blick habend. Die Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei bringen nicht weniger Einwohner auf die Waage als Frankreich – sie sollten ebenso beachtet werden. Deutschland hat die Aufgabe, eine Brücke zu bilden zwischen West und Ost, Süd und Nord; es soll aufhören, sich als Rheinbund zu definieren, der Macrons neo-napoleonische Agenda einer EU-Arbeitslosenversicherung und eines Eurozonen-Haushalts vertritt, Ideen, die außer dem französischen Präsidenten niemandem in Europa nützen, nicht den wirtschaftsliberalen Osteuropäern, am wenigsten den Deutschen, die sie bezahlen sollen.

Vielmehr ist es an der Zeit, das Verhältnis von Zentralisierung und Eigenverantwortung in der Union zu hinterfragen und neu zu justieren. Europa ist nicht die Antwort, wenn es um Sicherheit, Militär oder Grenzschutz geht – das können die Einzelstaaten besser, wie Viktor Orbán 2015 an der serbischen Grenze und Matteo Salvini 2018 im Mittelmeer bewiesen haben. Wo die EU-Agentur Frontex Shuttle für die Illegalen gespielt und hunderttausende Migranten aufs todbringende Mittelmeer hinausgelockt hat, ist es Salvini gelungen, binnen eines Jahres die Mittelmeer-Route zu schließen. Auch eine EU-Armee, die sich absehbar gegen Rußland richten würde, braucht kein Mensch: Denn Europa wird nicht von dorther, sondern vom Migrationsdruck aus Afrika und dem Orient existentiell bedroht.

Was Europa braucht, ist die Vielfalt seiner Völker und Regionen – denn diese machen sein Wesen aus. Noch mehr Brüssel, noch mehr Vereinheitlichung bedroht diese Grundlage unseres Kontinents. Nicht die ideologische Verklärung der Zentrale, sondern der skeptische, nüchterne und abwägende Blick auf diese intransparente und bestenfalls halb-demokratische Institution ist deshalb die richtige europapolitische Attitüde. Verklärt und voll Liebe sollten wir stattdessen auf die regionalen Kulturen blicken, ihre Traditionen und Schrulligkeiten.

Dieser Lokalstolz und Patriotismus ist friedlich und ermöglicht eine »Einheit in Vielfalt«, wie sie das EU-Motto »In varietate concordia« seit dem Jahr 2000 beansprucht. Eine solche Herangehensweise eint uns mit allen anderen Europäern und ist eine gute Grundlage für die Union der Zukunft. ■

Antaios 2019



Caroline Sommerfeld

Wir erziehen

Zehn Grundsätze

328 Seiten, Breitklappenbroschur, 18 €

Der Mensch ist ein grenzbedürftiges Wesen, je jünger desto mehr. Die Wiederentdeckung dieser wohltuenden Hegung ist der Beginn der Erziehung.
Zehn Grundsätze, ein Ziel: Wir erziehen!

Manfred Kleine-Hartlage

Die liberale Gesellschaft und ihr Ende

Über den Selbstmord eines Systems

296 Seiten, Breitklappenbroschur, 18 €

Eine Gesellschaft, die eine falsche Ideologie verinnerlicht hat, vermag die Ursachen ihrer Probleme nicht mehr zu erkennen. Sie ist nicht mehr in der Lage, Lösungen zu formulieren und durchzusetzen.
Das politische System der offenen Gesellschaft ist deshalb im Begriff, sich selbst zu erledigen.



Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de



Zweierlei Deutschland, zweierlei AfD?

von Benedikt Kaiser

Entlang der alten Grenze zwischen BRD und DDR bricht ein neuer politischer Konflikt auf, dessen Folgen noch nicht absehbar sind. Thorsten Hinz beschreibt den Anlauf in einem – kaum beachteten und doch richtungsweisenden – Thesenbeitrag als ein sukzessives Verlorengehen des »Ursprungsvertrauens, das die Ostdeutschen in die Kompetenz des Westens besaßen«, mit den auslösenden Wegmarken Finanz- und Eurokrise. Mittlerweile habe die Zuwanderungskrise von 2015ff. den Vertrauensverlust weiter forciert; ein »deutsch-deutscher Konflikt« entzünde sich an der Frage, »ob man seine Heimat dauerhaft mit einer nicht beherrschbaren Anzahl von Einwanderern aus dem afrikanischen und arabischen Raum teilen und die Risiken und Nebenwirkungen auf sich nehmen will«.

»Die Belehrungen und verbalen Kraftmeiereien des Westens sind längst Botschaften aus dem Schattenreich.«

Thorsten Hinz: »Der lange Weg nach Osten«.

Man kann mit Hinz streiten, ob hier ein apodiktisch-dichotomisches Ost-West-Gleichnis angemessen ist, denn schließlich gibt es auch im Westen ein »Osten« und im Osten ein »Westen«; Insgesamt aber ist Hinz' mentalitätspolitische Analyse zutreffend, wonach sich im Westen über Jahrzehnte Denkweisen und Kräfteverhältnisse ausformen konnten, die einen ergebnisoffenen Umgang mit Migration (ja, nein, welche?) kaum mehr möglich erscheinen lassen. Im Osten der Republik – wie auch in den Visegrád-Staaten – ist das noch anders, und hier wird die Weigerung deutlich, die Folgen einer genuin westlichen Einwanderungspolitik mitzutragen. Ostdeutschland, deutet Hinz provokativ wie folgerichtig an, werde einst die Frage beantworten müssen, ob es weiter an die deutsche Einheit glaube (und damit ebenso von »Tribalisierung« und »Barbarisierung« betroffen werde wie die alte BRD als Teil des kippenden Westeuropas) oder ob es eine »europäische Ostverschiebung« stütze, als Teil einer vom Osten ausgehenden »konservativen Revolution«, die in der fernen Zukunft dann rückblickend als eine »Notbremsung« zu bewerten wäre.

Eine ostdeutsche Sezession à la Thorsten Hinz – soweit sind wir noch nicht. Allein in Baden-Württemberg und Bayern gibt es (ein Ergebnis von rund zwölf Prozent angenommen) etwa zwei Millionen AfD-Wähler, und dies entspricht fast der Zahl aller alternativer Wähler in den »neuen Bundesländern« ohne Ost-Berlin (rund 20 Prozent angenommen). Gleichwohl denken Ost und West auch »rechts« oft aneinander vorbei. Im Osten vergißt der ein oder andere Patriot, daß gewisse Persönlichkeiten, die in einem mitteldeutschen Freistaat reüssieren, im bürgerlich-zaghaften Westen kaum als alternative Galionsfiguren vermittelbar sind. Im Westen (und das ist übergeordnet betrachtet verheerender) vergessen relevante AfD-Akteure, daß sich die Partei seit Bernd Luckes Abgang strukturell wie weltanschaulich verändert hat und über eine neue Wählerschaft verfügt. Erschloß man bis circa 2015 die quantitativ limitierte Klientel einer national-neoliberalen Professorenpartei (für den Bundestag zu wenig, für den Status einer Splitterpartei zu viel), vollzog sich 2016 und 2017 ein Wandel: Zur Bundestagswahl punktete man überdurchschnitt-

Dresden, Gespräch an der Haustür.

lich bei »Arbeitern« und »Erwerbslosen« (je 21 Prozent), unterdurchschnittlich, einstellig, bei hochqualifizierten Akademikern. Verschiedene Institute unterschiedlicher politischer Neigung analysierten übereinstimmend, daß Handwerker, Facharbeiter und Kleinunternehmer bundesweit das Wahlgerüst der AfD stellten, kurz: der »kleine Mann«. »Die AfD ist« damit »bezogen auf Einkommen, Bildungsstand und Alter eine Partei der ›Mitte‹«, so der Sozialwissenschaftler Sebastian Friedrich, einer der wenigen gegnerischen Beobachter mit Sachverstand.

Wenn Friedrich recht hat, muß man sich als Sympathisant fragen, wieso die AfD keine Politikangebote für die Mitte formuliert und weshalb die neoliberale Programmatik aus der Lucke-Zeit bis heute unangetastet bleibt. Liest man Verlautbarungen westdeutscher Politiker der AfD zu aktuellen Problemfeldern der Sozial- und Mietpolitik, fühlt man sich an eine in Wortwahl und Ausdrucksweise zugespitzt auftretende FDP erinnert. Der Jargon der Verachtung seitens liberaler West-AfDler wie Beatrix von Storch zulasten der Prekären (Zeit- und Leiharbeiter, befristet Angestellte, Selbständige usw.), die – wohlgemerkt: auch im Westen – das alternative Wahlreservoir abbilden, stößt insbesondere im Osten auf Unverständnis. Es ist eine falsche, rohe Bürgerlichkeit, die in Gestalt eines säkularisierten Vulgärcalvinismus daherkommt: Prekarität erscheint hier ausnahmslos als das Produkt individuellen Versagens, sozioökonomische Einordnungen finden nicht statt.

»Die AfD muß sich dann langsam entscheiden, ob sie als kritischer Teil des Establishments agieren möchte, wie es die sogenannten ›Realpolitiker‹ in der Partei fordern, oder sie eine wirkliche Alternative zum Bestehenden sein will – was eine globalisierungs- und kapitalismusüberwindende Position einschließt.«

Björn Höcke/Sebastian Hennig: *Nie zweimal in denselben Fluß.*

Eine Partei für den »kleinen Mann« könnte das anders handhaben, wenn sie sich an Gründervätern der »sozialgesteuerten Marktwirtschaft« wie Alfred Müller-Armack, Walter Eucken oder an preußischen Konservativen wie Gustav Schmoller orientieren würde (ganz zu schweigen von sozialpolitisch versierten Denkern innerhalb der Konservativen Revolution), die noch wußten, daß das notwendige Primat der Politik vor der Wirtschaft jede marktliberale Flause samt Fokussierung auf eine einzige Klasse ausschließt und immer das gemeinsame Interesse aller Staatsangehörigen im Vordergrund stehen muß. Westdeutsche AfD-Wirtschaftspolitiker entsprechen damit eher der angelsächsischen Marktideologie als der »klassisch deutschen« nationalen Wirtschaftskultur, was erklären mag, wieso Protagonisten des neoliberalen Flügels der West-AfD die Marktradikalen F.A. von Hayek oder Milton Friedman als Inspiratoren nennen.

Die Lebensrealität samt sozialpolitischem Bewußtseinsgrad der westlich dominierten AfD-Funktionärsriege entspricht selten der Lebensrealität der (möglichen) Wählerschaft in Ost wie West. Dasselbe Mißverständnis stieß vor fast 20 Jahren die Freiheitliche Partei Österreichs vom Sockel. Die FPÖ verlor die lohnabhängig beschäftigte Mehrzahl (insbesondere Arbeiter und Angestellte), »als sie unter Beifall ihrer mittelständischen Klientel zur Durchführung eines wirtschaftsliberalen Programms ansetzte«, wie Martin Hoschützky in Heft 3 der *Sezession* resümierte. Denn was für die obere Mittelschicht (eine prozentual im Vergleich zu den Arbeitern und Angestellten in Österreich und Deutschland nachrangige Zahl) »den ersehnten Zugewinn an Freiheit bedeutete, nahmen große Teile der Arbeiterschaft als Beschneidung ihres Anteils am Wohlstand wahr«. Doch da die nationale Frage zu schwach erschien, um die Widersprüche in der FPÖ-Wählerschaft zu verdecken, »zerbrach die Partei an der Frage, welche Rolle der Staat bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse spielen soll«.

»Der Sozialstaat kann nicht nur eine liebende und nährende Mutter sein; er ist zugleich eine Wölfin, die eifersüchtig darüber wacht, wer an ihr saugen darf und wer nicht. (…) Darin liegt die Grundparadoxie des Sozialstaats: Er beruht implizit auf einem harten, exklusiven Sonderbewußtsein, einem Willen zur Unterscheidung zwischen dem Eigenen und dem Fremden.«

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel.*

Es ist nicht der Ort, um ausführlich darzulegen, daß die Freiheitlichen 2019 denselben Fehler sehenden Auges wieder begehen. Unverzichtbar ist diese austriakische Farce jedoch als schlagende Mahnung für diejenigen in Deutschland, denen es an einer wirklichen Alternative gelegen ist. Dieser darf es nicht um Klientelpolitik für die *Happy Few* jetziger Wirtschaftsverhältnisse gehen, in denen nicht Arbeit und Leistung großen Wert schaffen, sondern der Wert sich selbst verwertet. Kaum jemand, der substantielle Änderungen für Deutschland erhofft, benötigt für diese Problematik eine um Islamkritik erweiterte FDP. Latentes bis offenes Mißtrauen gegenüber dem Sozialstaat *an sich* – nicht: gegenüber seiner jetzigen defizitären Form – wird beigemengt und stößt auf eine fest umrissene, dafür aufgeschlossene Klientel, weil falsche Kanäle und über eine Million Allochthone aus dem sozialstaatlichen Sockel bedient werden und die ausufernde Bürokratie weitere Probleme schafft. Die Institutionen werden plötzlich *per se* abgelehnt, obwohl es falsche Entschei-

dungen bestimmter Politiker sind, welche die Mißstände verschärfen. Die Solidarinstitutionen an sich funktionieren prinzipiell, sie sind in Deutschland traditionell tragfähig, und mit der Umkehr der unsozial-volksfernen Politik der Altparteien muß in diesem Themenfeld eine Neubesinnung auf einen solidarisch-patriotischen Sozialstaat erfolgen – keine libertäre Staatsfeindlichkeit.

Dabei wäre zumindest die Ausgangssituation (nicht: die Feinabstimmung) im wirtschaftlichen Bereich für eine populistische Partei denkbar einfach: Man müßte auf die ausgepreßte und zunehmend prekäre Mitte – immerhin die Mehrheit im Lande – verweisen und eine entlastende Politik für sie einfordern. Daß derartiges von der AfD-Wählerbasis erwartet wird, steht nach allem, was Soziologen und Demoskopen an Datenmaterial erhoben haben, außer Zweifel.

Martin Hoschützky verwies 2003 in seinem bereits erwähnten Text auf die immanente Schwäche einer denkbaren populistischen Rechtspartei, die sich auf die Oberschicht und den gehobenen Mittelstand festlegte. Ein Populismus, der »nicht die Stärkung des Gewichts der unterbürgerlichen Schichten im politischen Prozeß in Angriff nimmt, wird keine substantiellen partizipatorischen Impulse hervorbringen, da er eine relativ schmale Bevölkerungsgruppe vertritt«. Ein derartiger konservativ-neoliberaler Versuch würde zurückfallen in die Sackgassen des besitzbürgerlichen Mainstreams. »Anders könnte es einem Populismus ergehen«, antizipierte Hoschützky auf frappierende Art und Weise, »der sich bewußt auch auf die unterbürgerlichen Schichten stützt. Er wäre zum Versuch gezwungen, die unterschiedlichen Interessenslagen der vom sozialen Abstieg bedrohten Gruppen des Mittelstandes wie der Arbeiterschaft zu repräsentieren. Ob die Rechte an einem solchen Projekt teilnehmen möchte«, mahnte Hoschützky, »hängt von ihrer Bereitschaft ab, sich als in Opposition zu den derzeitigen politischen und ökonomischen Tendenzen stehend zu begreifen«.

»Auf Migration kann nur verzichtet werden, wenn auch auf Reichtum verzichtet wird. Darum bin ich übrigens ganz optimistisch: Der Mittelstand wird dafür sorgen, dass die Migration nicht abreißt.«

Jakob Augstein/Nikolaus Blome: *Oben und Unten. Abstieg, Armut, Ausländer – Was Deutschland spaltet.*

Exakt hier verläuft die Scheidelinie innerhalb der AfD: Begreift man sich in Opposition zu den herrschenden Verhältnissen, oder strebt man sanfte Korrekturen an? Will man eine »harmlose« Rechte sein oder eine entschiedene, stellt man parlamentarisch mittelfristig eine mehrheitsbeschaffende Rechte für das erodierte »bürgerliche« schwarz-gelbe Lager dar, oder strebt man eine neue Volkspartei quer zu der bisherigen Farbenlehre des bundesdeutschen Parlamentarismus an, was durch die Entkernung der Union ebenso begünstigt würde wie durch den anhaltenden sozialdemokratischen Dilettantismus, der auf die im Volk reichhaltig vorhandenen sozialen Neigungen abstoßend wirken muß?

Letztere Ungewißheit ist für die AfD die Gretchenfrage. Dies gilt um so mehr, als daß der AfD ein Milieu fehlt, das ihr über schwankende Konjunkturlagen hinweg ein solides Gerüst verschafft. Versteht man ein politisches Milieu als »Gruppe von Personen, die sowohl soziale Lebensbedingungen als auch Denk- und Verhaltensweisen miteinander teilen« (Wilhelm Heitmeyer), ist es einerseits ein Vorteil, daß die AfD keine Milieupartei ist. Andererseits fehlen damit überwiegend »organische« Politiker, die aus demselben Holz geschnitzt sind wie ihre Wähler: Linkspartei und Grüne zeigen, wie erfolgreiche Milieuarbeit aussieht; die Linie Wähler–Mitarbeiter–Parlamentarier ist klar, der nötige inhaltliche Druck auf die Mandatsträger immanent. Bei der AfD, der westlichen zumal, bleibt die Frage unbeantwortet, was ein prekär beschäftigter Facharbeiter mit dem Akteur der marktradikalen Hayek-Gesellschaft im Bundestag über die Ablehnung der Massenzuwanderung hinaus gemein haben könnte. Um diese unüberbrückbare Kluft weiß der Gegner, und diesen gewaltigen Widerspruch kann er als Waffe nutzen, spätestens dann, wenn das Alleinstellungsmerkmal Migrationskritik allmählich in der öffentlichen Wahrnehmung versandet.

»Genauer gesagt, das diffuse Gefühl, dass die Ungleichheiten ›zu groß‹, ja sogar ›skandalös‹ seien, geht mit einer unausgesprochenen Akzeptanz ihrer vielfältigen konkreten Ausdrucksformen einher sowie mit einem Widerstand, etwas gegen sie unternehmen zu wollen. Daher rührt die Tatsache, dass eine soziale Unzufriedenheit, die vermutlich von einer großen Mehrheit geteilt wird, mit einer praktischen Passivität gegenüber dem Gesamtsystem der Ungleichheiten zusammentrifft.«

Pierre Rosanvallon: *Die Gesellschaft der Gleichen.*

Die über libertäre Auswüchse hinausreichende Problematik, die damit verbunden ist, kann als »AfD-Blase« umrissen werden. Obschon man der Partei zugestehen muß, daß sie eine junge ist und ihr die jahrzehntelange Basisarbeit der Konkurrenz fehlt, bleibt es unergründlich, wieso im Superwahljahr 2019 keine flächendeckende kommunale Offensive erfolgt. Wendet man etwa im – so oder so umfragestarken – »blauen Sachsen« die kommunale Verankerung als Maßstab für nachhaltige Aufbauarbeit an, fällt eine Bestandsaufnahme bescheiden aus: In vielen Klein- und Mit-



Dresden, Altstadt.

telstädten tritt man gar nicht erst zur Wahl an. Sogar in Kommunen, in denen zur Bundestagswahl 2017 circa 30 Prozent AfD wählten, wird die Partei zu Kommunalwahlen nicht auf dem Zettel stehen – zwei Jahre möglicher Kärrnerarbeit vor Ort fanden dort schlicht nicht statt.

Gesellschaftliche Isolation kann als Hinderungsgrund in Städten und Gemeinden nicht herangezogen werden, in denen fast ein Drittel der Bürger für die AfD votiert. Vielmehr ist ein Streben in die Landesmetropolen und »Hauptparlamente« zu vermerken, das ein Engagement auf vermeintlich subalterner Ebene obsolet erscheinen läßt. Dabei ist Dresden für einen Vogtländer fern, nicht aber der unmittelbare Ortsbeirat oder das nächste Stadtparlament. Es findet keine alternative Nachbarschaftspolitik statt, die freilich die unverzichtbare Grundlage einer jeden basisnahen Bewegung darstellt. Fallen überregional mobilisierfähige Themen weg, kann eine Landtagsfraktion verloren werden; lokale Verankerung hingegen bliebe, versiegten auch die Geldflüsse in der Landeshauptstadt. Auch hier fehlt es an Weitsicht und einer stufenartigen Planung aus Nah- und Fernziel zur Umwandlung bestehender Verhältnisse, was wiederum »organische« Politiker, die aus einem konkreten Umfeld in die Landespolitik »empor« steigen, ohne ihre Herkunft angesichts neuer Lebensmöglichkeiten dank Mandatsvergütung zu verleugnen, unmöglich macht.

»Die Linke muss höllisch aufpassen, dass die Neue Rechte und die AfD nicht ihre Erzählung kapern, Anwalt der kleinen Leute zu sein. Die SPD hat das exemplarisch verschlafen.«

Jakob Augstein/Nikolaus Blome: *Oben und Unten. Abstieg, Armut, Ausländer – Was Deutschland spaltet,* München 2019, S. 249.

Daß es theoretisch anders geht, zeigt, trotz fehlender Unterstützung durch den westlich dominierten Bundesvorstand (das brandenburgische Wahlkampfbudget ist niedriger angesetzt als das von Splitterparteien!), etwa Christoph Berndt in Cottbus. Dieser wird als Musterbeispiel für aussichtsreiche Vor-Ort-Arbeit über den Listenplatz 2 der Landes-AfD ins Potsdamer Parlament einziehen und bürgt als Garant für die arbeitsteilige, auf Nachhaltigkeit abzielende Strategie der Mosaik-Rechten. Die 100000-Einwohnerstadt Cottbus beweist, daß das, was im Kleinen Bedeutung hat, ebenso für das große Ganze Relevanz besitzt: Solidarität kann dort greifen, wo das Zutrauen zueinander groß ist.

»Wenn uns Arbeiter, Arbeitslose, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen nicht mehr als ihre Stimme verstehen, sondern das Gefühl haben, ›die Linke ist arrogant, die Linke ist überhaupt nicht mehr für uns da‹, dann haben wir verloren.«

Sahra Wagenknecht bei tagesschau.de vom 28. Juni 2018.

Diese einfache und bedeutende Maxime wurde von Höcke und Wagenknecht längst in die Politik eingeführt und mittlerweile auch von »unverdächtigen« Forschern wie David Miller und Francis Fukuyama bestätigt, und sie steht in schroffem Widerspruch zur westlerischen Realität von »Multikulti«, wo sich Angehörige einer Community untereinander stärker vertrauen als den Menschen anderer ethnokultureller Kollektive. Dies steht in Widerspruch zu den Grundbedingungen eines modernen und funktionierenden Sozialstaats. Definiert man »Solidarität« unter Staatsbürgern ohne jedes vaterländische Pathos als Akzeptanz des relativen Ausgleichs zum Wohle aller, bedarf es hierfür anfänglich eines Verständnisses davon, daß überhaupt eine übergeordnete Gemeinschaft existiert, der man Zuneigung oder zumindest Loyalität entgegenbringt und von der man, gewissermaßen als Gegenleistung für die gewährte Solidarität, ein Mindestmaß an innerer und sozialer Sicherheit erhält. Die offene Marktgesellschaft bedeutet aber weniger Sicherheit in jedem Sinne. Verinnerlicht man diesen Gedankengang, wird es für alternative Politik, die nicht nur einzelne Stellschrauben anders justieren möchte, unvermeidlich, ein gravierendes politisches Umsteuern zu fordern und sich nicht lediglich als Mehrheitsbeschaffer-in-spe in Stellung zu bringen.

Das ist besonders für den Osten relevant, wo man in Thüringen, Sachsen und Brandenburg 2019 über 20 Prozent erreichen könnte. Der Verlust des Urvertrauens und das daraus herrührende Wutpotential ostdeutscher Generationen sorgen für einmalige Chancen des alternativen Oppositionspotentials; einmalig, denn auch in den neuen Bundesländern ist der »geistige Westen« – verstanden nicht als Ortszugehörigkeit, sondern als bürgerlich-opportune Denkweise, die dem »Geist des Ostens« mit seinem intuitiven Widerstandsgestus entgegensteht – auf dem Vormarsch. Karlheinz Weißmann schrieb einst in seiner *Kurzen Geschichte der konservativen Intelligenz,* daß die (west)deutschen Konservativen »niemals zuvor so harmlos, so zahm und zivil« aufgetreten seien – doch gilt das mittlerweile auch für einen markanten Teil des mitunter basis-, weil landfernen sächsischen AfD-Apparats.

Ausgerechnet im seit 1990 wichtigsten Landeswahlkampf verzichtet man auf einen inhaltlichen Frontalangriff, weil man – wie im übrigen auch Grüne, FDP, SPD und sogar partiell Die Linke – auf ein mögliches Übereinkommen mit der sächsischen Union schielt. Man will just im sozialen Sachsen keinen sozialpolitischen Wahlkampf führen, da man »keinen Sozialismus predige« (als ob die Befürwortung eines für in Not geratene Landsleute sorgenden Sozialstaates automatisch »Sozialismus« bedeutete), und ebenso verzichtet man auf eindeutige Positionierungen zu Globalisierungserscheinungen und Migration jenseits kurzschlüssiger »Grenzen-zu«-Rhetorik.

Dabei könnte man vom CDU-Fossil Wolfgang Schäuble lernen, der Zuwanderung als unser »Rendezvous mit der Globalisierung« erfaßt. Hier gilt Philip Manows Feststellung im Anschluß an den Harvard-Forscher Dani Rodrik, wonach man zeitgenössischen Populismus mit Erfolgsaussichten als Protestbewegung gegen die Globalisierung denken sollte, als Protest »gegenüber zwei ihrer hauptsächlichen Erscheinungsformen: dem internationalen Handel und der Migration, also der grenzüberschreitenden Bewegung von Geld und Gütern einerseits und von Personen andererseits«. Entsprechend der unterschiedlichen Gewichtung der beiden Hauptarten der erlebbaren Globalisierungsformen äußern sich linke und rechte Spielarten des Populismus. Für Sachsen (aber auch viele andere, sogar westliche Länder) bräuchte es eine parteipolitische Formation, die beide Stränge bündelt, anstatt einen der beiden Aspekte zu ignorieren. Wenn man nämlich, so Manow weiter, die Frage nach den beiden bedeutendsten Problemen in der ganzen Bundesrepublik für AfD-Sympathisanten beleuchtet, »ist die *kombinierte* Artikulation von Sorgen über Migration und soziale Gerechtigkeit die mit sehr weitem Abstand häufigste Antwort«. Erklärend heißt es: »Etwa 44 Prozent der ostdeutschen Befragten und knapp über 50 Prozent der westdeutschen Befragten äußern sich so, während keines der anderen genannten Themen an die 20 Prozent heranreicht«.

Die AfD, in der Mehrzahl der Länder des Westens wie des Ostens, wird sich angesichts solcher Zahlen erst noch zu entscheiden haben, für wen sie künftig Politik machen wird:

Für die eigene, in liberalen Denkweisen und meist urbanen Lebenswelten verwurzelte höhere Funktionärsebene, die Migration als selbstlaufenden Evergreen braucht, indes bei monokausalen Erklärungen stehen bleibt und soziale Fragen als propagandistische Hülle für das Wahlvolk lediglich duldet; mithin also Politik für eine Majorität der 91 Bundestagsabgeordneten, die eine (noch nicht verfestigte) Kaste abbildet, die im schlechtesten Falle *Anywheres* von rechts produziert.

Oder praktiziert man Politik für die Mehrheit der Sympathisanten, die sich für Migrationspolitik *und* soziale Gerechtigkeit aufgeschlossen zeigen und die in Alexander Gaulands Sinne die *Somewheres* vertreten, indem sie, konkret verortet, an ihrer Heimat und der bedrohten Normalität ihres Lebens festhalten.

Ohne Zweifel: Nur eine AfD, die für die vernachlässigten *Somewheres* als Bevölkerungsmehrheit dieser Republik einsteht, hat ihre genuine Existenzberechtigung und das Potential zu einer wirklich gesellschaftsverändernden Alternative für Deutschland. Setzt sich indes die auf zehn bis zwölf Prozent der Deutschen beschränkte, westgepolte FDP-plus-Islamkritik-Haltung durch, wird Thorsten Hinz' »langer Weg nach Osten« zur Wiedervorlage fällig. ■

Literaturhinweise:

Jakob Augstein/Nikolaus Blome: *Oben und Unten. Abstieg, Armut, Ausländer – Was Deutschland spaltet,* München 2019;

Sebastian Friedrich: *Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen,* 3. Aufl., Berlin 2019;

Wilhelm Heitmeyer: *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I,* Berlin 2018;

Thorsten Hinz: »Der lange Weg nach Osten«, in: *CATO* 1/2018, S. 7–10;

Martin Hoschützky: »Der Populismus – Eine postmoderne Rechte?«, in: *Sezession* 3 (Oktober 2003), S. 30–35;

Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig: Nie zweimal in denselben Fluß, Lüdinghausen/Berlin 2018;

Götz Kubitschek: »Die Strahlkraft der KR«, in: *Sezession* 44 (Oktober 2011), S. 8–13;

Philip Manow: *Die Politische Ökonomie des Populismus,* Berlin 2018;

Pierre Rosanvallon: *Die Gesellschaft der Gleichen,* Berlin 2017;

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert,* Berlin 2017;

Karlheinz Weißmann: *Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945,* Schnellroda 2011.

Migration in Sachsen

von Andreas Karsten

Ende des Jahres 2018 sorgte eine Umfrage des Instituts »dimap« für Aufregung. Wie bereits im Vorjahr gaben viele Befragte an, daß eines der wichtigsten Probleme in Sachsen die »Überfremdung« sei. Auch die Integration von Ausländern bewerteten viele Bürger als problematisch. Über die Hälfte der Befragten konstatiert der Bundesrepublik insgesamt ein gefährliches Maß an Überfremdung. Die medialen Reaktionen darauf waren von Fassungslosigkeit gekennzeichnet; das Unverständnis mündete gar in offenen verbalen Angriffen. Sächsischen Bürgern wurden pauschal »rassistische Einstellungen« *(Tagesspiegel)* bescheinigt. Wie könne es sein, daß sich Menschen in einem Bundesland, das einen der geringsten Ausländeranteile in der gesamten Bundesrepublik hat, überfremdet fühlten? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen bedarf es eines genaueren Blicks auf die Migration nach und in Sachsen.

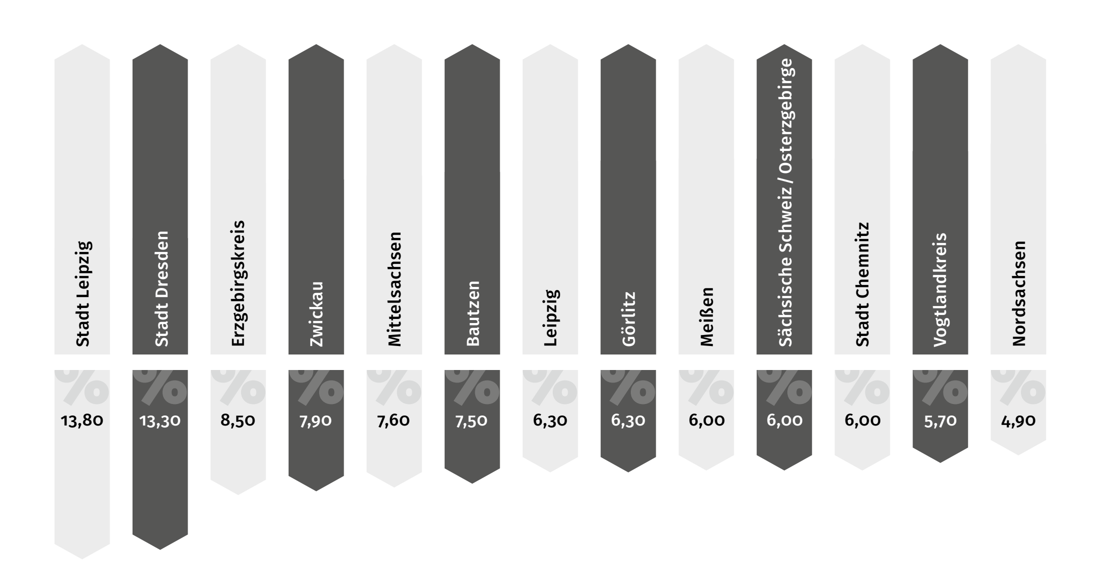
Überfremdung in Sachsen?

Das Thema Migration ist einer der Grundpfeiler der empirischen Sozialwissenschaften und doch offenbart es eine der großen Schwächen dieser Disziplin. Die Erhebung sowie die Aus- und Bewertung statistischer Daten erfolgt nämlich meist mit großem zeitlichem Abstand zur Erhebung. Der zeitliche Versatz wird um so größer, je umfassender die Menge der Daten ist. So ist auch der Umstand zu erklären, daß sich der aktuellste Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten, der eine Fülle von Statistiken zur Migration im Freistaat enthält und auf den sich die folgenden Ausführungen stützen, mit Daten aus dem Jahr 2017 befaßt.

Um präzise argumentieren zu können, müssen zunächst einige grundlegende Begriffe geklärt werden. Von Migration wird, nach einer Definition des Bundesministeriums des Innern, gesprochen, »wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt«. Grundsätzlich wird diese Migration in internationale Migration und Binnenmigration unterschieden: Internationale Migration meint Zu- und Fortzüge über Staatsgrenzen hinweg, Binnenmigration hingegen meint Bevölkerungswanderungen innerhalb der Regionen eines Landes, also im deutschen Kontext etwa über Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen hinweg. Im Zuge der Verfestigung des supranationalen, mittlerweile quasi-staatlichen Machtbereichs der Europäischen Union, spricht man in deren Grenzen heute auch häufig von Binnenmigration. In der öffentlichen Diskussion um die Migrationskrise der letzten Jahre ging es hingegen primär um internationale Migration. Will man die tatsächliche Zuwanderung in einem Bundesland wie Sachsen überprüfen, muß man sich das Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen, in einer bestimmten Region ansehen. Nach Sachsen kamen, nach Abzug der Fortzüge, im Jahr 2017 13 688 nichtdeutsche Personen. Der mit Abstand höchste Wert war im Jahr 2015 in der Hochphase der Migrationskrise zu verzeichnen. Hier

waren es 41 270 Personen. Um diese Werte in Relation zu setzen: Noch Anfang der 2000er Jahre waren in Sachsen negative Wanderungssaldi zu verzeichnen oder sie bewegten sich im Plusbereich bei einigen hundert Personen. Im Zehnjahresvergleich der Jahre 2007 und 2017 hat sich die Zuwanderung fast verdreißigfacht.

Die mit Abstand größte Gruppe von Ausländern bildeten im Jahr 2017 Syrer mit 22 873 Personen. Sie stellen damit 11,7 Prozent der ausländischen Bevölkerung aus allen Staaten der Erde, die in Sachsen leben. In den Top 5 der Herkunftsstaaten befinden sich jedoch auch drei osteuropäische Staaten: Rußland, Polen und Rumänien. Der direkte Vergleich von Syrern zu Osteuropäern verdeutlicht, daß es sich bei ersteren maßgeblich um Personen handelt, welche im Zuge der Einwanderungskrise der letzten Jahre ins Land kamen, während vor allem Russen und Polen häufig bereits Jahrzehnte in Sachsen ansässig sind und hier kein sprunghafter Anstieg und damit auch kein Indiz für unkontrollierte Migration zu verzeichnen ist. Belege für die mit der Grenzöffnung verbundene Einwanderungskrise finden sich auch bei den Zahlen für in Sach-



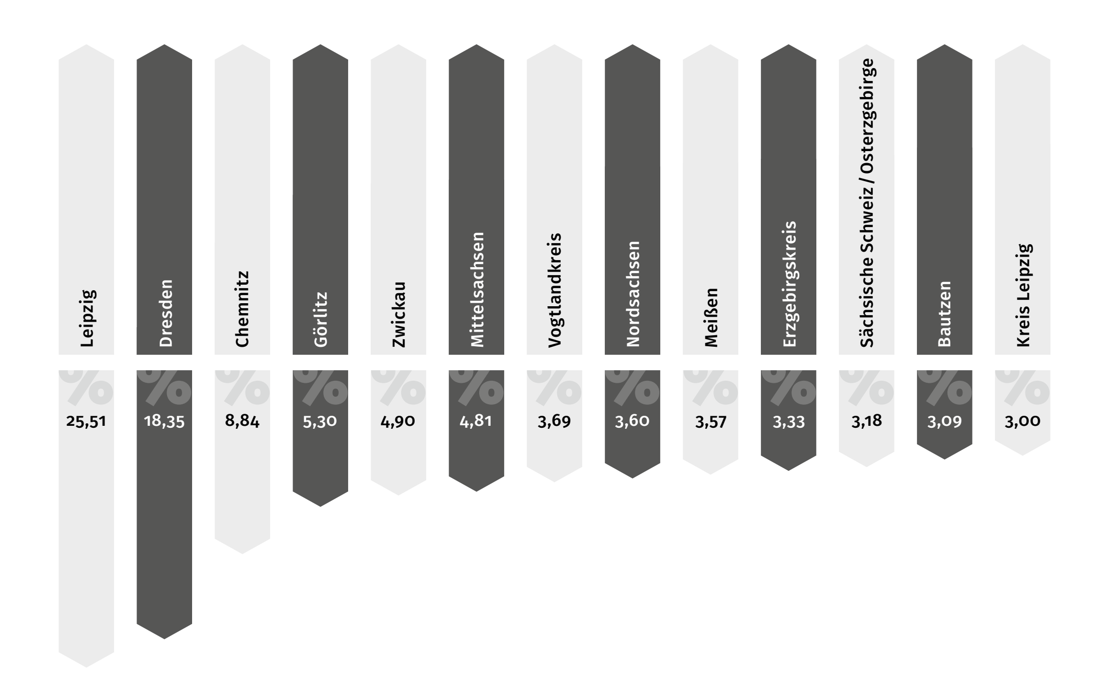
So ist es vorgesehen: Gesetzliche Verteilung von Zuwanderern (insbesondere Asylbewerber) auf die Kreise.

Daten beruhen auf: Jahresbericht 2017 des Sächsischen Ausländerbeauftragten *(S. 63)*.

sen registrierte Asylbewerber. Bis 2009 wurden in Sachsen jährlich rund 1500 Asylanträge gestellt. Im Jahr 2015 stieg die Zahl um das achtzehnfache auf 28 317 Asylanträge an. Mittlerweile ist die Einwanderungswelle etwas abgeebbt. Trotzdem gab es auch im Jahr 2017 noch über 8500 neue Asylanträge. Nach Angaben des Sächsischen Ausländerbeauftragten hielten sich im Jahr 2017 zudem 7910 »vollziehbar Ausreisepflichtige« in Sachsen auf. In diese Kategorie fallen vor allem illegale Einwanderer oder Asylbewerber, deren Antrag bereits abgelehnt wurde. Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, daß sich alle illegal eingereisten oder sich illegal in Sachsen aufhaltenden Ausländer exakt erfassen lassen. Somit ist von einer deutlich höheren Dunkelziffer auszugehen. Hinzu kommt, daß von den ausreisepflichtigen Personen, die tatsächlich registriert wurden, nur ein Bruchteil abgeschoben wird. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Oftmals können die Betroffenen keine Ausweispapiere vorweisen, die ihre persönlichen Angaben oder ihr Asylbegehren stützen könnten. Ihre Herkunftsländer zeigen sich ebenfalls häufig unkooperativ bei der Beschaffung der entsprechenden Dokumente oder weigern sich, ihre Emigranten zurückzunehmen. Viele Migranten, deren Asylbegehren abgelehnt wurde, können auch deshalb nicht abgeschoben werden, weil sie in irgendeiner Art und Weise glaubhaft machen können, daß ihnen in ihrer Heimat Schaden drohe. Kürzlich äußerte sich zudem der sächsische Innenminister zum Thema und beklagte, daß im Jahr 2018 etwa die Hälfte der geplanten Abschiebungen daran scheiterten, daß die entsprechenden Personen untergetaucht sind.

Die Unterbringung von Asylbewerbern in Sachsen erfolgte auf der Höhe der Migrationskrise, wie in vielen anderen Bundesländern auch, in großen Massenunterkünften, den sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen. Weil durch den unkontrollierten Ansturm auch dort der Platz ausging, wurden die Menschen auf Außenstellen und Notunterkünfte in Turnhallen, Zelten oder (ehemalige) Kasernen verteilt. Die plötzliche Überflutung sächsischer Gemeinden mit Menschen aus aller Herren Länder führte zu teils heftigen Protesten der örtlichen Bevölkerung, wie etwa im Städtchen Heidenau nahe Dresden. Inzwischen wurden viele dieser hastig errichteten Einrichtungen wieder geschlossen. Die Asylbewerber wurden stattdessen großflächig auf die Kommunen verteilt. Die Verteilung erfolgt nach einem eigenen Schlüssel, der sich nach dem Anteil der Wohnbevölkerung der Landkreise und Kreisfreien Städte an der sächsischen Gesamtbevölkerung richtet.

Durch die dezentrale Unterbringung fallen zwar die großen Außenstellen der Erstaufnahmeeinrichtungen und damit die überproportionale Belastung einzelner Gemeinden teilweise weg, die Präsenz von Migranten wird dadurch jedoch noch großflächiger, auch in Gemeinden, die davon bisher nicht oder nur in geringerem Maße betroffen waren. Die dezentrale Unterbringung macht die Kontrolle über die entsprechenden Perso-



So ist es tatsächlich: De facto Verteilung von Ausländern in Sachsen.

Daten beruhen auf: Jahresbericht 2017 des Sächsischen Ausländerbeauftragten *(S. 126); eigene Berechnungen.*

nen durch die Behörden überdies noch schwieriger und die Gefahr, daß Personen untertauchen, noch akuter.

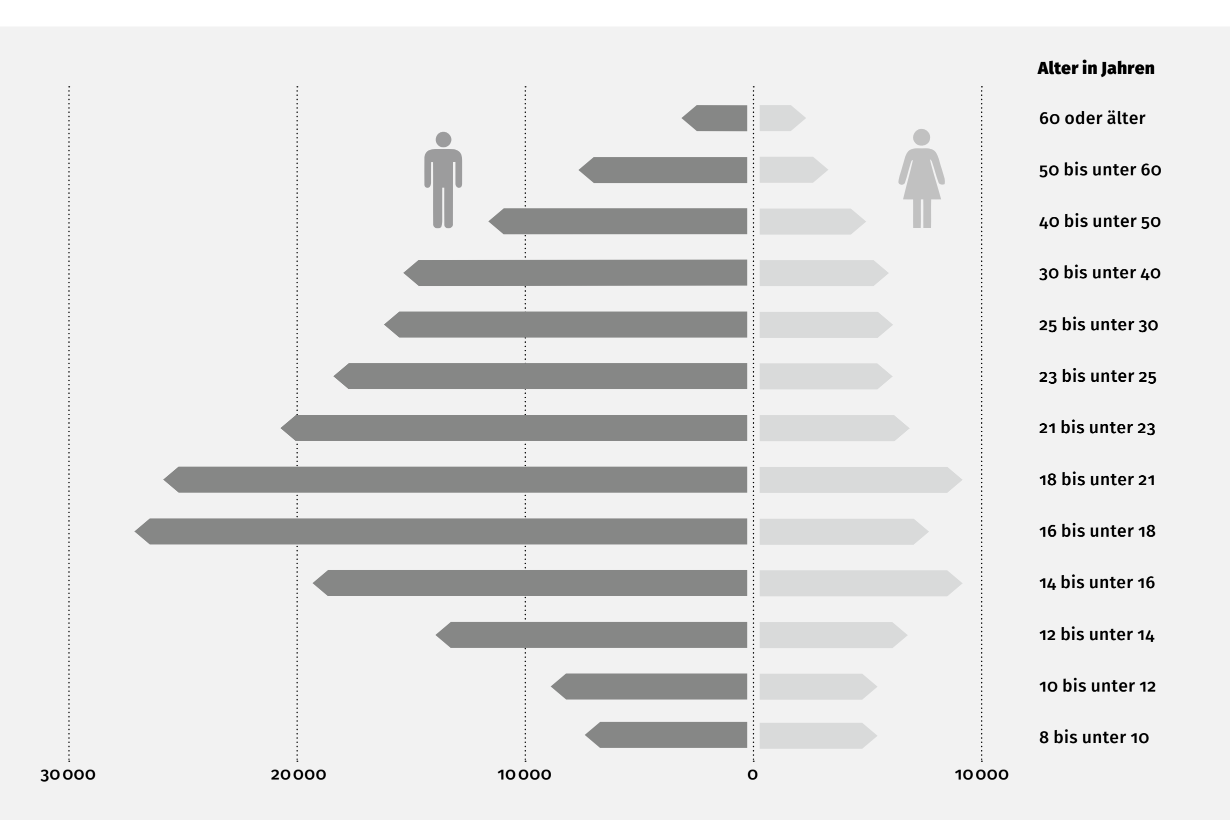
Bei der räumlichen Verteilung der in Sachsen lebenden Ausländer allgemein fällt auf, daß es eine Ballung im urbanen Raum gibt. Auf die drei Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig entfallen über die Hälfte der in Sachsen lebenden Ausländer, allein rund 25 Prozent auf die Stadt Leipzig. Im größten sächsischen Landkreis, dem Landkreis Bautzen, befinden sich dagegen nur etwas über drei Prozent der in Sachsen lebenden Ausländer.

Vieles spricht dafür, daß Migranten dazu tendieren, die eher strukturschwachen ländlichen Regionen mit geringem Migrantenanteil zu meiden und sich in Richtung der urbanen Zentren mit höherem Migrantenanteil zu orientieren. Dafür spricht auch ein Blick auf die Binnenmigration über die sächsischen Landesgrenzen hinaus. Ausländer, die sich eine Zeit lang in Sachsen aufgehalten haben, zieht es vor allem nach Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Nach Berlin wanderten im Jahr 2017 über 1100, nach Nordrhein-Westfalen über 1500 Personen ab.

Ausländerkriminalität in Sachsen

Nichtdeutsche Tatverdächtige machten im Jahr 2017 20,7 Prozent aller in Sachsen wegen diverser Straftaten verdächtigten Personen aus – und das bei einem Anteil von gerade einmal 4,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Dabei sind Verstöße gegen Einreisebestimmungen, Meldeauflagen und ähnliches – dezidierte Ausländerdelikte – bereits herausgerechnet. Verglichen mit der Zusammensetzung deutscher Tatverdächtiger finden sich unter den Nichtdeutschen Prozentual mehr Männer und Jugendliche.

Der Schwerpunkt der strafrechtlichen Verstöße lag im Jahr 2017 vor allem auf Rohheitsdelikten, sprich Gewaltstraftaten, Diebstahl sowie Vermögens- und Fälschungsdelikten.



Überschuß an jungen Männern: Die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen pro 100 000 Einwohner, bezogen auf die jeweilige Altersgruppe.

Daten beruhen auf: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2017 des Landeskriminalamts Sachsen *(S. 71)*.

Sachsens Wandel

Das omnipräsente Gefühl von Unsicherheit und Überfremdung der eigenen Lebenswelt in Teilen Sachsens mag für Menschen in langfristig multikulturalisierten Regionen wie Nordrhein-Westfalen oder Berlin erstaunlich erscheinen, doch ist erklärlich. Denn obwohl Sachsen auch heute noch auf Landesebene mit den geringsten Ausländeranteil in der Bundesrepublik hat, gab es einen sprunghaften Anstieg von Zuwanderern seit 2015, der Migration schlagartig sichtbarer machte – mit allen Folgen der Kriminalitätssteigerung, Wandel des Stadtbildes usf. Die großen Orte werden vermehrt zu migrantischen Treffpunkten und die dezentrale Unterbringung schafft eine großflächige Präsenz von Einwanderern, die mit der – von ethnischer Homogenität und Beständigkeit geprägten – Lebenswelt der Einheimischen kollidiert. Die im Vergleich zur autochthonen Bevölkerung ungleich hohe Kriminalitätsbelastung der Neubürger, speziell im Bereich der Gewaltstraftaten, trägt nicht zum Abbau möglicher Ressentiments bei.

Gleichwohl gilt es festzustellen, daß hier zwischen Nationalitäten sowie den Hintergründen des Aufenthalts unterschieden werden muß. Das Unbehagen an Überfremdung und Entheimatung durch kippende Innenstädte macht sich eher weniger an ausländischen Studenten oder Arbeitsmigranten aus EU-Staaten fest, als vielmehr an jenen Gruppen, die als Folge der Politik der offenen Grenzen nach Deutschland kamen und eine deutlich größere kulturelle Distanz, bei gleichzeitig geringeren Perspektiven, aufweisen. Neben der quantitativ bedrohlichen Situation mangelt es auch an Qualität. Migration in Sachsen wird so zur Herausforderung für alternative Politik. ■

Christentum in Sachsen – und darüber hinaus

von Thomas Wawerka

Für drei bis vier Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts war Sachsen, speziell Wittenberg mit seiner Universität, eines der wichtigsten Zentren der Christenheit. Die Impulse, die von hier ausgingen, hatten eminente Folgen für Deutschland. Die Reformation leistete den abschließenden Beitrag zur Ethnogenese der Deutschen. Die Übersetzung, Kommentierung und Verbreitung der *Biblia deutsch* vereinheitlichte die frühneuhochdeutsche Schriftsprache, hob die Volkssprache auf das Niveau theologischer und philosophischer Reflexion und prägte als Beispiel für die Sprache von Predigten auch das alltägliche Sprechen. Warum die Zeit der Wittenberger Reformation neben der höfischen Dichtung des Hochmittelalters und Weimar nicht als dritte (chronologisch zweite) Epoche der deutschen Klassik gilt, ist mir ein Rätsel.

Auch die Übersetzung von liturgischen Gesängen und Gebeten aus dem Lateinischen war weit mehr als ein kommunikationstechnischer Akt: In Verbindung mit der reformatorischen Theologie wurde das Christentum damit germanisiert und etablierte sich als eigenständige Auslegung gegenüber der griechischen, der römischen und der slawischen Tradition. Luther war nicht der Auslöser dieses antirömischen Affekts, aber sein Vollstrecker. Bewußt wandte er sich an den »christlichen Adel deutscher Nation«, bewußt sprach er die Deutschen als Deutsche an: »Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen möchte ich auch dienen«. Daß Luther eine Auslegung des Christentums schuf, die der germanischen Kultur entsprach, zeigt auch die Verbreitung der Reformation: Nur wenig konnte sie im lateinisch geprägten Süden Fuß fassen, nur wenig auch im slawischen Osten. Der deutsche und der skandinavische Raum waren die Hauptverbreitungsgebiete.

»Denn sie gieren alle, Klein und Groß, nach unrechtem Gewinn, und Propheten und Priester gehen alle mit Lüge um und heilen den Schaden meines Volks nur obenhin, indem sie sagen: ›Friede! Friede!‹, und ist doch nicht Friede.«

Jeremia 6,13–14.

Die Reformation schuf eine geistige Verbindung zwischen dem Christentum und der Kultur, wie sie in dieser Tiefe sonst nur in Byzanz, in Rom oder in Rußland erreicht wurde. Sie sorgte für ein reiches und tiefes Glaubensleben, durchdrang die deutsche Kultur bis in die feinsten Äderchen und bildete eine Symbiose mit ihr, die über 400 Jahre lang Bestand hatte.

Heute tut sich die Kirchenleitung, von der Höhe des EKD-Ratsvorsitzenden bis hinunter zum Landpfarrer, mehr als schwer mit Luther. Tatsächlich hat die Christenheit, die sich »lutherisch« nennt, die Lehre Luthers in ihr Gegenteil verkehrt – zumindest in Deutschland, und hier zumindest zum weit überwiegenden Teil. Die »Werkgerechtigkeit«, deren Herrschaft die Reformation einst beendete, also die Unterscheidung der »Guten« und »Bösen« nach einem moralischen (oder politischen) Prinzip, ist von den Nachfolgern der Reformation wieder auf den Thron gehoben worden. Die Kirche ist zur Partei geworden und auch noch stolz darauf. »Weißte«, sagte mir einer (ein Kollege), als wir über »schwierige« Gemeindeglieder sprachen (vor allem »Rechte« und »Fundamentalisten«), »bei manchen ist es besser, die gehen. Die willste gar nicht in der Gemeinde haben.«

»Ich war bei meinem Pfarrer«, sagte ein anderer (kein Kollege) – es brannte ihm unter den Nägeln. »Ich hab ihm mal alles gesagt, und daß ich mit dem Kurs nicht einverstanden bin. Er hat geantwortet, ich könne mir ja ne andere Gemeinde suchen.«

»Das einzige, was mich wundert, ist, daß du dich noch wunderst«, wieder ein anderer (kein Kollege, kein Christ). »Ich meine, grad ihr Pfaffen seid doch dazu da, die großen politischen Entscheidungen vor Ort in kleine Münze umzusetzen und christlich zu rechtfertigen. Ist doch klar, daß die Kirchenfürsten allergisch reagieren, wenn da einer aus der Reihe tanzt.«

Dreißig Jahre zuvor: Wende in Mitteldeutschland. Die Kirchen sind rappelvoll. Die Leute sammeln sich hier, weil die Kirche noch etwas einlöst. Ein letzter gedeckter Scheck ist noch da, ein letztes lebendiges Erbe der Reformation: das freie Wort. Auffällig ist, daß die kirchliche Opposition kaum kirchlich war. Die Leute hatten wenig Interesse an einer Erneuerung oder Stärkung des christlichen Glaubens, sie waren politisch und gehörten hauptsächlich zum linksliberalen Milieu: Friedensgruppen, Umweltgruppen, »Schwerter zu Pflugscharen«. Sie hatten sich in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend vernetzt und waren anschlußfähig für Oppositionelle von außerhalb, für den normalen Bürger. Das Bewußtsein, in der Gewährung des freien, öffentlichen Worts ein reformatorisches Erbe anzutreten, war ausgeprägt. Nicht von ungefähr begann die Wende in Sachsen: Es ist das Echo der Reformation, das noch nachhallt.

»So nehmt nun zu Herzen, daß ihr euch nicht sorgt, wie ihr euch verteidigen sollt. Denn ich will euch Mund und Weisheit geben, der alle eure Widersacher nicht widerstehen noch widersprechen können.«

Lukas 21,14–15.

Für etwa ein Jahr schwappte die Politik mit Macht in die Kirchen hinein, dann zog sich die Flut wieder zurück und ließ einen enttäuschten Pfarrer mit den üblichen fünf Omas und drei Konfirmanden zurück. Nichts war hängengeblieben, Politik fand nun anderswo statt. Der tendenziell linksliberale Pfarrer, der der Opposition das freie Wort gewährt, hatte einen unverhofften Bedeutungsaufschwung erfahren. Davon zehren sie noch heute. Das erzählen sie einander noch heute. Das war ihre große Zeit. Man war gesellschaftlich relevant.

Und jetzt ist man es wieder – allerdings zu dem Preis, daß man nun nicht einmal mehr das freie Wort gewähren kann. Man muß jetzt, anders als damals, linientreu sein, gegen PEGIDA läuten, gegen die AfD predigen. Man kann sich das zurechtreden. Das ist kein Problem, allzumal nicht für Theologen. Aber es ist kein gedeckter Scheck mehr. Es ist ein Anspruch, der nur noch künstlich aufrechterhalten wird, so lange die Kirchensteuereinnahmen sprudeln. Die politisch korrekte und linientreue Kirche hat eine größere gesellschaftliche Relevanz als je zuvor, sie ist nun ein unverzichtbarer Partner des Staats bei der Islamisierung und beim Abbau der Meinungsfreiheit (also im »interreligiösen Dialog« und im »Kampf gegen rechts«).

Dennoch: der Mitgliederschwund ist nicht aufzuhalten. Das hängt zwar mit der allgemeinen demographischen Entwicklung zusammen, aber nicht allein: Die Leute fragen sich, wozu sie eigentlich Kirchensteuer bezahlen, und im Grunde gibt es darauf keine richtige Antwort. Was die Kirche an Bedeutung gewonnen hat, hat sie an Profil verloren. Sie ist eine Art NGO geworden und kaum noch von den anderen zu unterscheiden. Spenden für einen guten Zweck: ja, sicher, kann man mal machen, aber Mitglied sein? Wozu?

Ein Bewußtsein für das Heilige, Unbedingte ist im Volk und auch in der Kirche kaum noch vorhanden. Die Frucht von vierzig Jahren brachialsozialistischen Antichristentums vereint sich mit der Frucht von hundert Jahren liberaler »Emanzipation« und »Aufklärung«. Beides hat dazu geführt, daß Mitteldeutschland eines der religionslosesten, atheistischsten Gebiete der Welt geworden ist. Dieses Maß an Glaubenslosigkeit gab es noch nie, nirgends. Natürlich findet das vielfältigen Ersatz, aber die modernen Substitute sind dennoch von anderer Art als das Verlorene – das Heilige bringen sie nicht zurück, auch nicht das Gefühl für die Grenze zum Heiligen und für die Haltung, die man einnehmen muß, wenn man sich dieser Grenze nähert. Die Kirche hat darauf keine Antwort, weil sie diese Grenze selbst nicht mehr kennt.

Sie reagiert mit technischen Mitteln. Verwaltungsstrukturen werden mit gewaltigem Arbeitsaufwand verändert, Gemeinden in neue Organisationsformen überführt, Stellen gekürzt und gleichzeitig spezialisiert. Man übernimmt die Instrumente der Wirtschaft und der PR, man versucht Predigt und Seelsorge mit unaufhörlicher Mühe zu professionalisieren.

Aber es nützt nichts, und das liegt daran, daß es alles kosmetische Maßnahmen bleiben, solange man das Eigene nicht wiederfindet bzw. nicht wieder anerkennt, nicht wieder ins Recht setzt.

Zum Mitgliederschwund und der Technisierung kommt die bereits erwähnte Politisierung, die es mit sich bringt, dass sich ein Teil des Kirchenvolks von der offiziellen Kirchenleitung nicht mehr vertreten sieht, ja nicht einmal mehr anerkannt fühlt. Gerade auf dem Lande lebt man noch in einem anderen Rhythmus. Das Traditionale, das Gewachsene hat ein stärkeres Beharrungsvermögen. Man ist nicht unbedingt politisch rechts, aber man fühlt und lebt doch eher konservativ und ist irritiert, daß dies nun schon wieder außer Kraft gesetzt werden soll. Ländliche Kirchgemeinden sind keine Orte aktiven Widerstands, sie sind Orte prinzipieller Distanz – zur Ideologie, die gerade en vogue ist, ebenso wie zum Kampf gegen diese Ideologie.



Man darf die Verzögerungskraft dieser zähfließenden Strukturen nicht mißachten. Damit ändert man nichts, aber auch kein anderer ändert damit eben viel. Hinter der Distanz, die habituell ist, schwelt außerdem mehr, als man auf den ersten Blick sieht. Haben die Leute einen einmal ins Vertrauen gezogen, kommt es zu Gesprächen und Situationen, in denen man staunt. Es kam vor, daß ich das Gefühl hatte, die Leute seien viel rechter, viel konsequenter als ich. Aber sie sind es nicht aufgrund politischer Erwägung und eigenen Entschlusses, sondern aufgrund ihres Eingebundenseins in eine Geschichte, die eine gemeinsame Geschichte ist und gegenwärtiger, greifbarer als in Städten, auf Universitäten oder in Parteien. Es sind oft auch nicht mal besonders gläubige Leute, aber sie halten zur Kirche, weil die Kirche schon immer Teil ihres Lebens und ihrer Geschichte war.

Die Verbindung zwischen Kirchenleitung und Kirchenvolk, die durchs klassische Pfarramt gewährleistet war, mit seiner Schleifung

aber zunehmend verloren geht, kann nicht wieder hergestellt werden. Ein Kirchvorsteher sagte mir mal: »Es wird Zeit, daß wir selber überlegen, wie es weitergehen soll, und zur Not geht es auch ohne das Landeskirchenamt.« So lange die klerikale Elite staatlich gestützt und gedeckt wird, wird sie fortfahren, sich im Sinne des Staates zu äußern und zu handeln. Sie hat ihr Erstgeburtsrecht des freien Wortes fürs Linsengericht des gesellschaftspolitischen Ansehens verkauft und ist vollkommen ins System eingepaßt worden. Eine Ahnung, wie sehr es an der Basis rumort, ist vielleicht noch da, wird aber durch wohlfeiles Pädagogisieren übertüncht.

Die real existierende Kirche mag fallen, aber darüber hinaus gibt es ermutigende und zukunftsträchtige Zeichen für das Christentum in Sachsen und darüber hinaus. Da wäre das schon erwähnte traditionelle Landmilieu, für das die Kirche immer noch die Mitte des Dorfs bildet. Eine besonders ausgeprägte Volksfrömmigkeit mit reichem Brauchtum und tief empfundenem Glauben findet sich bei den Sorben, es gibt katholische und evangelische.

Übers Erzgebirge und das Vogtland erstreckt sich der sogenannte sächsische »Bible belt«, wegen seiner rechtskonservativen Grundhaltung und seines evangelikalen »Fundamentalismus« immer wieder ein Stein des Anstoßes für das linksliberale Milieu. Im Januar 2012 wurde aus diesen Kreisen heraus die »Sächsische Bekenntnis-Initiative« gegründet. Der Kandidat der Bekenntnis-Initiative für das Bischofsamt gewann 2015 die Wahl. Die sächsische Landeskirche hat nun also einen betont konservativen Theologen als Bischof. Das konservative Milieu hat sich organisiert und setzt auf Verfestigung und Vertiefung, und es sind außerordentlich brauchbare Leute dabei.

Vom vermehrten Einschwenken der Kirche auf den totalitären Kurs der Regierung Merkel profitieren SELK und ELFK, altlutherische Freikirchen, deren konservatives Profil sich auf lange Sicht bewährt, weil es etwas bietet. Sie wollen es nicht jedem recht machen, sie sind angreifbar, aber sie stehen für etwas. Das trifft auch auf eine Bewegung zu, die unter der Wahrnehmungsschwelle an Bedeutung gewinnt: die hochkirchliche Bewegung. Sie ist geprägt vom liturgischen Bewußtsein des Katholizismus und sucht aus diesem eine Erneuerung der evangelischen Theologie und des evangelischen Glaubenslebens. Nicht alle sind zugleich politisch konservativ, es gibt auch Liberale, die derlei Impulse aus einer ästhetischen Neigung heraus aufnehmen. Es gibt aber auch die anderen, in und außerhalb der Staatskirche, die die *Sezession* lesen und Antaios-Bücher im Regal stehen haben. Ein Pfarrer sagte mir, als ich ihn besuchte, er schließe die Familie Kubitschek in sein tägliches Gebet ein. Von Schnellroda gehen subkutane Wirkströme aus, von denen im Landeskirchenamt niemand eine Ahnung hat.

»Mich wundert, daß ihr euch so bald abwenden laßt von dem, der euch berufen hat in die Gnade Christi, zu einem andern Evangelium, obwohl es doch kein andres gibt. Es gibt nur einige, die euch verwirren und wollen das Evangelium Christi verkehren.«

Galater 1,6–7.

Zuletzt noch ein Phänomen, das ich »Katakombenchristentum« nenne. Es ist meistens gar nicht organisiert, sondern beruht auf persönlichen Beziehungen und konspirativen Treffen: wenn ich etwa mit einem Bekannten im Leipziger Auenwald spazierengehe, und wir Stunde um Stunde reden, und er abrupt innehält, mich anschaut und sagt: »Ein militantes Christentum ist die einzige Rettung. Ohne de *ecclesia militans* gibt es keine *ecclesia triumphans*. Wenn der Geist deinem Blick das Böse enttarnt hat, weißt du, daß wir kämpfen müssen.« Und mit einem versichernden Griff nach meinem Arm: »Das Böse nicht nur als philosophische Idee, verstehst du?«; oder wenn ich mit Bekannten in der Gemeinschaft der Mönche eine Andacht in der Krypta eines Klosters erlebe, und die Mönche plötzlich anheben, einen Choral zu singen, ein Gebet für das »heilige Deutschland«, von so verzehrender Intensität und Schönheit, daß es einem die Kehle zuschnürt.

Oder wenn ich mit Freunden in einer abendlichen Bibliothek sitze und wir uns den Kopf zerbrechen, wie sich das Christentum – das abendländische Christentum, das wehrhafte Christentum – wenigstens literarisch verteidigen ließe, während es dunkler und dunkler wird und der Hausherr eine Kerze anzündet, und gleichzeitig (was wir zu diesem Zeitpunkt nicht wissen) brennt in Paris Notre-Dame. Die Kathedrale brennt, in den Katakomben wird gearbeitet. Ich kann nicht anders, als dieses Zusammentreffen symbolisch zu verstehen. Das Christentum ist nicht tot, weder in Sachsen noch darüber hinaus, und es stirbt auch nicht. ■

Funken über unser Land – Neofolk

von Martin Lichtmesz

»Wer sich schon immer gefragt hat, was eigentlich das Gegenteil von Funk ist oder auf einer Party damit angeben möchte, die uncoolste Musik des Planeten entdeckt zu haben: Bei Neofolk wird er fündig«, schrieb das in Berlin ansässige Musikmagazin *Rolling Stone* im August 2016 in einem Artikel über »die Begleitmusik der Identitären Bewegung«, die unter anderem von Martin Sellner als »rechte Alternative« zum popmusikalischen Mainstream gepriesen wurde. »Fast allen Bands gemein sind ein verklärter Antimodernismus«, fuhren die Autoren fort, »und die unausgesprochene Frage, wie Folkmusik klänge, hätte es die US-amerikanische Popgeschichte nie gegeben.« Der erste Teil des Satzes ist durchaus zutreffend für die Bandbreite der internationalen Kapellen, die unter dem Sammelbegriff »Neofolk« firmieren, wobei etliche mit »Folk« im eigentlichen Sinne wenig bis gar nichts zu tun haben. Der zweite Teil des Satzes paßt zumindest zu einer Variante des Genres, die ihre Blütezeit ungefähr zwischen 1997 und 2005 hatte und überwiegend in einem Teil Deutschlands entstanden ist, der von Berlin aus gesehen generell eher uncool, rückständig und verdächtig erscheint: nämlich Mittel- oder Ostdeutschland, mit den Schwerpunkten Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Es war wohl kein Zufall, daß sich gerade in diesen »neuen Bundesländern« eine spezifisch deutsche Form des Neofolk herausbildete, die am Ende wenig mit den angelsächsischen Vorbildern zu tun hatte, die sich um das britische Label World Serpent gruppierten. Die unheilige, exzentrische Dreifaltigkeit des klassischen Neofolk oder wahlweise »Apocalyptic Folk«, Death in June, Current 93 und Sol Invictus, war 1991 durch Deutschland getourt und hatte die hiesige Gothic-Szene mit ihrem düster-melancholischen Sound aus Akustikgitarren, martialischen Trommeln, Geigen und Flöten ebenso in den Bann geschlagen wie mit ihrem »umstrittenen« okkultistischen, satanistischen, neoheidnischen oder kryptofaschistischen Image, das den Fans endloses fasziniertes Rätselraten aufgab. Andere, nicht minder kontroverse Bands aus diesem Umfeld waren NON, Blood Axis oder Coil. Einiges davon war schon vor der Wende als begehrtes subkulturelles Gut in den Osten gesickert, und wurde nun – zusammen mit all den anderen gängigen Darkwave-, Punk- und Postpunkprodukten – von einer stetig wachsenden »Gruftie«-Szene begierig aufgesaugt. 1992 wurde das Wave-Gotik-Treffen in Leipzig ins Leben gerufen, das bis heute alljährlich zu Pfingsten stattfindet und bis zu 20000 Gäste aus aller Welt anzieht. Eine starke Stellung innerhalb der Szene nahm Anfang bis Mitte der neunziger Jahre das Spartenprogramm der »Neuen Deutschen Todeskunst« ein, für das Gruppen wie Goethes Erben, Das Ich oder Relatives Menschsein standen. Zentriert um das in Oberfranken ansässige Label Danse Macabre handelte es sich hier um eine rein westdeutsche Erscheinung.

»Ihnen gemeinsam war das Vorhaben, die Musik, die sie prägte, einmal auf Deutsch gesungen auszuprobieren. Diese Projekte sind alle miteinander ein interessantes Beispiel für ›produktives Mißverstehen‹ der englischen Altvorderen, denn die Entscheidung, auf Deutsch zu singen, änderte viel mehr als nur die Sprache. Vielmehr entwickelte sich eine Musik, die an deutsche, romantische Traditionen anknüpfte. Insofern entstand ein Stil, der sich klar unterschied sowohl von der gewöhnlichen, westlich orientierten deutschsprachigen Popmusik, als auch von den sozialkritischen ›Liedermachern‹. Gleichzeitig wurde aber auch durch gewisse Projekte deutlich, daß der Schlager ›geradezu erschreckend‹ nur noch einen Katzensprung weit entfernt war.«

Dominik Tischleder, »Darkwood: Notwendfeuer. Ein Referenzwerk des deutschen Neofolks?«, nonpop.de



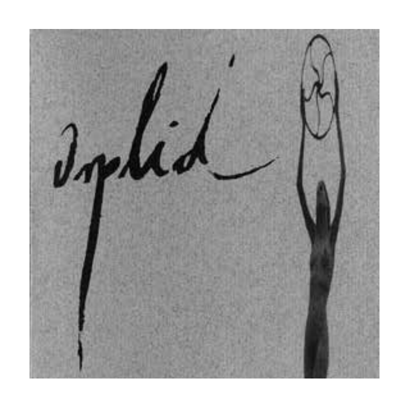
Douglas Pearce (Death in June).

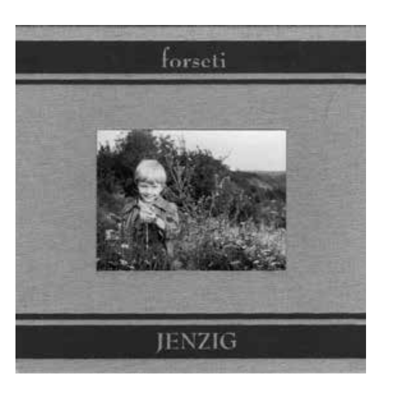
Einer der zahllosen Ostgrufties, die vom Neofolkfieber gepackt wurden, war der 1973 in Dresden geborene Stephan Pockrandt, der ab 1993 das einflußreiche Fanzine *Sigill* herausgab, das bald den Untertitel »Magazin für die konservative Kulturavantgarde Europas« verpaßt bekam. Pockrandts Herangehensweise war die eines enthusiastischen Dilettanten, unbefangen, naiv und mit geringem Bewußtsein für die womöglich »politische« Dimension der behandelten Themen – eine Disposition, die wohl auch der von West-Komplexen abgeschirmten DDR-Sozialisation zu verdanken war. Die politische Polarisierung setzte erst ab ungefähr 1996 ein, als die linksradikale Publizistik in Teilen der »Schwarzen Szene« eine frische Beute entdeckt zu haben glaubte, mit der man trefflich antifaschistische Denunziationssüppchen kochen konnte. Volkmar Wölk veröffentlichte in diesem Jahr unter dem Pseudonym Jean Cremet (nach einem französischen Kommunisten und Sowjetagenten) den folgenreichen Artikel »Jenseits von Böhse Onkelz und Skrewdriver: Über (neo-)faschistische Tendenzen in der Independent-Musik« (*analyse & kritik,* Nr. 389), der immerhin das Verdienst hatte, etliche Zeitgenossen auf jene interessanten Pfade geführt zu haben, mit deren Anprangerung und Bekämpfung Wölk seinen Lebensunterhalt bestreitet. Fortan hatte *Sigill* (wie auch seine Nachfolger *Zinnober* und *Zwielicht*) trotz seiner apolitischen Haltung den Stempel eines »Kulturmagazins einer modernisierten Rechten« für »extreme, okkulte, reaktionäre und obskure Positionen« (Christian Dornbusch). 1997 war schließlich so etwas wie das Geburtsjahr des ostdeutschen Neofolks, der mit westdeutschen Bands wie Ernte (Moers, Nordrhein-Westfalen) oder Hekate (Koblenz) eine Handvoll Vorläufer hatte (Von Thronstahl des in München lebenden Szeneveteranen Josef Klumb folgte erst 1998). Pockrandt gründete in Dresden das Label Eis & Licht, eigens um das unbetitelte Debütalbum des Hallenser Duos Orplid herauszubringen, das sich zu einem der wichtigsten Projekte der Szene entwickeln sollte. 1999 folgte die Gruppe Forseti um den aus Jena stammenden Andreas Ritter mit der CD *Jenzig,* ebenfalls auf Eis & Licht; und als Dritter im Bunde der neuen Dreifaltigkeit schloß sich im selben Jahr Henryk Vogel aus dem brandenburgischen Finsterwalde mit seinem Projekt Darkwood an, auf einem eigenen Label namens Heidenvolk, ebenfalls mit Sitz in Dresden. Eis & Licht wurde in der Folge zum Zentrum der »neuen deutschen Welle« des Neofolk, und brachte Bands wie Leger des Heils (Halle), Dies Natalis (sächsische Lausitz), Sonne Hagal (Rathenow, Brandenburg), Nebelung (Bonn) aber auch internationale Projekte wie Scivias (Ungarn), Changes (USA), Camerata Mediolanense (Mailand) oder Ostara (Australien/Großbritannien) heraus.

Für eine Belebung der Szene besonders im Osten sorgte außerdem der Jenenser Christian Kapke, der von 2001 bis 2005 das Konzertfestival »Flammenzauber« auf der Wasserburg Heldrungen in Thüringen organisierte und das Rezensions- und Diskussionsportal »Lichttaufe« (später

»Lange Zeit war ein wichtiger Beweggrund meines Seins eine reine Antihaltung – alles, was die Masse gut fand, konnte ich nicht gut finden. Die Musik, die alle hörten, wollte ich nicht hören, und was andere für extrem und abartig hielten, war für mich das Größte und Tollste. (…) In meinem von 1993 an veröffentlichten Fanzine *Sigill* habe ich meinen Interessen und der von mir bevorzugten Ästhetik Ausdruck verliehen. Eine politische Komponente gab es für mich damals nicht. Vielleicht habe ich in meiner Naivität einige Fehler gemacht und Missverständnisse heraufbeschworen?«

Stephan Pockrandt, Interview, in: Andreas Diesel, Dieter Gerten: *Looking for Europe. Neofolk und Hintergründe,* Zeltingen-Rachtig 2005.

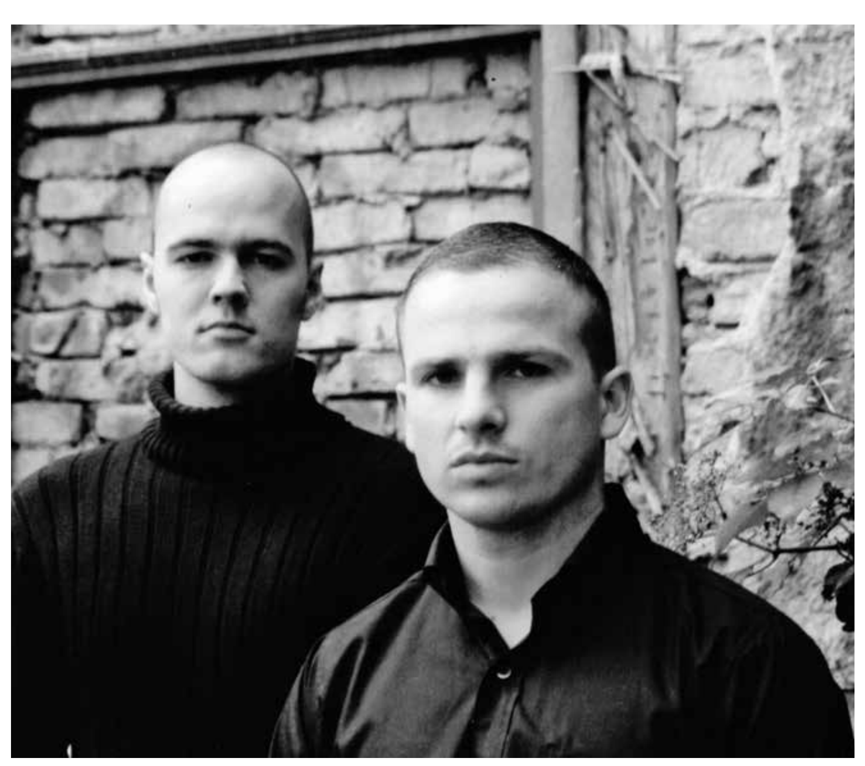




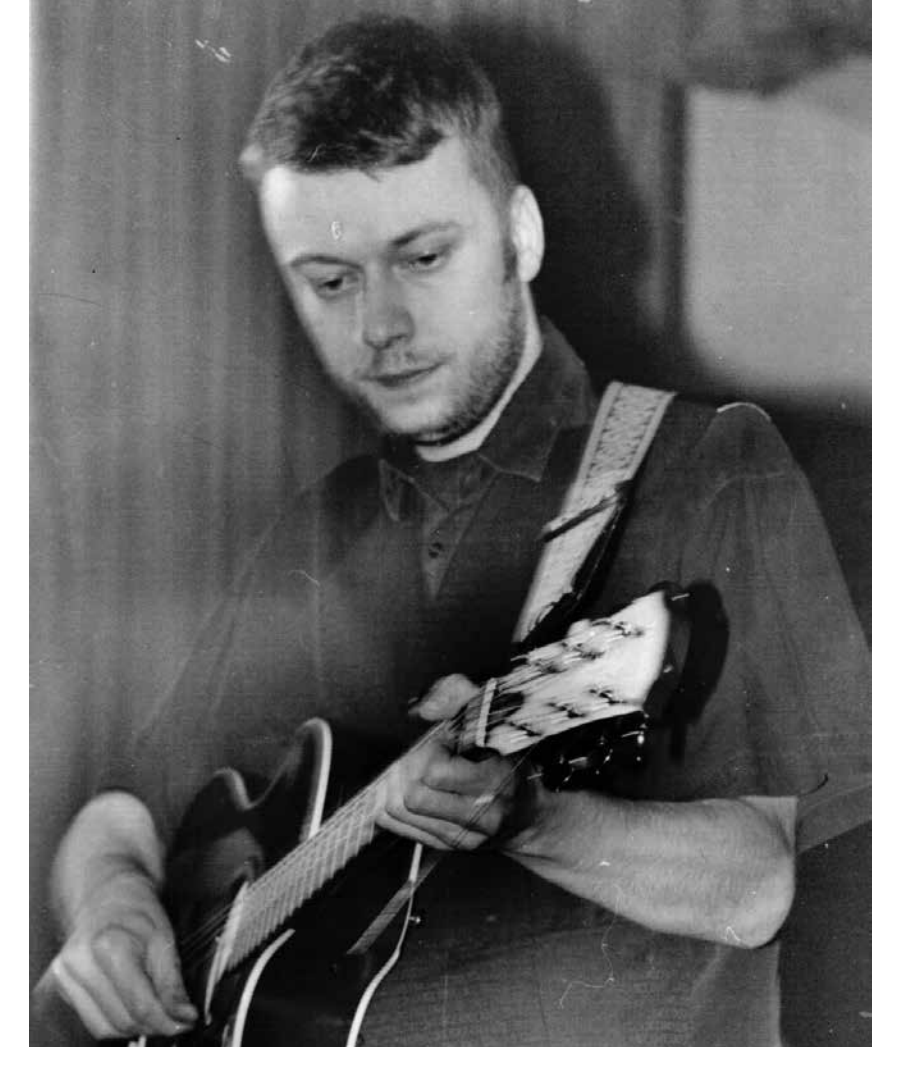


»Nonpop«) leitete. Kapke war der Enge des NPD-Milieus entflohen und gehörte einer völlig neuen Generation von Neofolkern an, die keine Wurzeln mehr in der »Schwarzen Szene« hatte. Was im Dunkeldeutschland von Halle, Jena, Leipzig und Dresden herangewachsen war, konnte auf einen traditionellen Fan der World-Serpent-»Familie« zunächst ziemlich befremdlich wirken. Gewiß, da waren die Runen und Ruinen, die Akustikgitarren und Trommeln, die strengen Posen, das Spiel mit der Ästhetik der zwanziger und dreißiger Jahre, das Neuheidentum, die historischen Bezüge und Befragungen, die irritierenden Samples, die ambivalente Inszenierung des Heroischen. Im Vergleich zu den anglophonen Paten erschienen die deutschen Neofolker jedoch ironie- und humorbefreit, steif, bemüht und schwülstig. Ihre bewußt deutschsprachigen Texte hatten einen altertümlichen, »hehren«, »poetisierenden« Tonfall, der nicht immer glückte und zuweilen knapp an unfreiwilliger Komik entlangschrammte. Aber es fehlte ihrer Musik auch das Perverse, Dekadente und Überdrehte, für das David Tibet, Douglas Pearce oder Boyd Rice so berühmt-berüchtigt waren. Der Unterschied in der Stimmung war etwa so groß wie zwischen Baudelaire und Eichendorff oder Jean Genet und Hermann Hesse.

Als Deutsche, die sich ihrer Wurzeln sehr bewußt waren, griffen die Künstler folgerichtig auf gänzlich andere Quellen zurück als die Engländer, wobei sich die Jugendbewegung, die deutsche Romantik und die Mystik des »Geheimen Deutschlands« von Stefan George bis Rolf Schilling als naheliegende Anknüpfungspunkte anboten. Dazu gehörte der Mut zum »Uncoolen«, Pathetischen, Gemütvollen und Erhabenen. Auch Einflüsse aus der DDR wurden übernommen. Auf dem legendären Konzert im Juni 1999 auf der Burg Falkenstein im Harz, das ihnen zum Durchbruch verhalf, sangen Forseti »Sag mir, wo du stehst« der »linientreuen« Gruppe Oktoberklub – mithin ein Lied, das schon zu Ulbrichts und



Frank Machau und Uwe Nolte (Orplid).



Andreas Ritter (Forseti).

Honeckers Zeiten subversiv gedeutet werden konnte. An der Seite von ungleich krasser auftretenden Bands, die sich mit SS-Totenköpfen, Wolfsangeln und eisernen Kreuzen schmückten, führte Ritter damit die ikonoklastische Tradition des »alten« Neofolk ebenso fort, wie er ihr Neues hinzufügte. Schon die Song- und Albumtitel dieser »Neuen Deutschen Folklore« rüttelten am Purgatorium der aus der postheroischen, postnationalen Bundesrepublik verbannten Wörter, Bilder und Stimmungen: »Verlorenes Heer«, »Notwendfeuer«, »Sturmgeweiht«, »Geheiligt sei der Toten Name«, »Nächtliche Jünger«, »Im Schatten der Queste«, »Gesang der Jünglinge«, »Deutsche Sonnenwend«, »Abendland« und so weiter. Immer wieder war hier Trauer um Verlorenes und der Wunsch nach einer Wiederverzauberung der Dinge spürbar.

Das Ergebnis konnte ebenso peinlich wie entwaffnend und anrührend sein, so etwa die beiden Alben von Andreas Ritter *Windzeit* (2002) und *Erde* (2004), die selbst eingefleischte Neofolkhasser überzeugt und ergriffen haben. Das Schicksal Ritters verlief tragisch: Er überlebte 2005 einen Herzstillstand, der seine Gesundheit und seine kognitiven Fähigkeiten irreparabel beschädigte. Auch um Orplid, bestehend aus Frank Machau und dem gebürtigen Merseburger Uwe Nolte, der auch als Lyriker und Graphiker tätig ist, ist es still geworden: Das bislang letzte Album *Greifenherz* erschien 2008; ein neues ist für dieses Jahr angekündigt. Henryk Vogel ist mit Darkwood gelegentlich noch auf der Bühne präsent, hat jedoch seit dem Album *Schicksalsfahrt* (2013) nichts Neues mehr veröffentlicht. Als Erben des deutschsprachigen Neofolks à la Eis & Licht war noch bis 2016 die 2007 gegründete österreichische Gruppe Jännerwein aktiv. Diese geriet im selben Jahr in die Schlagzeilen, weil sie – ein alter Krampf in der xten Neuauflage – genötigt wurde, sich von Martin Sellners Lob und der Etikettierung als »Vorzeigeband der Identitären« zu distanzieren. Nichtsdestotrotz empfahl ein anoymer identitärer Rezensent ihr Album *Eine Hoffnung* (2015) mit diesen schwärmerischen Worten: »Die alpine Art ist ein ernsthafter Ausdruck ihrer Identität; die Musik und die Texte geben verinnerlichte Werte wie Heimatverbundenheit, Idealismus und Wahrnehmung von Göttlichkeit wieder.« Wer wagt es, die Staffette von Ritter, Vogel oder Nolte zu übernehmen? ■

»Das Album ›Flammende Welt‹ behandelt die amerikanische Rolle nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders ihren Einfluß auf das deutsche und europäische Selbstbewußtsein. Ich habe nicht nur die Umstände nachgezeichnet und die Ursachen analysiert, sondern auch versucht, Hoffnung zu erwecken, indem ich Stärke und Optimismus ausdrücke. Diese CD soll ein stolzes Gefühl für unser kulturelles und historisches Erbe wecken, ungeachtet jeglicher antideutschen Propaganda. Und meiner Ansicht nach bin ich weit entfernt von extremer Glorifizierung – obwohl man mir das oft vorgeworfen hat.«

Henryk Vogel, Interview vom 1. September 2007, eveningoflight.nl (Rückübersetzt aus dem Englischen).

»Die Suche ist das eigentliche Unterfangen, das Wesentliche, das Ziel. Somit mache ich mir sicher einige romantische Motive zu eigen: Die Verbindung von Natur und Geist, Naturmystik im allgemeinen oder auch die Rückbesinnung an heidnische Kulte und Sagen, an die Volksdichtung usw. Allerdings bin ich mir durchaus bewußt, in welcher Zeit ich lebe. Ich träume nicht übertrieben von vergangenen Tagen, von größeren Zeiten, sondern blicke natürlich ebenso nach vorne.«

Andreas Ritter, »Ähren im Sturm … Interview mit der deutschen Neofolk-Band Forseti« (ikonenmagazin.de, 2004).

Das späte Atlantis. Dresdner Aufzeichnungen

von Uwe Tellkamp

24. Juli 2015

Kultur als Widerstand. Blattgoldwetter, leichtes Licht. Klaus erzählte aus seiner Kindheit. Wie er in Nöthnitz gelebt und den Angriff auf Dresden dort gehört habe, das Wummern. Eine schwere Bombe habe sich nach Nöthnitz verirrt, den Krater könne man heute noch erkennen. Seinen Vater habe er im Grunde nie kennengelernt. Sei Kommunist gewesen, in der Organisation Todt beschäftigt, beim Bau des Westwalls, »so sinnlos.« Der Vater sei vor Kriegsende umgekommen. Nach dem Bombardement sei eine Verwandte mit zur Mutter gezogen, mit ihrer Tochter, seiner Cousine, sei er wie Bruder und Schwester aufgewachsen.

Erlebnisse mit Russen: Sie, die Kinder und die beiden Mütter, seien eines Tages mit Leiterwagen nach Hause gezogen, seitab eine Einheit Russen, einer habe gewinkt: Herkommen. Die beiden Frauen befürchteten das Schlimmste, berieten. Klaus und die Cousine gingen vor. Der Russe habe ihnen ein Brot gegeben. Später Einquartierung des Kommandanten im »Moosbudel«, dem winzigen Haus, in dem sie gelebt hätten. Der Kommandant habe das Wohnzimmer requiriert, sie hätten zu viert in der Schlafkammer kampiert. Beim Abzug hätte kein einziges Stück gefehlt, nicht das Radio, nicht die Uhr, nichts. Dagegen Plünderungen der Einheimischen im Schloß. Der Bürgermeister habe Münzen geklaut und später in einem Geschäft auf der Prager Straße verkloppt. Ihm, Klaus, sei von einem der Plünderer einmal ein Prachtsäbel aus dem Besitz derer von Finckh angeboten worden, denen das Nöthnitzer Schloß nach den Bünaus gehört habe. Er habe die Signatur gesehen und abgewinkt.

Seine erste Weihnachtserinnerung, für ihn unvergeßlich, sei die Weihnacht 1944 gewesen, sein Vater im Sommer gefallen, die Mutter in Tränen, völlig niedergeschlagen, im finsteren Moosbudel. Ein Nachbar sei gekommen und habe für ihn einen kleinen Weihnachtsmann gebastelt, der, wenn man ihn auf eine Schräge stellte, langsam hinabgelaufen sei. Der Weihnachtsmann existiere noch. Klaus blickt in die große, leere Wohnung, am Fenster hinter ihm steht eine rote Amaryllis. Sonst habe er kein Spielzeug gehabt. Spielzeug seien für ihn die Schuhe gewesen, die die Familie besessen habe. Die habe er in Reihe aufgestellt für einen Marsch nach Rußland, in seiner Phantasie habe er alles gesehen: den Schnee, den Vater, die Marschkolonnen. Das Größte sei gewesen, wenn sie, die Kinder, den Soldaten hätten nachlaufen können, die durchs Dorf kamen, sie seien bis Kaitz nachgelaufen.

Über die Nachkriegszeit, die er als ungeheuer reichhaltig erfahren habe, kulturell unvergleichlich, die Kontinuität des Schauspiels, der Oper, des Musiklebens, er sei stundenlang von Bannewitz in die Stadt gelaufen, um den Kulturhunger zu stillen, heute gar nicht mehr denkbar. Opernaufführung *Salome* mit Christel Goltz in der Kulturscheune in Bühlau, worüber Erhart Kästner einen Aufsatz veröffentlicht habe zu Zeiten, als

man wie gegen eine Wand geballten Wissens über Dresden angeschrieben habe und beim kleinsten Fehler korrigiert worden sei; jetzt Stille, Schweigen, Unkenntnis, Gleichgültigkeit, die Zeichen der Zeit. Selbst die ersten Namen, also Palucca und Ardenne, Theo Adam und Peter Schreier, versinken allmählich, von der zweiten und dritten Reihe von Persönlichkeiten, die aber den städtischen Humus erst tief machen, zu schweigen. Pianisten wie Rudolf Dunckel oder Amadeus Webersinke, geschätzte und fürs Musikleben, den Alltag, unverzichtbare Persönlichkeiten, kennt so gut wie niemand mehr.

Etwas zu kennen aber, etwas zu wissen, war nicht nur wichtig, es war notwendig: Not wendend.

Dresden, die Musikstadt. Namen, die Opern-Gebetsschnur: Maria Cebotari, Tino Pattiera, Carl Perron, Margarete Teschemacher, Minnie Nast, Elisabeth Reichelt, Mathieu Ahlersmeyer, Karl Scheidemantel, Arno Schellenberg, Ernst von Schuch, Fritz Reiner, Fritz Busch, Karl Böhm, Carl Elmendorff, Joseph Keilberth, Rudolf Kempe.

Klaus meint, Kempe habe die klarste Schlagtechnik gehabt, im Gegensatz zu Furtwängler. Es sei ein Rätsel, wie um alles in der Welt die Philharmoniker gewußt hätten, was er wollte. Habe nur »Suppe umgerührt«, schlagtechnisch eine Katastrophe. Es müsse aber irgendetwas an ihm gewesen sein, sonst würden die Aufnahmen, die man von ihm kenne, nicht so faszinierend sein. Aus den – wenigen – vorhandenen Bildaufnahmen seiner Dirigate könne man diese Faszination nicht entnehmen, im Gegenteil.

Lovro von Matacic, Otmar Suitner, Herbert Blomstedt, Giuseppe Sinopoli, Fabio Luisi, Christian Thielemann.

Es wird dunkel, wir sitzen noch auf dem Balkon, das Windlicht flakkert. Rauschen der Bäume. Der Balkon scheint ins Dunkel der Baumkronen fortzutreiben, wir Erinnerungssüchtigen darauf wie auf einer Arche mit angefaulten Planken.

Dresden ist für mich die Sage einer Stadt, die mehrfach zerstört wurde,

13. Februar 2017

aber immer wieder auferstand, dies Wort im Sinn gebraucht, daß Auferstehung die geistige Gestalt meint: das Dresden von vor 1945 ließ sich nicht wiederaufbauen. Neumarkt und Frauenkirche sind Artefakte, täuschend ähnlich dem, was einmal war, aber mit modernen Mitteln errichtet – es ist viel darüber gestritten worden, ob das zulässig ist, man sei doch heute in einer anderen Zeit, man könne nicht »einfach« Altes wiederaufbauen. Das ist gewiß richtig. Doch bei einem Gemälde, etwa von Da Vinci, kommt man auch nicht auf die Idee, es nicht zu restaurieren, wenn es beschädigt ist, ein Maler, der sich hinstellte und vorschlüge, den Da Vinci zu vernichten und stattdessen ein modernes Gemälde dafür hinzustellen, würde wohl nicht ernstgenommen werden. (Was aber, wenn es nichts mehr zu restaurieren gibt?)

Ich bin mit den Erzählungen über ein Dresden aufgewachsen, das, was Architektur, räumliche Gliederung, Einbettung in eine Flußlandschaft, eine der schönsten Städte Europas gewesen sein soll. Stehendes Gespräch an den Kaffeetischen war die Zerstörung am 13. Februar 1945, Erlebnisse in der Feuernacht. Dann aber der unbändige Wille zum Wiederaufbau. Die Menschen hungerten und froren, aber sie klopften Steine, um den Zwinger wiederzuerrichten. Sie gingen aus den umliegenden Dörfern, aus der Innenstadt zu Konzerten in die Kulturscheune nach Bühlau, zwanzig, dreißig Kilometer zu Fuß, um ein Konzert zu hören. Eintritt: ein Brikett. In der Vorwendezeit war Christoph Heins Stück *Die Ritter der Tafelrunde* Stadtgespräch. Man las, nein, studierte Klemperers *LTI,* um die Sprache des Dritten Reichs mit der des Vierten zu vergleichen; wichtige Bücher, etwa Solschenizyns Archipel *GuLAg* oder Koestlers *Sonnenfinsternis* wurden, weil es keine Kopiergeräte gab oder an den wenigen auch Horch und Guck mitlas, per Hand abgeschrieben und über Wartelisten verteilt.

Anfang der Achtziger machte ein Gerücht die Runde: Der Aufbau-Verlag plane, den *Zauberberg* herauszubringen. Eine befreundete Buchhändlerin hatte es in den Listen des Leipziger Kommissions- und Großbuchhandels, des DDR-Monopolisten für Buchauslieferung, entdeckt und Bescheid gegeben. Das war eine Wiederveröffentlichung, es hatte bereits eine

Ausgabe des Aufbau-Verlags existiert, unter anderem von Walter Janka betreut, der später verhaftet wurde und für den sich Katia Mann einsetzte; eine gediegene zigarrenbraune Ausgabe auf Büttenpapier im Bleisatz.

Die befreundete Buchhändlerin berichtete über astronomische Vorbestellzahlen. Chefärzte hatten über ihre Sekretariate ganze Listen eingereicht, Betriebsdirektoren Kontingente angefordert, beste Freunde und alte Bekannte, der überlebenswichtige Handwerksmeister aus der näheren Nachbarschaft meldeten ihre Ansprüche an: die befreundete Buchhändlerin saß bedauernd, aber unternehmungslustig im Musikzimmer der Oskar-Pletsch-Straße 10, in dem wir Thomas-Mann-Hungrigen tagten, um zu beraten, wie wir an unsere Geistesnahrung kommen konnten, wenn, wie absehbar im Fall *Der Zauberberg,* ein sogenannter Versorgungsengpaß, sprich: eine Versorgungslücke, im Volksmund auch genannt: Totalausfall, drohte.

Hatten wir jemand bei der Armee? Die dortigen Buchhandlungen, wußte die befreundete Buchhändlerin, bekamen nämlich auch Zuteilungen, und dort sei oft vorhanden, was im Zivilleben schon ausgestorben; immerhin sei es ihr, als ihr Sohn gedient hatte, gelungen, über ihn und eine sogenannte Militärische Handelsorganisation dringend benötigte Dachpappe zu ergattern. Leider kannten wir niemand als Soldat und brav.

Vater arbeitete als Arzt und Kreisgutachter im Erzgebirgsstädtchen Dippoldiswalde, dort gab es eine kleine Buchhandlung, auch sie natürlich mit Zuteilung, auch sie aber leider, kein Wunder, mit Bestellisten, die eher der Vormeldekladde einer sozialistischen Autoreparatur glichen als einer reellen Chance, mit den Damen und Herren des internationalen Sanatoriums Berghof in lesende Beziehung zu treten. Gab es nicht noch einen Bücherschrank, in dem sich ein Exemplar dieses begehrten Buchs finden würde? – Nicht in der Nähe.

Und in der Ferne? Großvater lebte wieder in Hamburg, Castorps Landsmann, als ehemaliger Prokurist der Sächsischen Serumwerke genoß er eine ausgezeichnete Rente in harter Deutscher Mark; wenn alle Stricke rissen, würde ein Brief ein sogenannter E-Brief, ein Entwicklungshilfe-, auch: Ernstfall-Brief, geschrieben werden müssen, in dem mit kunstreichen Worten und raschen Erkundigungen nach dem Gang der Angelegenheiten in der Hansestadt, nach Gesundheit und Wetter doch nur die harte Not einer Bettelei eingekreist werden würde: Es nahe sich ja wieder Weihnachten, ob da nicht, im Gegenzug etwa zu einem Dresdner Stollen, in der nächsten Buchhandlung … jedoch, bitte, kein Taschenbuch. Man war verwöhnt, man hatte seine Ansprüche. Die Hamburger Prozedur versprach zwar Erfolg, hatte aber etwas Endgültiges, Abschließendes, die Hamburger Prozedur war Bastaspruch und, gewissermaßen, Reißleine, sie ging, wenn gar nichts mehr ging, das war beruhigend, und man hatte etwas in der Hinterhand. Doch sie kratzte am Stolz. Und es war, bei aller Liebe, ja doch »nur« ein Buch. So weit gehe die Liebe nun doch nicht, meinte Vater, an dem es gewesen wäre, den Brief zu verfassen; doch Vater erntete entschiedenen Widerspruch: Die Liebe ging allerdings so weit. Auf das Ersatzteil für den Warmwasserboiler konnten wir zur Not verzichten, auf gute Bücher keinesfalls.

Man beriet. Weitere Verwandtschaft im Jenseits? Kostbar, selten, mit Samthandschuhen undsoweiter; Krokowskis fragwürdige Künste, Kräfte von drüben zum Erscheinen zu bewegen, hier in Form gelber Pakete der Deutschen Bundespost, Geschenksendung, keine Handelsware, standen uns leider nicht zur Verfügung. Auch war Vaters Bedenken nicht ganz vom Tisch zu wischen, im schon ganz mit historischem Edelrost überzogenen Dresden der Vorwendezeit gab es noch mehr nicht als nur Ersatzteile für Warmwasserboiler.

Aber immer noch hatten wir kein Buch. Am Erscheinungstag bildete sich vor dem »Haus des Buches« am Dresdner Postplatz Ecke Thälmannstraße eine riesige Warteschlange. Die befreundete Buchhändlerin winkte ab: Das Buch war ja schon durch die Vorbestellungen hoffnungslos überzeichnet, in die freie Verlosung kamen vier oder fünf Exemplare.

Nun gab es aber nicht nur Schlangesteher, sondern auch Buch- und Schallplattenschmuggler, genannt »die Buckligen«, weil sie die Bückware beschafften, die eben nicht auf, sondern unter den Ladentischen lag. Einen dieser »Buckligen« kannte die befreundete Buchhändlerin. Heute ist er Professor und Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums zu Leipzig; da-



Dresden, Mahnmal Frauenkirche.

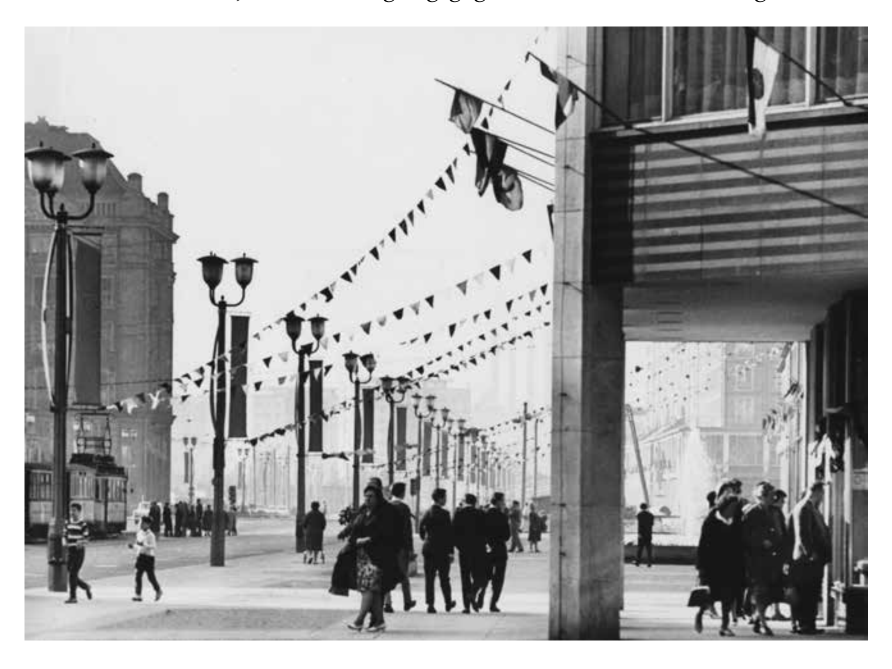
mals, als regimekritischer Bücherwurm, relegiert von der Humboldt-Universität mit der Aussicht, sich in einem Berliner Baubetrieb zu verdingen, befand er sich in jenem Kapitel der Großen Realsozialistischen Bildungsromans, das eine Frage als Überschrift trägt: »Wie kommt jemand dazu, dir einen bestimmten Teil der Weltliteratur vorzuenthalten?« Als er die Antwort für sich gefunden hatte, reiste dieser junge Mensch gen Osten, zu den Antiquariaten in Budapest und Krakau, Prag, Olmütz und Lemberg, Danzig, wo Hans Castorp Schiffbau studierte und die Matzeraths einen Kolonialwarenladen betrieben; er reiste zu dem von den vielen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts übriggebliebenen Strandgut deutschsprachiger Literatur.

Wie weit ging die Liebe? Bei der geringen Menge an Geld, die umgetauscht werden durfte? Sie ging so weit, daß die Alternative »hungern oder Buch kaufen« überhaupt keine Alternative war, es wurde alternativlos gehungert, um an *Masse und Macht* von Canetti oder Freuds *Psychopathologie des Alltagslebens* zu kommen. Wenn solche Schätze geborgen waren, mußten sie über die Grenze gebracht werden. Hier zeigte sich, daß es kein Nachteil war, nach dem Abitur im Staatsarchiv von Potsdam preußische Zollakten über den Schmuggel im damaligen Eisenbahnwesen studiert zu haben. Die preußischen Eisenbahnschmuggler nämlich hatten mit einem Schlüssel oder einem Schraubenzieher die Verkleidung an der Wand der Zugtoiletten entfernt und im plötzlich sichtbaren Hohlraum ihre Konterbande verwahrt. Das Merkwürdige war, daß es sich in den Zügen der Deutschen Reichsbahn, mehr als hundert Jahre später, noch immer so verhielt. Radikaler, aber nicht weniger erfolgversprechend war die zweite Methode, Schmuggelgut über Grenzen zu bringen: in Plastiktüten verpackt, konnte man es an einem Kreuz in das nach unten offene – tief sind nicht nur die Brunnen der Vergangenheit – Reichsbahnplumpsklo hängen; die Zollfahnder hatten nach vielstündigen Fahrten wenig Lust, diese Abgründe genauer zu erforschen.

Aber der Schmuggler, dieser »Bucklige« war teuer. Zwar erklärte er, daß den *Zauberberg* zu besorgen kein Problem sei, verlangte aber dafür einen Büstenhalter der Größe 80 G, die sogenannte Große Extra Hebe, die es in Dresden nur bei Evana-Mieder, einer Miederwarenmanufaktur auf dem Weißen Hirsch, käuflich zu erwerben gab. Das Geschäft, von uns nach der Inhaberin Ruth Vogel nur »Busen-Vogel« genannt, bot nicht nur Einblicke in die Geheimnisse weiblicher Unterkleidung, sondern auch in die der Mangelwirtschaft und Materialbeschaffung, wie wir erfahren mußten, als wir vorsprachen; man war bei »Busen-Vogel« selbst am Erwerb des Romans *Der Zauberberg* interessiert und gab die Große Extra Hebe nur im Tausch gegen ein Exemplar des Buchs ab. Damit aber konnten wir nun gerade nicht dienen, gaben aber die Adresse des Schmugglers weiter.

Die Schriftstellerin Katja Lange-Müller, die damals in Udo Posbichs Druckerei als sogenannte Einarmige Elefantin an einer Linotype-Setzmaschine stand und den *Zauberberg* als Privatdruck auf exakt 444 Seiten

setzte, kannten wir damals noch nicht. Blieben die hiesigen Antiquariate. Im Antiquariat Dienemann residierten Herr Leukroth, Jahrgang 1899 und noch in der alten Frauenkirche getauft, und seine Tochter, das Fräulein Leukroth, sie legte Wert auf diese Bezeichnung. Den *Zauberberg* entdeckte ich sofort, er steckte im Thomas-Mann-Regal in der braunen Thomas-Mann-Gesamtausgabe, Aufbau Verlag, 1953. Auf dem Schmutzblatt war mit dem Zitterbleistift der an Parkinson leidenden Hände des alten Leukroth eine »10« eingetragen, ein lächerlicher Preis. Das Fräulein Leukroth hatte mich natürlich entdeckt, sie saß am Tisch im sogenannten Zwischenzimmer, einem schmalen Gelaß zwischen dem eigentlichen Antiquariat und der Buchhandlung vorn, die ebenfalls unter der Institution Dienemann lief, und die Fräulein Leukroth, ihrer Abneigung gegen aktuelle Druckerzeugnisse we-



Dresden, Thälmannstraße (jetzt Wilsdruffer Straße) mit dem Altmarkt im Hintergrund.

gen, nur widerwillig betrat. Sie saß am Tisch und telefonierte. Als ich vorüberschleichen wollte, legte sie die Hand auf den Hörer.

»Junger Mann, Sie können nicht einfach dieses Buch mitnehmen.«

»Aber es steht im freien Verkauf.«

»Denken Sie.« Das Fräulein Leukroth schnickte empört über mich Ahnungslosen den Kopf zurück. »Geben Sie mal her.«

Den Titel musterte sie kurz, länger dagegen den Preis. Nahm einen Radiergummi und schabte den Preis, den Telefonhörer zwischen Schulter und Kinn geklemmt, weg, schrieb einen anderen hinein. Ich wußte schon: Man mußte würdig sein, wollte man die Schätze des Antiquariats Dienemann käuflich erwerben. Man konnte nicht einfach daherkommen und glauben, hier jedes Buch mitnehmen zu dürfen, nur weil es in den Regalen stand.

Das Fräulein Leukroth widmete sich wieder dem Telefon, bedeckte nach ein paar Minuten erneut den Hörer und warf mir eine Entscheidungsfrage zu: »Wer hat die *Stunden im Garten* illustriert?«

Das war eine Idylle von Hermann Hesse, Insel-Bücherei, mein Onkel besaß und liebte sie. Ich nicht. Hexameter über Unkrautrupfen.

»Gunter Böhmer! Merken!«

Ich versprach's.

»Na denn.« Und Fräulein Leukroth überließ mir das Buch, in dem nun auf dem Schmutzblatt eine »50« eingetragen war. Mit meiner Beute ging ich nach vorn, klopfte bei Herrn Leukroth, der die Kasse verwaltete und gerade im »Kabinett für Ankauf und Ersatzmaterial« auf einer Leiter beim Packpapier und gestapelten Bohnerwachsdosen tätig war, eine Zigarre zwischen den Lippen, die sich gefährlich nah am Leichtentzündlichen bewegte.

»Na, junger Mann, was haben Sie denn da.« Ich reichte ihm den *Zauberberg*, mit unruhigen Händen. Ich wußte: Es war noch nicht vorbei.

Herr Leukroth blätterte im Buch, und sein Gesicht verfinsterte sich. Von der »50« radierte er die Null ab, zögerte: »Aber Thomas Mann ist der Beste. Ein Heiliger der Schrift!«

Und Herr Leukroth hob die Hand mit der Zigarre, wie um höhere Mächte anzurufen. »Aber ich geb's nich her«, sagte er.

Ich protestierte.

»Ich kann mich gegen Umsatz wehren, junger Mann!«

Die Rettung war Klaus, mein Onkel, Bratschist in der Staatskapelle Dresden, die zu einer Tournee durch die Sowjetunion aufbrach. Von dieser Tournee brachte er, aus dem Moskauer »Meschdunarodnaja kniga« (»Internationales Buch«), ein Exemplar des *Zauberbergs* mit, hinten war der Preis eingestempelt: 1 Rubel, 25 Kopeken.

15. April 2019

Notre-Dame brennt. Das Feuer soll aus Unachtsamkeit entstanden sein, Arbeiter waren mit Ausbesserungen am Dachstuhl beschäftigt, sollen geraucht haben. Ich sehe die Bilder, denke: Das ist das brennende Abendland. Wieder einmal, und doch scheint diesmal etwas anders zu sein im Vergleich zu den Bombardements im Zweiten Weltkrieg: die Gleichgültigkeit großer Teile der Gesellschaft dem gegenüber, was diese Kathedrale verkörpert. Das ist nicht irgendein Haufen alter Steine, der aufkommendes Pathos, einen Hochbegriff wie Abendland zurückweist und die Gedanken relativierend auf täglich in aller Welt brennende Gebäude, Kirchen ja auch darunter, lenkt, vom täglichen Menschensterben zu schweigen. Notre-Dame ist ein Symbol – daß es brennt, ein Menetekel.

Mit der Einschätzung, es sei ein Unfall, keine Brandstiftung oder Terror, ist man recht schnell bei der Hand, schon aus Gründen der Staatsraison wird man den Verdacht, es könnte sich um einen Anschlag handeln, beiseitezuschieben versuchen, erst recht, wenn er in eine bestimmte weltoffene Richtung weist; was wäre die Konsequenz? Wahrscheinlich Bürgerkrieg, jedenfalls Revolte, das kann man so kurz vor Wahlen ganz gewiß nicht gebrauchen, ohnehin erscheint die Situation in Frankreich mit einer Reibefläche vergleichbar zu sein, über die knapp vor der Stichflamme Streichhölzer schaben.

Ganz gleich, was die Ursache gewesen sein mag: Der Brand von Notre-Dame erscheint als Gleichnis unserer Zeit. Organismen, die sich über eine bestimmte Stufe hinaus entwickeln, erzeugen in sich selbst die dem Gebot, zuträglich zu wachsen, nicht mehr verpflichteten Zellen; einzeln können sie noch erfolgreich vom Immunsystem bekämpft werden, ab einer bestimmten Anzahl, einer bestimmten Wucherungsgeschwindigkeit aber nicht mehr, dann geht es für den Körper um Eindämmung, Schadensbegrenzung. Teil-, Sub-Körper bilden sich, deren Statthalter mit »was kümmerts mich, solange es mir gut geht« keinen Anteil mehr an der übergeordneten Einheit nehmen, die nächste Stufe ist »rette sich, wer kann«: der Körper als System, als Staat zerfällt. Die übliche Choreographie des Niedergangs. Die westlichen Demokratien scheinen am Punkt allgemeinen Zukunftsverlusts, am mechanischen Weiter-So angekommen zu sein; die Institutionen zur Herstellung von Demokratie werden zur Fassade, sind nicht mehr von Sinn beglaubigt. So war es in der Agonie der DDR, auch dort nur noch Fassaden, Kulissen, Als-ob, ein kleiner, unvorhergesehener Irrläufer, etwa eine Mitteilung am Rande einer Pressekonferenz, die sagt, ab jetzt sei alles anders, genügt dann, die Kulissen einstürzen zu lassen.

Notre-Dame brennt, aber die Sender mit Bildungsauftrag finden Tier-Dokus und Talkshows wichtiger. Wenn ihnen Europa wirklich etwas bedeuten würde, nicht nur Geschwätz und Floskel wäre, würden sie begreifen, daß mit der Kathedrale das Gleichnis unserer, der europäischen Identität zerstört wird, vielleicht können sie es nicht begreifen, vielleicht wollen sie es nicht, darin so vielen Wortführern der Moralbranche verwandt, die täglich ihre Verachtung des Eigenen, des Herkommens, des kulturellen Gepräges (wie vielfältig es auch beeinflußt sein mag) haltungskorrekt aus allen Zeitgeiströhren posaunt.

In Sachsen, in Dresden regt sich dagegen Widerstand, mehr als andernorts, wie es scheint. Warum? Sogenannte Qualitätsjournalisten schieben ihre Stethoskope über die sächsische Seele und hören Sumpfgeräusche.

Dabei sind uns nur Heimat und unsere Kultur nicht egal. Man muß Anker haben in der Zeit. Es hilft zu überleben. ■

Revoltierende Resteverwerter verfallner Imperien

von Jörg Bernig

»Seine Majestät der König von Sachsen verpflichtet Sich, Behufs Deckung eines Theils der für Preußen aus dem Kriege erwachsenen Kosten und in Erledigung des im Artikel V. des Nikolsburger Präliminar-Vertrages vom 26. Juli 1866 gemachten Vorbehalts, an Seine Majestät den König von Preußen die Summe von – Zehn Millionen Thalern – in drei gleichen Raten zu bezahlen.« (Friedens-Vertrag zwischen Preußen und Sachsen vom 21. Oktober 1866, Artikel VI.)

Nach der verlorenen Schlacht von Königgrätz in jenem »Krieg zwischen deutschen Brüdern«, wie Adalbert Stifter an seinen Verleger Gustav Heckenast schreibt, zählten die Österreicher und die mit ihnen verbündeten Sachsen 8000 Tote. Sie hatten Reparationen an den Sieger Preußen zu zahlen, Österreich wurde aus Deutschland hinaus- und Sachsen in den Norddeutschen Bund hineingezwungen. Und da sitzen die Sachsen noch immer, in jenem nördlichen Deutschland, das jetzt Bundesrepublik heißt. Eigentlich fühlen sie sich dem Süden zugehörig, den Österreichern, den Bayern, und mit Angehörigen beider Stämme (die mangelnde Feindifferenzierung bitte ich die Österreicher zu entschuldigen) kommen sie wesentlich rascher auf eine Kommunikationsebene als mit, sagen wir, Niedersachsen oder Holsteinern. Mit den unbedingt norddeutschen Mecklenburgern und Pommern gelingt das schon besser, was wohl, besonders für die sogenannten Erlebnisgenerationen (ha, Zeitzeugen!), dem gemeinsamen Diktatur-Erlebnis geschuldet ist. Das Epizentrum beider deutscher Diktaturen war Berlin. Alles, was von da kommt, wird noch immer – zu recht, zu unrecht – erst einmal so quittiert, daß man Luft durch die geschlossenen Zahnreihen saugt.

Königgrätz steht nicht im Vordergrund des Denkens, aber es ist doch irgendwie da. Da war doch was, auch wenn es kein offizielles Gedenken gibt. Es ist eine sächsische Besonderheit, sich auf der unterlegenen Seite wiederzufinden. Das Bündnis mit Napoleon brachte den Sachsen zwar die Königskrone (die sie auch nach dem Wiener Kongreß behalten durften), aber das Königreich hatte in den Feldzügen des Franzosen viele Landeskinder verloren, es war durch Kriegskontributionen verarmt und es mußte als Strafe Gebiet abtreten. Bei alledem konnte Sachsen froh sein, nicht von der Landkarte verschwunden zu sein. Auch das steht nicht im Vordergrund des Denkens, aber da war doch was … Im noch einmal fünfzig Jahre weiter zurückliegenden Siebenjährigen Krieg wurde die Landeshauptstadt Dresden von preußischer Artillerie bombardiert, die Sachsen rückten mit ihren Verbündeten zwar für ein paar wenige Tage in Berlin ein, es kam zu Konfiskationen, Kursachsen wurde jedoch jahrelang unter preußische Verwaltung genommen und in großem Stil ausgeplündert. Auch das steht nicht im Vordergrund des Denken, aber da war doch was …

Erklärt das, warum die Sachsen anders sind als so manche der anderen in Deutschland? Ja und nein. Denn die sächsische Geschichte reicht viel weiter als die hier ad libitum herausgegriffenen Ereignisse, die sächsische Geschichte reicht eintausend Jahre zurück. Sachsen ist nach Bayern das zweitälteste staatliche Gebilde in Deutschland, und daraus ist augenscheinlich ein Selbstverständnis erwachsen, das auch die zahlreichen Niederlagen überdauert, wohl weil sie diese zu inkorporieren imstande ist. Eintausend Jahre – das überlagert noch die bitterste Niederlage, noch den größten Verlust. Und das läßt, seien wir ehrlich, manche Sachsen auf politische Gebilde wie Nordrhein-Westfalen eher mit Herablassung blicken. Der Grund dafür ist das eigene historische Fundament. Der Grund dafür ist aber auch und gerade die aus westlicher Richtung erfahrene Herablassung, denn das hat sich nun nach PEGIDA-Demonstrationen und dem Ausgang der Bundestagswahl von 2017 vermeintlich herausgestellt: die Sachsen sind rückwärtsgewandt, konservativ, reaktionär gar, nicht weltoffen, dem Fremden gegenüber ablehnend, von Angst vor dem Unbekannten zerfressen.

Dabei haben wir aber noch gar nicht über das durchaus revolutionäre Selbstverständnis der Sachsen gesprochen. Die Revolution von 1848/49 – es waren auch sächsische Künstler beteiligt! – wurde noch niedergeschlagen. Die Revolution von 1918 führte zum Freistaat Sachsen. Im ersten Aufstand gegen den Kommunismus im Ostblock im Jahr 1953 spielte Sachsen eine gewichtige Rolle, auch wenn man sich angewöhnt hat, sich bei der Betrachtung dieses Ereignisses mit dem Blick auf Berlin zu begnügen. Und nach



▲ *Dresden, am Zwinger*

Die Rechte der Aufnahmen auf den Seiten 49 bis 57 liegen bei der Dresdner Photographin Vera Bretkin.

in untergegangenen reichen

wir streifen durch untergegangene reiche
auf der suche nach etwas | schwer zu benennen
noch schwerer zu fassen | sinn möglicherweise
ausfüllung unserer leere | zuweilen tät es schon form |
manche städte wissen noch winkelweise davon zu sagen
oder ein verwunschener grenzstein im wald

die flüsse überall quellen sie auf
und fließen mitten durch unsere sprachen |
die flüsse schwemmten sie an einstmals an ihren ufern |
wir fanden die sprachen und schleppten sie weg in unsere weiler |
sitzen seither gefangen | kannitverstahn

manche von uns stiegen auf hügel
um mit einem armschwung länder
zu nehmen | andere starrten gebannt
auf das banner des halbmonds
sagen wir Mohács | wieder andere
klopften tödlich an nachbars tür |
es rollten die räder sie rollten alle |
jegliche siege aber gingen verloren noch stets

windstille ist eine glückliche fügung
in unserem quelland im herzen Europas
der mördergrube der alten
und auch das schweigsame fließen der flüsse

wir gehen durch untergegangene reiche
und nehmen ihren flüssen den puls |
mäandern auf der suche nach sinn | ach
zuweilen täte es schon form |
oder eine stunde schmerzvergessenen schweigens





◂ *Burg Kriebstein bei Waldheim* ▴ *Bergkirche Beucha, Brandis (Landkreis Leipzig)*

kannitverstahn: vgl. Johann Peter Hebels (1760–1826) gleichnamige Geschichte.

um mit einem armschwung länder | zu nehmen: Der Sage nach soll Urvater Čech vom Gipfel des Berges Říp (Georgsberg) mit einem Armschwung den Tschechen Böhmen als Heimat gewiesen haben.

Mohács: Zwei Schlachten wurden bei Mohács in Ungarn geschlagen: 1526 besiegten die Ottomanen die Ungarn; 1687 besiegte Österreich das Ottomanische Reich.

es rollten die räder sie rollten alle: »Räder müssen rollen für den Sieg!« – Deutscher Propaganda-Slogan während des Zweiten Weltkrieges.



▲ *Völkerschlachtdenkmal in Leipzig*

auf der brücke

in der mitte ein innehalten ein kurzes um hinabzusehn auf das strömen
das sich heranschiebt aus fernen gebirgen und auf dem grunde wandern die steine
wir sehen sie nicht und können auch das kollern und leise donnern nicht hören da unten
doch es ist ein trost davon zu wissen daß etwas seit jeher geschieht und ganz ohne ein zutun
jede gewißheit zerrinnt und nicht nur die die immer schon fließt anfang und ende in einem

das was sich naht ist das stromauf schon vergangne wir drehen's und wenden's
stromab wird es als zukunft erwartet oder befürchtet wir können's nicht fassen und lassen los
die lebenstage treten aus nebeln über dem fluß kleine träume die tanzen über den wassern
zärtlich winken wir ihnen und möchten leise sie wiegen und ihnen zuversicht geben
von da oben der mitte der brücke unter der alles dahinzieht von sonstwoher nach anderswohin

---

der Revolution von 1989 wollten die Sachsen eben ihren Freistaat wieder, ein ordinäres Bundesland zu sein genügte da jedenfalls nicht.

1989. Eins neun acht neun. Damit sind Koordinaten ausgesprochen, die für etliche Sachsen grundlegende Koordinaten ihres Lebens sind und die nicht ein historisches Ereignis bezeichnen, das politischen Festtagsrednern überlassen wurde. 1989 ist für diese Sachsen gelebtes Leben, ein Leben, das von damals bis in die Gegenwart anhält. 1989 bedeutet für viele Sachsen den Übertritt ins mündige Leben.

Komm!, ruft Hölderlin, *ins Offne, Freund! zwar glänzt ein weniges heute / Nur herunter und eng schließet der Himmel uns ein …*

Der Irrtum, dem manche dabei lange aufgesessen waren, ist die Annahme, daß dieser Übertritt ins mündige Leben gleichsam der Übertritt in die von Mündigen bewohnte Bundesrepublik war. Aber siehe: Es gab dort keine solchen Bewohner, es gab bestenfalls einige mutige Pioniere und erste Siedler im Land der Mündigen. Mit ihrer Berufung auf den aufklärerischen Akt von 1989 zerren die Sachsen nun den in der alten Bundesrepublik kultivierten Schweige- und Duldenskonsens ans Licht, der so auch im wiedervereinten Deutschland gelten sollte. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Eltern haften für ihre Kinder. Dieser altbundesrepublikanische Konsens wurde aber auch in Sachsen lange nicht gesehen. Er bestand und besteht darin, daß linkes bis linksextremes Gedankengut auch von der sogenannten Mitte der Gesellschaft verinnerlicht und gleichsam *verbürgerlicht* worden war.

Und nicht zu vergessen, die Sachsen sind keine Binnendeutschen. Die Verbindungen nach Böhmen und nach Polen sind so alt wie Sachsen selbst. Immer schon haben die Sachsen ein Leben mit slawischen Nachbarn gelebt, sind die Sachsen eine so wunderbare wie seltsame Mischung, zu der Franken, Niederländer und Slawen beigetragen haben. Und die slawischen Sorben sind eben auch Sachsen. Nach der Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Tschechen und Polen noch näher herangerückt. Näher noch als auf Rufweite. Und so lebt man nun hier in der Mitte Europas, alte Verletzungen melden sich – auf allen Seiten – gelegentlich, Phantomschmerzen sind manchmal noch spürbar, aber der Wille, neben- und auch miteinander ein Leben zu führen, das in geordneten Bahnen verläuft, ist vorhanden. Er ist dem Wünschen entwachsen und der vergehenden Zeit. Die Sachsen zählen sich zum Süden und bilden gleichzeitig den Übergangsraum zum Norden. Sie sind keine Binnendeutschen, sie sind keine Nord- oder Westdeutschen. Der sächsisch-polnisch-tschechische Weltwinkel macht sie zu Mitteleuropäern, und darin sind sie auf eine fundamentale Weise verschieden von denen, die sich zum »Westen« zählen, und sie sind gleichzeitig auf fundamentale Weise den anderen Bewohnern Mitteleuropas verbunden, das in einem wechselnd breiten Landstreifen oder inselweise von der Ostsee bis zur Adria reicht und das von denen im »Westen« denn auch kurzerhand zum »Osten« erklärt worden war. Und daß der Westen immer alles richtig und der Osten immer alles falsch gemacht hat, ist einer der ersten Artikel des Grundgesetzes des »Westens«.

Die mitteleuropäische Welt, in der Sachsen liegt, weiß um Untergänge. Wir leben dort auf den Trümmern untergegangener Reiche, wir *kramen beim trödler in alten orden und broschen / in kästchen voll verklingender stimmen*, wir entdecken *verwunschene grenzsteine im wald, wir sind resteverwerter verfallner imperien zu spät geborene sind wir.* Die Bewohner der mitteleuropäischen Welt wissen um die Fragilität ihres nicht vorhandenen Reiches, sie kennen die Auswirkungen der mit Fanfarenstößen verkündeten Menschheitsbeglückungen. Und sie scheinen zu erkennen, daß die Gebote der »Reinheit« wie die der »Buntheit« demselben Hirnareal entwachsen sind.

Die Erfahrung der Sachsen, sich gegen ein oppressives System erfolgreich zur Wehr gesetzt zu haben, unterscheidet sie einerseits von Westdeutschen wie Westeuropäern und verbindet sie andererseits mit den anderen Mitteleuropäern – und versetzt sie offensichtlich wieder in die Lage, sich zu wehren. ■

Keinem Gedanken Glauben schenken, der nicht im Freien geboren ist

von Sebastian Hennig

Durch die nähere Heimat zu wandern, ist des Dresdners liebstes Wochenendvergnügen. In jeder Himmelsrichtung kehren ihm die Gefilde ein anderes Gesicht zu. Im Norden liegt die Heide, im Osten sind es die Ausläufer des Lausitzer Berglandes und das Elbsandsteingebirge, im Süden das Vorland des Erzgebirges, und westlich gehen die linkselbischen Täler um Meißen in das mittelsächsische Hügelland über. In der Bahn zwischen Meißen und böhmischer Grenze drängen die Wandergruppen in die Naherholungsgebiete. Es empfiehlt sich, abseits des Basteiauftriebs seinen Weg zu suchen, sowie diesen weit in die Landschaft zu verlängern.

Der Gedanke einer Vergemeinschaftung der tagelangen Streifereien gärt eine Weile, bis er plötzlich zum Ausbruch gelangt. Ein Dutzend Freunde und Bekannte werden im Spätsommer 2017 von einem Tag auf den anderen zu einer zweitägigen Wanderung durch Nordböhmen eingeladen. Mit der ersten Bahn fahren wir vorerst zu zweit durchs finstere Elbtal und dann mit dem tschechischen Schienenersatzverkehr nach Böhmisch Leipa, laufen durch das Höllental an den Hohlener Teichen vorbei, um das Nachtlager auf dem Ronberg bereits besetzt und den Ausblick unterdessen völlig verbuscht zu finden. Da der letzte Zug abgefahren ist, nehmen wir ein wohlfeiles Zimmer im Bleiswedler Wirtshaus. In der Gaststube darf nicht mehr geraucht werden, und es gibt nur Minutky geheißenen Schnellimbiß, weil Brüsseler Funktionäre die lange Verweildauer von Gulasch in böhmischen Kochtöpfen verpönen.

Am Sonntag darauf sind wir bereits in doppelter Zahl unterwegs. Am Fuße des Milleschauer Donnersberges finden wir eine Limousine im Wald abgestellt und geraten unversehens in eine Freiluft-Audienz des Fürsten Schwarzenberg. Vierzehn Tage darauf laufen zehn Wanderer beiderlei Geschlechts zwischen zwanzig und achtzig Jahren vom sagenhaften Königsfeld bei Staditz bis nach Aussig. Mit wechselnder Beteiligung geht es seither mindestens vierzehntägig bis zur Erschöpfung ins Freie. Keiner der Streifzüge ist bisher ausgefallen. Regen und Kälte wirken hinterm Fenster schrecklich. Draußen ist auch ein scharfer Ostwind erträglich. Bald nach uns aufgebrochen sind die tobsüchtigen, himmlischen Kinder Xavier, Herwart und Friederike. Seither beschatten riesige Wurzelteller häufig von Bruchholz verlegte Wege. Kriechen, Steigen oder Umgehen bleibt im Erntegebiet der Stürme erforderlich.

Vorexkursionen werden keine unternommen. Eine Vorschau gibt es nicht. Nach dem jeweils vollendeten Streifzug wird der nächste Streckenverlauf festgelegt. Er verdankt sich der Eingebung, Erfahrung, Ratschlägen und einer Gnadenhoffnung, die bislang noch nie getrogen wurde. Vieles ist dem Anstifter aus seiner autofrei verbrachten Kindheit und Jugend vertraut. Die öffentliche Beförderung ist hierzulande viel besser als ihr Ruf. Die Kraftfahrer der Landomnibusse sind Helden der Straße. Gruppentageskarten mäßigen den Fahrpreisanteil der Einzelnen, die an der Strecke zusteigen. Manche Orte werden allerdings nur Werktags angefahren, wie beispielsweise Niederschöna bei Freiberg, von wo wir demnächst nach Oberhäslich gehen wollen.

Der Verlauf des Zusammenseins gegensätzlicher Charaktere im Freien entspannt deren Gespräche. Durch belastende Umstände aufgezwungene Bündelei lockert sich laufend. Denn Gehen macht zugänglich. »Keinem Gedanken Glauben schenken, der nicht im Freien geboren ist«, schrieb Nietzsche im *Ecce Homo*. In der Tat: Die Erschöpfung läßt empfänglicher werden und zermürbt den wechselseitigen Starrsinn. Wie bei den Arbeitern im Weinberg führt die Suche zur Frucht – und zur Sucht, immer wieder in der Frühe loszulaufen.

Das Motiv der Wanderburschen gleicht am ehesten jenem der sozialistischen Naturfreunde, die am Sonnabend nach der Arbeit ins Gebirge radelten, um das Wochenende in tatsächlicher Freiheit zu verbringen. Proletarier wurden zu Digitalisaten, und statt stupider körperlicher Arbeit wollen wir der elektronisch-virtuellen Beschlagnahme entrinnen. Gemütlich bis zur Erschöpfung entgehen wir der finalen Vernutzung und Kontrolle, indem wir nichts abarbeiten, registrieren oder uns sonst irgendwie nützlich erweisen. Dem Glücklichen schlägt keine Stunde und es wird ihm kein Kilometer angerechnet. Die Heimat ist weder eine Fitneßarena noch ein Freizeitpark mit Baudenkmalen, Na-



▲ *Markleeberg, Landkreis Leipzig*



▲ *Pyramide im Schloßpark Machern, Landkreis Leipzig*

turschönheiten und Standorten seltener Spezies. Sie hat ein Antlitz, in dessen Zügen wir lesen. Dieses liebe Gesicht rührt uns noch, wenn es traurig, zornig ist oder von einer heftigen Migräne entstellt wird. Wir halten unsere Sinne offen für das Bedeutende, selbst dann, wenn es nichts Gutes bedeuten sollte.

Die laufende Besichtigung und anschauende Begehung dient nicht nur der eigenen Seelenstärkung, sie stärkt die Heimat in ihrer Gestalt. Denn durch Hege und Schau bildete sich das Gelände zur Landschaft. In seiner *Aesthetica in Nuce* stellt Johann Georg Hamann fest: »Poesie ist die Muttersprache des menschlichen Geschlechts; wie der Gartenbau älter als der Acker: Malerey – als Schrift; Gesang – als Deklamation; Gleichnisse – als Schlüsse.« Anstatt die Wirtschaft zu kultivieren durch Handwerk und Landbau, ereignet sich die Verwirtschaftlichung unserer Kultur in der Tourismus- und der Agrarindustrie. Vormals hatten die Wanderer einen Bogen um die Hütten, Gruben und Hochöfen zu machen. Wir dagegen weichen den Destinationen der Tourismusindustrie aus. Wo die Heimat als Dirne herausgeputzt ist, gehen wir auf Abstand. Die brüllende Bespaßung der Schlösser und Gärten durch das Finanzministerium des Freistaates ist betriebswirtschaftlich wohl sinnvoll, aber heimatkundlich geistlos. Dagegen fordern kleine Museen, wie in Wolkenstein, Strehla, die Humboldtbaude auf dem Schlechteberg und das Kalkbergwerk Miltitz, zuweilen unsere Aufmerksamkeit.

Der Zugang zu diesen besonderen Orten verdankt sich Einzelnen. Sie werden nicht von oder durch einen Verein betrieben, sondern im Verein. Was schert es uns, wenn eine Ausstellung im Festsaal des Schlosses Hubertusburg prahlt: »Die verlorene Pracht des 18. Jahrhunderts und des sächsischen Rokokos ist dank der aufwändigen digitalen Animation so zu erahnen. Begegnen Sie den einstigen Hausherren: König August III. und seiner Gemahlin Maria Josepha, die Ihnen, aus ihren Porträts zum Leben erweckt, von ihren ganz eigenen Erfahrungen im Schloss berichten.« Statt dieser fetten Lüge auf den Leim, gehen wir besser den Leinpfad längs der Elbe an der vorgeschichtlichen

Schanze bei Leckwitz über den Industriekomplex Nünchritz zum maroden Schloß Promnitz, wo der preußische Kronprinz während des Zeithainer Lagers dem Freund Katte seine Fluchtpläne anvertraute. In seiner verbauten und baufälligen Gegenwart ist dieser Ort bezeichnender als die aufwendigen Simulationen der Staatlichen Kunstsammlungen.

Hier finden wir Deckung vor dem Sperrfeuer der Museumspädagogen. Bildung vermag nichts gegen Anschauung und die Ahnung übertrifft jedes Wissen. Aus dem Dunst über der herbstlichen Flußaue tritt unsere Geschichte klarer hervor als in Röntgenstrahl und Glasfaserleuchte. Wir stehen vor dem Pfarrhaus in Schirmenitz, in dem Karl V. vor der Schlacht von Mühlberg nächtigte. Tizians gewaltiges Gemälde im Prado läßt hinter dem geharnischten Kaiser einen ewigen Morgen über der Aue von Dahle und Elbe grauen. Der Nachbar auf der Leiter bestätigt uns die Lage des »Kaiserzimmers« nebenan. Das Aussehen des völlig verbauten Teilgebäudes läßt vermuten, daß im historischen Raum einmal in der Woche die leergetrunkenen Bierdosen weggebracht werden. Bevor sich die Russen und Amerikaner flußaufwärts bei Lorenzkirch zuerst begegneten, waren zahllose Leichen vertriebener Zivilisten von der Marktwiese zu räumen. Im Juni 1866 ging die preußische Elbarmee bei Katzschhäuser über den Strom und zog weiter gen Dresden. Das Königreich erlebte eine glimpfliche Besetzung, konnte die Lokomotiven und die Kasse seiner Eisenbahn in Sicherheit bringen und wurde bald zum wichtigsten Verbündeten der neuen Vormacht Preußen.

In Paußnitz wurde 1898 von einem Gutsbesitzer ein Ring mit der Inschrift »NAINE MI XPS« gefunden. Der befindet sich im Landesmuseum in Halle, wo im Herbst eine große Ausstellung um ihn gebaut wird. Seine Worte beschwören die Vernichtung durch Christus. Das Museum verkauft Repliken davon. Doch die Aura webt solange am Fundort, wie wir selbst zu Fuß den Eintrag durch das Fach unserer Zeit leisten. Als Kette und Schuß schaffen Wanderer und Landschaft am sausenden Webstuhl der Zeit und wirken der Gottheit lebendiges Kleid. ■



Frank Richter stellt die sächsische Frage

von Michael Beleites

Wie die Kaninchen auf die Schlange starren viele auf Sachsen: Nachdem bei der Bundestagswahl 2017 die Alternative für Deutschland mit 27 Prozent als stärkste politische Kraft in Sachsen hervorgegangen ist, macht sich im Blick auf die sächsischen Landtagswahlen im September 2019 Unruhe breit. Was sich hier zeigt, ist im Grunde nichts anderes als die Angst von Demokraten vor der Demokratie. Die Inbrunst, mit der überlegt wird, wie eine politische Kraft, die etwa ein Drittel der sächsischen Bevölkerung repräsentiert, aus den landespolitischen Prozessen herausgehalten werden kann, ist nicht nur scheinheilig; sie ist zutiefst antidemokratisch.

Gehört Sachsen noch zu Deutschland? fragt Frank Richter mit dem Titel seines neuen Buches. Der frühere Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung hatte sich 2014 viel Anerkennung erworben, als er seine Einrichtung für einen Dialog mit Vertretern der PEGIDA-Bewegung öffnete. Nicht nur für ihn war das eine Konsequenz aus den Erfahrungen der 1989er Revolution: Nur durch öffentliche Gespräche über ideologische Gräben hinweg lassen sich Auswege aus einer politischen Krise finden. All das, wofür Frank Richter damals stand, scheint er nun hinter sich gelassen zu haben.

Erkennbar wurde das schon bei einer Podiumsveranstaltung im Dresdner Lingnerschloß am 21. Februar 2019: Frank Richter moderierte das Gespräch von Susanne Dagen und Antje Hermenau mit den Dresdner Publizisten Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser. Letztere hatten der Buchhändlerin Susanne Dagen in einem offenen Brief ihre Kooperation mit dem Antaios-Verlag vorgehalten, womit sie sich zu denen gesellt habe, die »einem generellen Umsturz der Verhältnisse« das Wort reden. Als Moderator stellte Frank Richter eingangs die Leitfrage in den Raum, ob sich denn Dagen mit ihrem Tun und Denken noch innerhalb des »Gesinnungskorridors« befinde. Mit seinem neuen Buch schwenkt er nun vollends ein auf die Paradoxie des politischen Mainstreams: Es werden Veränderungen angemahnt, um den Status quo zu befestigen.

Zunächst verortet er Sachsen im Osten und sich im Westen: »Die Vorliebe des Westens, den Einzelnen zum Ausgangspunkt politischer Überlegungen zu machen und das Gemeinwohl von ihm abzuleiten, ist mir sympathisch.« Auch die »Vorliebe des Ostens, der Gemeinschaft den Vorrang einzuräumen und das Wohl des Einzelnen in ihr aufgehoben zu wissen«, sei ihm vertraut. Und immerhin: Sie sei »nicht weniger wertvoll.« Doch hier, wo die Frage, warum Sachsen anders ist, zum Greifen nahe ist, kommt keine Vertiefung.

Das »vorrangige Anliegen« seines Buches sei es, »auf eine Gefahr« hinzuweisen: »Sachsen droht sich zu einem Gemeinwesen zu entwickeln, in dem autoritäres, nationalistisches und völkisches Gedankengut die Oberhand gewinnt und das sich von den Prinzipien der Liberalität, Pluralität und Offenheit verabschiedet. Die politischen Kräfte der Neuen Rechten haben an Stärke gewonnen. Sie greifen nach der Macht. Sie halten nichts von der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Sie fordern die Bewahrung, Verteidigung und Rückeroberung der deutschen Kultur und Identität.«

Man möchte hier zurückfragen, wie denn »Pluralität« gelebt werden soll, wenn man eine gesellschaftlich zunehmend relevante politische Strömung ausgrenzt? Ob es von »Offenheit« zeugt, wenn über die Lage der deutschen Kultur und Identität nicht debattiert werden soll? Ob es »der demokratischen Grundordnung« widerspricht, wenn sich eine demokratisch gewählte Partei dem Gewicht ihrer Wählerstimmen entsprechend an der politischen Gestaltung beteiligen will? Wie schnell man schon durch die vorurteilslose Wahrnehmung des Alltagslebens mit den Eigenschaften von Nazis etikettiert werden kann (und soll!), führt Frank Richter direkt vor: »Die grundsätzliche Unterstellung, dass der Lernfortschritt einheimischer Schüler durch die bloße Anwesenheit nicht einheimischer Schüler gefährdet sein könnte, offenbart ein völkisches und tendenziell rassistisches Menschenbild.«

Den sächsischen Gegen-Rechts-Wahlkämpfern des Jahres 2019 gibt er sieben Thesen mit auf den Weg. Es gelte den von der Neuen Rechten »aufgeblasenen« Ängsten zu begegnen; »mit Fakten, Zahlen und realistischen Konzepten«. Zum Beispiel: »Es ist nicht schwer zu erklären, dass Deutschland Zuwanderung braucht, um seine ökonomische Stärke und die sozialen Standards zu erhalten.« Warum eigentlich sollen wir

nicht das Ziel verfolgen, daß Deutschland selbst die Fachkräfte ausbildet, die es braucht – und diese dann anständig bezahlt werden können? Es ist merkwürdig, wie hier kurzfristiges, wirtschaftliches Interesse als Argument für mehr Zuwanderung eingesetzt wird. Man könnte ja auch darauf hinweisen, daß eine ethisch fragwürdige Selektion der Migranten nach wirtschaftlichen Verwertungsinteressen nicht auch noch dazu dienen muß, die Geringschätzung der Arbeiter und Handwerker und die Vernachlässigung der Fachkräfteausbildung in Deutschland zu verstetigen. Aber so viel Differenzierung wäre wohl schon verdächtig.

So kommt der Autor zu der kaum originellen Forderung: »Trotz aller berechtigten Kritik an bestimmten Positionen der Linken muss allen Demokraten an der geschlossenen und gemeinsamen Ablehnung der Neuen Rechten gelegen sein.« Die Begründung für diese Einheitsfront bleibt nebulös. Mehr Klarheit bringt der polnische Philosoph Ryszard Legutko, der meint: »Sowohl der Kommunismus als auch die liberale Demokratie wollen die bestehende Realität zugunsten einer besseren Welt verändern. Sie sind – um im Jargon der Gegenwart zu sprechen – Modernisierungsprojekte. […] Beide Systeme greifen tief und ungeduldig in das soziale Gewebe ein und legitimieren ihr Tun damit, daß diese Eingriffe den gegebenen Zustand verbesserten, indem sie ihn ›modernisierten‹.«

Jetzt wird erkennbar: Der allgemeine »Kampf gegen Rechts«, der weder im Blick auf die AfD, noch auf die Neue Rechte durch eine akute Bedrohung von Demokratie, Pluralität oder Offenheit gerechtfertigt ist, richtet sich gegen das Bestehende, gegen gewachsene soziale Bindungen, gegen Tradition, gegen regionale Verwurzelung, gegen eine generationenübergreifende Verantwortung für die Bewahrung unseres Natur- und Kulturerbes, ja sogar gegen eine Solidarität mit anderen Völkern in ihrem Bemühen, das ihre zu bewahren. Bei diesem totalitären Unterfangen ist kein Platz für Differenzierungen oder für den offenen Dialog über ideologische Gräben hinweg. Es scheint nicht übertrieben, wenn Legutko schreibt: »Wer sich außerhalb des Mainstreams begibt, wird entweder als Sonderling, der nicht ernst zu nehmen ist, oder als Faschist behandelt, der eliminiert werden muß.« Nicht zufällig schließt Legutko daran an: »Die Krönung dieser Veränderungen in der Auffassung von Demokratie war die Europäische Union, die nach dem Vertrag von Maastricht eine neue politische Rolle zu spielen begann.«

Auch Frank Richter kommt auf das Europa-Thema zu sprechen. Den vielleicht größten Anteil am Vertrauensverlust in die Politik habe die »immer wieder unterstellte« Unterwürfigkeit unter die Interessen der Wirtschaftsunternehmen und Lobbyverbände. »Die Europäische Union muss als politisches Projekt erkennbar werden, das gut ist für Arbeitnehmer, Sozialhilfeempfänger und Rentner und nicht nur für Aktienbesitzer, international agierende Konzerne und die Inhaber großer Vermögen.« Ja, warum sollte es nicht demokratisch sein, eine Partei zu wählen, die das Volk darüber entscheiden lassen will, ob unser Land aus einer zentralistischen, von unten nach oben verteilenden EU wieder austreten soll? Schon heute wäre es möglich, bestimmte Politikfelder zu »re-nationalisieren«. Damit ist kein Nationalismus gemeint, der andere Nationen geringschätzt, sondern eine Dezentralisierung von Politik.

Nur dann, wenn Politik wieder in den Nationalstaaten, Regionen und Bundesländern gestaltet werden kann, ist wirkliche demokratische Mitwirkung möglich. Erst dann wird die Politikverdrossenheit, die wohl eher eine Demokratieverdrossenheit ist, wieder schwinden. Nicht eine ihrem Stimmenanteil entsprechende politische und mediale Repräsentanz aller politischen Strömungen gefährdet die Demokratie, sondern die zu große Entfernung der Machtzentralen von den Menschen und die Nivellierung regionaler Unterschiede.



Frank Richter:
Gehört Sachsen noch zu Deutschland? Meine Erfahrungen in einer fragilen Demokratie,
Berlin 2019, 128 S., geb., 15 €

Erhältlich bei antaios.de

In unseren Zeiten bestehe »die Pflicht der Klugen und Weisen darin, sich den Lügenpropheten in den Weg zu stellen«, so Richter. Dem mag man zustimmen – wenn auch nicht in der gemeinten Stoßrichtung. Seine Titelfrage beantwortet Richter nicht. Sein Schlußsatz lautet: »Von Herzen unterstütze ich die Initiative ›Unser Land – Deine Zukunft‹ von ›Banda Internationale‹. Sie wirbt deutschlandweit darum, nach Sachsen zu ziehen, in Sachsen zu studieren, zu arbeiten, zu lieben und zu wählen – am besten schon im September 2019.« Diese linke Kapelle will, daß »bis zum 30. Mai eine Million Wahlberechtigte ihren Hauptwohnsitz nach Sachsen verlegen«. Nur so bestehe »für Sachsen die Chance auf eine Zukunft«.

Frank Richters Mahnung zur Bewahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung mündet in einen Aufruf zur Wahlmanipulation! Ähnlich erbärmlich hat sich vor 30 Jahren schon einmal eine deutsche demokratische Republik von der politischen Bühne verabschiedet. Erst jetzt stellt sich die Frage, ob Sachsen noch zu Deutschland gehört, wirklich. Es scheint, daß die in Sachsen schon deutlich erkennbare politische Strömung der Regionalisierung nicht eine Bedrohung der Demokratie ist, sondern eine Retterin der Demokratie. ▪



Demokratie und totaler Krieg

von Erik Lehnert

Zu Lebzeiten war Rolf Peter Sieferle ein Geheimtip. Seine Bücher erschienen zwar in bekannten Verlagen und wurden rege besprochen, drangen aber kaum über das wissenschaftlich interessierte Publikum hinaus. Kurz nach dem Freitod von Rolf Peter Sieferle im September 2016 erschienen zwei schmale Publikationen aus dem Nachlaß, die seinen Namen schlagartig bekannt machten und ihn in die Bestsellerlisten katapultierten. *Finis Germania* und *Das Migrationsproblem* brachten beide auf ihre Art die Zutaten für einen Bestseller mit, die nur des äußeren Anlasses bedurften, um ihre Wirkung zu entfalten: die Zuspitzung, die Lesbarkeit, den Zeitpunkt und den Skandal.

In denkbar größtem Kontrast steht zumindest äußerlich die dritte Nachlaßpublikation von Sieferle. In einigen Nachrufen wurde bereits erwähnt, daß ein 600seitiges Manuskript abgeschlossen vorliege, das sein eigentliches wissenschaftliches Vermächtnis darstelle. Aus den 600 Manuskriptseiten sind 1500 Druckseiten geworden, ein wahrer Ziegelstein und dickes Brett zugleich. Noch mehr als der Umfang dürfte aber manche das Thema erstaunen, Krieg und Zivilisation. Der Skandal dürfte indes auf sich warten lassen. Nicht, weil es nichts für den Mainstream Anstößiges zu entdecken gebe, sondern eher, weil das Durchmustern bei der Seitenzahl echte Arbeit bedeutet. Hinzu kommen sicherlich zwei Dinge, die eine Rezeption erschweren. Zum einen ist Sieferle bislang nicht als Militärhistoriker hervorgetreten, was die Fachleute skeptisch stimmen dürfte, und zum anderen wird dieses Thema in Deutschland überhaupt ängstlich gescheut, weil es einem dunklen, lange überwundenen Zeitalter angehört.

Im *Migrationsproblem,* das Sieferle kurz vor seinem Tod abschloß, findet sich bereits ein Hinweis darauf, warum ihn dieses Thema, ganz im Gegensatz zu seinen Zeitgenossen, so umtreibt: »Ein wesentliches Problem jeder Herrschaftsausübung, die Neigung zu einer Kombination von ideologischen Phantasmen und Machtexzessen, bis hin zur Kriegsführung, scheint für die westlichen Länder beendet zu sein. In näherer Zukunft ist kein großer Krieg zwischen den komplexen Gesellschaften zu befürchten, da alle wissen, daß sie in ihm mehr zu verlieren als zu gewinnen haben.« Das ist ein nüchterner Blick auf die Langzeitperspektiven der europäischen Kultur. Sieferle macht nicht den Fehler, die Abwesenheit von Krieg unserem Regierungssystem oder der europäischen Einigung zuzuschreiben. Sollte jemand der Meinung sein, mit einem Krieg mehr gewinnen als verlieren zu können, kann die Entscheidung für den Krieg ebenso pragmatisch fallen. Hinzu kommt, daß die Zukunftssicherung nicht dadurch gewährleistet wird, daß man auf Krieg verzichtet, jedenfalls dann nicht, wenn weniger komplexe Gesellschaften das ganz anders sehen.

In *Krieg und Zivilisation* versucht Sieferle nun, dem Zusammenhang von komplexen Gesellschaften und ihrem Denken über den Krieg auf den Grund zu gehen. Die Verschränkung von Ideen- und Ereignisgeschichte, die das Buch auszeichnet, führt er leider nur für das Zeitalter der Weltkriege konsequent durch. Auf über 500 Seiten geht Sieferle teilweise sehr detailliert auf die Vorgeschichte und den Verlauf der beiden Weltkriege ein. In der Konzeption des Buches muß daher der vorhergehende Teil als ein großer Anlauf auf dieses Finale der Kriegsführung in Europa angesehen werden. Sieferle behandelt dabei zunächst ganz kursorisch die Fragen nach den anthropologischen Ursprüngen des Krieges, die er bis ins Mittelalter verfolgt. Die Antike kommt dabei etwas kurz, was daran zu liegen scheint, daß diese Tradition mit der Völkerwanderung einen Abriß erfuhr und später erst wiederentdeckt werden mußte. Daran schließen sich Kapitel über die Militärrevolution der Frühen Neuzeit, die Hegung des Krieges im 18. Jahrhundert und die Rolle des Militärs im hundertjährigen Frieden zwischen 1815 und 1914 an.

Unterbrochen wird diese Argumentation durch ein Kapitel über »Europäische Traditionen des Denkens über den Krieg«, das auch in den chronologisch angeordneten Kapiteln immer wieder durch Reflexionen über den Bellizismus ergänzt wird. An die große Erzählung des Zeitalters der Weltkriege schließen sich Überlegungen zu Konsequenzen aus dem Zweiten Krieg und den aktuellen Kriegsszenarien an.

Der Texterschließung dienen ein Sach- und ein Personenregister. Hinzu kommen im An-

hang Thesen zur »Universalgeschichte des Krieges« und zur »Geschichte des Bellizismus«, die so etwas wie die Quintessenz des Ganzen darstellen, ohne die Dimensionen des Buches erahnen zu lassen. Zur Gegenwart lautet die These: »Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war von einem rapiden Legitimitätsverlust des Krieges in den westlichen Ländern geprägt. Krieg galt als Inbegriff der ›sinnlosen‹ Zerstörung.«

Plastisch wird diese Einschätzung durch die persönliche Motivation des Autors zur Beschäftigung mit dieser Materie, die jedem bekannt vorkommen dürfte, der eine bundesdeutsche Schule oder Universität besucht hat: »Als ich 1968 das Studium der Geschichte begonnen habe, war die Befassung mit dem Krieg das Entlegendste, was man sich vorstellen konnte. Kriegsgeschichte war an spezielle Institutionen der Bundeswehr verbannt, von denen wir keine weitere Kenntnis besaßen. An den zivilen Universitäten gehörte sie einer finsteren Vergangenheit an, von der wir eher mythische Vorstellungen hatten. […] Das konkrete Kriegsgeschehen wurde völlig ignoriert, sowohl in strategischer als auch in taktisch-operativer Hinsicht, geschweige denn, daß das ›Kriegserlebnis‹ der Soldaten thematisiert wurde.« Im Ausland, vor allem in Großbritannien, nahm Sieferle hingegen ein reges Interesse für diese Dinge wahr, die ihn jahrelang beschäftigt haben.

Mittlerweile hat sich die Situation in Deutschland etwas geändert, was vor allem von der weltgeschichtlich geänderten Situation, dem Ende des Kalten Krieges und der Beteiligung der Deutschen an Auslandseinsätzen, herrührt. Wer sich noch an das Gerangel erinnern kann, das die Qualifizierung des Afghanistaneinsatzes durch den damaligen Verteidigungsminister Guttenberg als Krieg ausgelöst hat, weiß aber auch, daß sich grundsätzlich gar nichts geändert hat: »Die Erfahrungen der Weltkriege, vor allem dann des Zweiten Weltkriegs, brachten schließlich eine Ernüchterung, und die bellizistische Revolte wurde in den Alltag abgedrängt, in Extremsport, Drogenkonsum und Popkultur.«

Interessant ist es, diese retrospektive Einschätzung mit Sieferles *Epochenwechsel* abzugleichen, in dem er bereits 1992 feststellte: »Deutschland ist mental vollständig pazifiziert worden. Die bloße Vorstellung, Krieg könnte weiterhin legitimes Mittel der Politik sein, erweckt bis in die Führungsspitzen der Bundeswehr hinein blankes Entsetzen wie wohl sonst nirgendwo in der Welt.« Deutschlands Perspektive sei es, eine Art größeres Hongkong zu bilden. Die dahinterstehende Einsicht, wer den Krieg als letztes Mittel aufgebe, sei nicht besonders friedfertig, sondern im Zweifel erpreßbar, hat sich nicht nur im Fall Hongkongs bewahrheitet. Vor diesem Hintergrund dürfen wir davon ausgehen, daß Sieferle mit seinem monumentalen Nachlaßwerk eine realistische Perspektive auf den Krieg etablieren wollte, die er durch seine wissenschaftliche Reputation gedeckt sah und dementsprechend nicht der besserwisserischen Nörgelei gleichgeschalteter Wissenschaftsverlage aussetzen wollte. Der Text sollte unverändert erscheinen, was zu Lebzeiten nicht mehr gelang.

Beginnen wir mit der naheliegenden Frage nach der Bedeutung des Krieges für die Entstehung der europäischen Zivilisation. Denn Sieferle zufolge liegt der Schlüssel für die Beantwortung der Frage, warum die Industrialisierung in Europa und nicht in anderen agrarischen Zivilisationen stattgefunden hat, eben in der frühneuzeitlichen Militärrevolution. Das ist an sich kein neuer Gedanken, und Sieferle nennt seine englischen Gewährsmänner dafür. Allerdings steht diese Einsicht unter dem generellen Verdacht, damit die Herrschaft des alten weißen Mannes etabliert zu haben, die es nach überwiegender Meinung zu beenden gilt. Von dieser Warte aus wird die Beschäftigung mit dieser Epoche eine Verlustgeschichte ergeben, im umgedrehten Fall kann sie erklären, warum es bis heute keinerlei Möglichkeit gibt, die Welt ohne die Begriffe des alten weißen Mannes zu denken. Sieferle ist dabei nicht so kurzsichtig, sich auf die technischen Weiterentwicklungen allein zu beschränken.

Neben dem Einsatz von Feuerwaffen und der Vergrößerung der Streitkräfte waren es vor allem strategische Leistungen, die diese Revolution ermöglichten. Zum einen mußten die Strategien mit der Größe der Streitkräfte wachsen und durch die wachsenden Einsatzmöglichkeiten komplexer werden. Zum anderen mußten die Finanzierungsprobleme, die der Unterhalt großer Heere mit sich brachte, fiskalisch und administrativ gelöst werden. Sieferle geht dabei auf die These von Michael Roberts zurück, der für die Zeit zwischen 1560 und 1660 eine Revolution, im Sinne eines Übergangs von einem Gleichgewichtszustand in den nächsten, postuliert hatte. Der eng gefaßte Zeitraum rief Kritik hervor, die Sieferle kontert. Die Verwässerung von Roberts These sei das übliche Schicksal jeder kühnen These, »wenn sie in die Hände von Spezialisten und Empirikern gerät, die selbst zu keiner Generalisierung fähig sind«. Ganz in diesem Sinne dürfte Sieferles Buch in Strecken zu verstehen sein, auch wenn seine Thesen oftmals nicht besonders zugespitzt sind: als eine Generalisierung von Erkenntnissen der Spezialisten. Das hat den Vorteil der Verstehbar- und Vergleichbarkeit, die Sieferle durch oft eingeschobene Zusammenfassungen und Aufzählungen erreicht.

Das Besondere an der europäischen Entwicklung hat seinen Grund in der politischen Gestalt Europas und dessen natürlichen Grundlagen. Im Gegensatz zu anderen Regionen gab es keine Zentralmacht, sondern die wesentlichen Mächte standen in einem ständigen Wettkampf miteinander. »Wichtig an dem innereuropäischen Rüstungswettlauf seit dem späten Mittelalter ist, daß keine Seite je die Oberhand gewann, sondern sich das militärische System als Ganzes unter hohem Selektionsdruck weiterentwickelt.« Das ist auch der Hintergrund für die sich daran anknüpfende ökonomische

Entwicklung. Allerdings bleibt das Militärwesen der Frühen Neuzeit »eindeutig dem agrargesellschaftlichen Ancien Régime« verhaftet, diesseits der »sozialmetabolischen Transformation«, wie Sieferle den Übergang ins Industriezeitalter im Hinblick auf den Verbrauch von endlichen Ressourcen nennt. Den entscheidenden Aspekt der Weiterentwicklung sieht Sieferle in den logistischen Problemen, die immer größere, stehende Heere mit sich bringen. Detailliert rechnet er vor, wie problematisch die Verpflegung der Truppe auf Dauer und lange Strecken war. Neben dem Bau von Straßen und Kanälen brachten diese Probleme eine Schulung der Offiziere, Kartierung der Staaten und Gliederung der Armeen mit sich, was wiederum eine neue Stufe der Koordination nötig machte. Letztendlich resultiert der moderne Staat aus den gewachsenen Anforderungen des Militärs, mit anderen Worten des Krieges.

Sieferle beschreibt das als funktionalen Zusammenhang mit sich wechselseitig verstärkenden Elementen. Aus dem aufgrund der europäischen Fragmentierung notwendigen und ständigen Kriegszustand, steigt der Ressourcenbedarf des Staates, der rational erwägt, wie er diesen dauerhaft decken kann. Daraus folgen Gewaltenteilung, rationale Verwaltung, Rechtsstaat und ein effektives und verläßliches Finanzsystem. Allerdings besteht das Problem, daß die Kriege das Erwirtschaftete aufzehren, weshalb der liberale Pazifismus eine Friedensdividende propagierte, die aus der wachsenden Produktion des Friedens und dem daraus folgenden Gewinn resultieren sollte. Europa sei diesen Weg gerade nicht gegangen, »sondern die Wachstumsökonomie hat sich inmitten von Kriegen entfaltet«. Allerdings sei dazu der innere staatliche Frieden notwendig gewesen. Krieg und Wachstum schlössen sich nicht aus, im Gegenteil. Aus dieser Logik folgt für Sieferle aber auch, daß, sofern die Möglichkeiten dazu gegeben sind, der Krieg schnell zu einem totalen werden kann, der sich gegen das richtet, worauf die militärische Leistungsfähigkeit beruht: die Wirtschaft und damit den Zivilisten.

Aus dem langen ideengeschichtlichen Exkurs über das »Denken über den Krieg«, in dem Sieferle zunächst auf die antike und die christliche Position eingeht, ist für die oben ausgeführten Positionen vor allem das Werk von Thomas Hobbes wichtig, der sich explizit über die Voraussetzungen eines inneren Friedens Gedanken gemacht hat. Was Sieferle bei ihm herausarbeitet, ist das logische Problem, wie bei den von Hobbes gemachten Annahmen über die Entstehung des Leviathans, die Verteidigung dieses Friedens gegen äußere Feinde aussehen soll. Der Staat muß verteidigt werden, weil er die Sicherheit und das Leben seiner Bürger garantiert, weil nur er den Rückfall in den barbarischen Kampf aller gegen alle verhindern kann: »Wer also den Staat verteidigt, riskiert sein Leben, um den sicheren Tod zu vermeiden.« Dennoch beharrt Sieferle darauf, daß sich dieses Problem im Rahmen von Hobbes Theorie nicht widerspruchsfrei lösen läßt. Sieferle sieht darin die Folge eines völlig neuen Denkens, das dem Ehrbegriff des Mittelalters und des Adels abgeschworen hat, aber noch kein neues Ethos hervorbringen konnte. Antike und Christentum kannten Dimensionen, die höher standen als das Leben. »Um als höchstes Gut zu gelten, muß das Leben im Prinzip etwas Angenehmes sein.« Hobbes ist hier eine Ausnahmegestalt seiner Zeit, die etwas vorwegnahm, was uns erst heute richtig plausibel erscheint.

Hobbes antizipiert damit den fundamentalen Umsturz der Werte am Ende des 17. Jahrhunderts, dessen Folgen sich erst im 18. Jahrhundert auswirkten: Das Streben nach Reichtum und Wohlstand wird zu etwas Positivem umgedeutet, das nicht mehr die Moral des Einzelnen und den Zusammenhalt der Gemeinschaft bedroht, sondern in jeder Hinsicht als segensreich zu betrachten ist. Den Hintergrund bildete der steigende Außenhandel, der einige der älteren ökonomischen Annahmen, etwa die Gründe für Armut und Reichtum, zu widerlegen schien. Dieses neue Denken stand in einem Widerspruch zu der geschichtsphilosophischen Überzeugung, daß Wohlstand die Wehrtüchtigkeit schwäche und ein auf diesem Prinzip beruhendes Gemeinwesen gegen Barbaren wehrlos sei. Aber auch hier präsentierte der Fortschrittsglaube die passende Lösung: Durch die militärisch-technische Überlegenheit Europas würde niemand in der Lage sein, die europäische Zivilisation von außen zu bedrohen.

Sieferle zeigt nun, daß diese Bedrohung von innen kam und sich schließlich in den Weltkriegen entlud. Im langen Anlauf zum Weltkrieg behandelt Sieferle zwar auch die Juli-Krise in all ihren Details, viel eher will er aber zeigen, welche langfristigen Entwicklungen hinter der Katastrophe von 1914 stecken. Eine der wichtigsten Ursachen ist die Etablierung der Demokratie in den Nationalstaaten. Was auf den ersten Blick paradox klingen mag, wird verständlich, wenn man in eine Zeit schaut, in der das Für und Wider der Demokratie offen erörtert werden konnte, in das 18. Jahrhundert. Dort nimmt Sieferle die These des Moralphilosophen Adam Ferguson auf, wonach der Krieg in der republikanischen Antike ein grausamer »totaler« war, wohingegen der Krieg der Monarchien seiner Gegenwart ein zivilisiert gehegter sei. Ferguson führt das auf den ritterlichen Ehrenkodex des Adels zurück, bei dem der Duell- und Ausgleichscharakter im Mittelpunkt stand. Ein Ritter konnte vor einem Ritter kapitulieren; sobald »Fußvolk« im Spiel war, wurde das schwierig, weil es zwischen Ungleichen keinen Ausgleich geben konnte. Weiterhin hatte der Dreißigjährige Krieg gezeigt, daß ungehegte Kriege niemandem nützen. Die Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten rührt daher, Krieg war eine Angelegenheit der Fürsten, die möglichst mit einem Treffen zu erledigen war. Die Bevölkerung hatte sich rauszuhalten und wurde dafür möglichst vor Schäden bewahrt. »Im Gegensatz zu Volks-

milizen verhinderten die stehenden Heere den Bürgerkrieg und kürzten wegen der hohen Kosten den Krieg zwischen den Staaten ab. Sie waren also ein Mittel, den Krieg zu begrenzen und den totalen Krieg zu vermeiden.«

Erschüttert wurde diese fast schon zivile Lösung durch die Erfahrungen des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges und die Konfrontation mit den französischen Revolutionsheeren, die demonstrierten, daß die Beteiligung des Volkes ein unwiderstehliches Argument auf seiner Seite hatte: den Erfolg. Die logische Konsequenz daraus war die »Militarisierung der Gesellschaft« und die Brutalisierung der Kriegsführung. Ein Zusammenhang, der Sieferle an tribale Verhältnisse erinnert, weshalb er vom »neotribalen Nationalstaat« spricht. Die bislang von allem Kriegerischen ausgeschlossenen Bürger kultivierten einen bürgerlichen Bellizismus und forderten ihre Beteiligung an der Verteidigung des Vaterlandes, was schließlich die Einführung der Wehrpflicht zur Folge hatte. Die Konsequenz war die Rückkehr der Leidenschaft auf das Schlachtfeld: »Der Volkskrieg wurde aber zum erbittertsten Krieg, angesichts dessen sich manche bald wieder nach den ›gehegten‹ Kriegen der Fürsten und Kabinette zurücksehnten.« Die Geburt des Volkskrieges aus dem Geist der Revolution führt schließlich dazu, daß sich die moralischen Maßstäbe völlig verändern: »Die Feinde der Menschheit, die Fürsten, Aristokraten und Tyrannen mußten als Verbrecher und Rebellen behandelt werden, d. h. sie verdienten keine Schonung.« Das galt natürlich auch für ihre Truppen.

Zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs lag der »hundertjährige Frieden«, in dem sich die friedliche Transformation von der spätagrarischen zur industriellen Gesellschaft vollzog, die sozialmetabolische Transformation: »Seit Mitte des 19. Jahrhunderts trat ein neues Muster des exponentiellen technischen Fortschritts« auf, der keine Gleichgewichte erzeugte, sondern alle paar Jahre die »Parameter der Kriegsführung« veränderte. Die Transformation machte auch erst die großen Massenheere möglich, weil sie die Voraussetzung schuf, »daß über längere Zeiträume hinweg solche Massen von der Wirtschaft ernährt und versorgt werden konnten«. Die Kriege des 19. Jahrhunderts waren noch gehegt, weil man den Gegner nicht vernichten, sondern Ziele erreichen wollte, und diese möglichst so, daß man danach wieder in Frieden miteinander leben konnte.

»In der Politikwissenschaft spukt bis heute das pseudokantische Argument, daß Demokratien friedlicher seien als Despotien.« Eine Vergleichbarkeit sieht Sieferle erst gegeben, wenn Demokratien so zahlreich als Nachbarländer vorkommen, daß überhaupt die Gelegenheit zum Kriegführen zwischen Demokratien besteht. Am frühesten war das in Südamerika der Fall, dessen Staaten nach Unabhängigkeit und Demokratisierung zahlreiche Kriege gegeneinander führten. Daher sieht Sieferle im Verhältnis von Demokratie und Krieg eher ein Definitionsproblem. »Die eigentliche Pointe lautet aber, daß Demokratien Kriege, die sie führen, ihrem eigenen Selbstverständnis folgend nicht gegen ihresgleichen, sondern gegen Despotien führen müssen.« Der Gegner wird zur Despotie erklärt, der Verbündete ist demokratisch verfaßt, egal wie es sich damit in Wirklichkeit verhält. Ohne diese Dichotomie ist ein Krieg für eine Demokratie nicht begründbar: »Der Krieg der pazifistischen Demokratien tendiert daher immer dazu, Kreuzzugsqualitäten zu gewinnen«. Sieferle bringt das in einer logischen Schlußformel auf den Punkt. Aus den Bedingungen, daß alle Kriege, die von Demokratien geführt werden, Verteidigungskriege sind und ihre Feinde notwendig Despotien, folgt, daß alle Kriege, die Demokratien führen, gerecht sind und der Aufhebung des Krieges dienen. »Fazit: Demokratien können nur totale Kriege führen, bis zur völligen Vernichtung bzw. Assimilation des Gegners.«

Die an Carl Schmitt geschulte Einsicht ist für das Selbstverständnis der gegenwärtigen Eliten verheerend. Allerdings gibt es niemanden, der sie zu dieser Einsicht zwingen könnte, weil er als Menschheitsfeind markiert und vernich-



tet würde. Die merkwürdige Sprachlosigkeit dem Phänomen Krieg gegenüber rührt vielleicht auch daher, daß der Krieg gegenwärtig von der europäischen Zivilisation wieder rein professionell betrieben wird und den Bürger daran möglichst gar nicht mehr beteiligen möchte. Was in der Frühen Neuzeit noch funktionierte und die Hegung des Krieges zur Folge hatte, wird in der Gegenwart durch die grassierende Hypermoral in sein Gegenteil verkehrt, was zu einer weiteren »Funktionsverschiebung vom agrargesellschaftlichen ›rationalen‹ ökonomischen Krieg zu einem neuen Typus des ideologisch motivierten Kriegs« führen könnte. ■

Krieg als »Element der sozialen Kooperation« und seine Funktionen im Zivilisationsprozeß

von Dag Krienen

Die Studie *Krieg und Zivilisation* aus dem Nachlaß von Rolf Peter Sieferle stellt zweifellos nicht nur aufgrund seines Umfanges ein überwältigendes Werk dar. Das Buch schlägt einen weiten historischen Bogen, von den prähistorischen Anfängen des Krieges bis zu den denkbaren Gestalten zukünftiger Kriege, mit dem Schwerpunkt auf der Geschichte des Krieges in Europa und eingebettet in einer fundierten Kenntnis der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte.

Die zwei ersten von zehn geplanten Bänden einer Sieferle-Werkausgabe, die von Manuscriptum erarbeitet wird.

Krieg und Zivilisation. Eine europäische Geschichte

1498 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 78 €

Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

490 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 34 €

Erhältlich bei antaios.de

Arbeiten mit dem Anspruch, eine universale Geschichte des Krieges zu schreiben, haben auch andere Autoren vorgelegt, beispielsweise Martin van Creveld, John Keegan und Jeremy Black. Doch nimmt Sieferles Werk einen besonderen Rang ein. Geschrieben in einem durchaus wissenschaftlichen, aber zugleich allgemeinverständlichen Deutsch, werden in diesem »Mega-Essay« die Dinge ohne alle Rücksichten auf politische Korrektheiten und frei von allen Illusionen in einem lakonischen Stil beim Namen genannt. Auf nahezu jeder Seite finden sich explizite und implizite Widerlegungen zeitgenössischer wissenschaftlichen und moralischen Urteile, die sich in selbstreferentiellen Schleifen verfangen haben, zugunsten einer unvoreingenommenen, »kalten« Betrachtungsweise, und das nicht nur zum Thema Krieg. Das Buch stellt einen Augenöffner dar, eine »Red Pill«, die die verwirrenden Schleier moderner Wissenschaftssprache und Volkspädagogik einfach zur Seite fegt.

Allerdings betont schon der Verlagsprospekt, daß Sieferle mit seinem Buch »nicht zu einem Militärhistoriker im engeren Sinne« wird, sondern »eine Geschichte des Krieges als ein Phänomen der kulturellen Evolution, als ein Strategem in Gruppenkonkurrenzen neben anderen« vorlegt. Sieferle selbst schreibt in seinem Vorwort, daß er zwar eine »Geschichte des Krieges« schreiben will, aber keine »der operativen Kriegführung«, sondern eine »Strukturgeschichte des Krieges, bei der auch technische und politische Faktoren zur Sprache kommen«. Daß Sieferle kein Militärspezialist war, merkt man gelegentlich, wenn er etwa die deutschen Kampfpanzer des Zweiten Weltkriegs mit den nur im angelsächsischen Sprachraum üblichen Bezeichnungen wie »Mark III« und ähnlichen versieht. Auch manches seiner Urteile über militärische Einzelereignisse und Sachverhalte ist gelegentlich etwas schief, weil er sich auf angelesene, aber nicht selbst erarbeitete Erkenntnisse stützt. Tatsächlich kann allerdings niemand mehr eine universale Geschichte des Krieges auf der Basis umfassender eigener Detailforschung schreiben. Sieferle hat dafür aber die Sekundärliteratur in großer Breite und auch auf abgelegen Gebieten rezipiert und in umfassender Weise verwertet, um so eine geniale Gesamtschau zu erstellen.

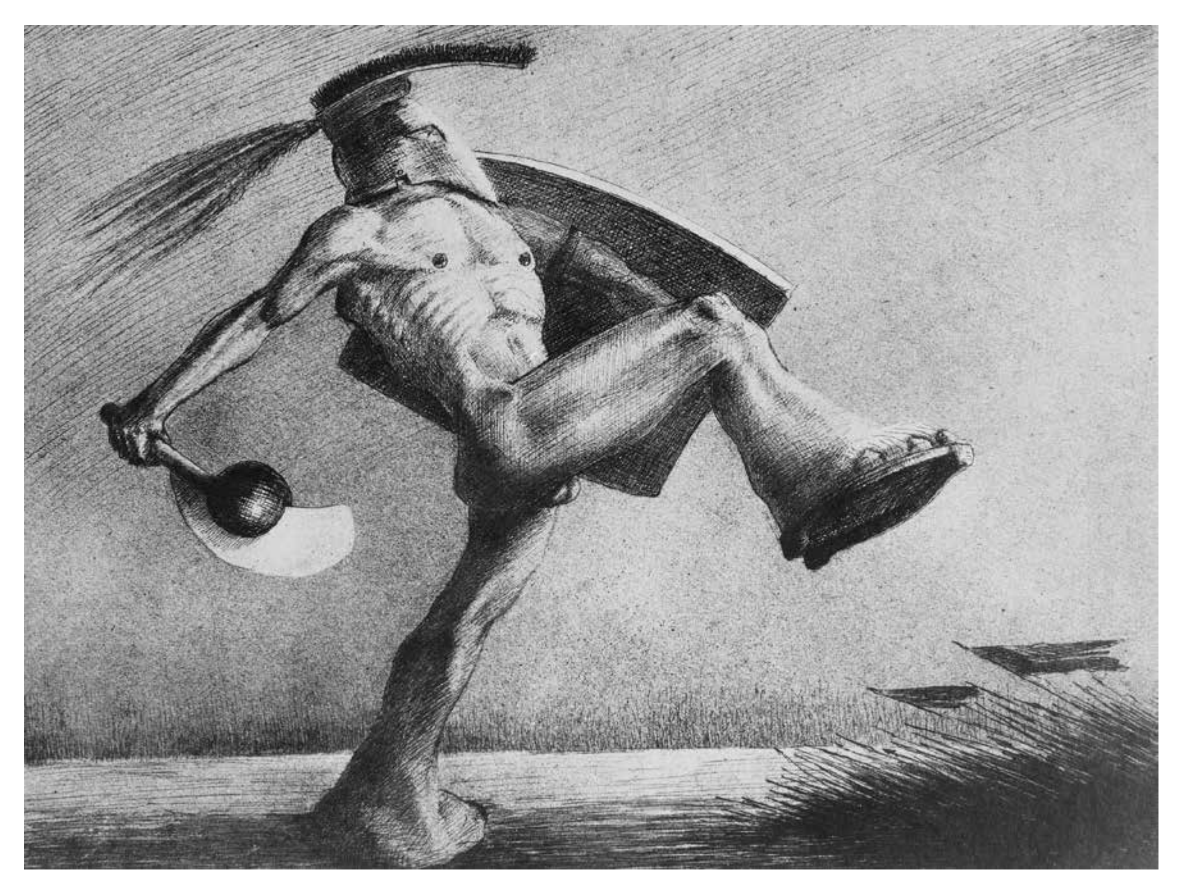
Sieferle ist kein neuer Clausewitz, der das Wesen und das Gesetz des Krieges bis auf den tiefsten Grund ausleuchten will. Dennoch bildet dessen immer noch grundlegende Theorie des Krieges den Hintergrund seiner Argumentation, auch wenn er die Anlehnung an den General nie wirklich explizit macht.

Vor allem die von Sieferle als »sehr allgemein« bezeichnete Definition von Krieg als der »kooperativen gewaltsamen Austragung von Konflikten zwischen politisch selbständigen Menschengruppen« läßt dies erkennen. Die Definition geht davon aus, daß sich die Menschen

in vielen unterschiedlichen, sich voneinander abgrenzenden Kooperationsverbänden organisieren, die eine mehr oder minder umfassende Daseins- und Überlebensvorsorge betreiben oder betreiben wollen. Dabei kann es sich um moderne Nationalstaaten handeln, aber auch politische Herrschaftsgebilde und Gemeinschaften aller Art: Häuptlings- und Stammesfürstentümer, Stadtstaaten und antike Imperien, Lehnsreiche sowie politische Zusammenschlüsse und Amalgamierungen aller Art, und letztlich auch um Gruppen, die erst zu einem selbständigen politischen Verband werden wollen.

Solange es aber mehrere unterschiedliche politische Verbände gibt, sind Konflikte zwi-

Willens zu zwingen«, dar. Sieferles »sehr allgemeine Theorie« des Krieges paßt diese simple, aber sehr präzise Definition nur an die moderne Terminologie an. Ähnliches geschieht mit der Schlußfolgerung des preußischen Generals, daß der Krieg »nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, eine Durchführung desselben mit anderen Mitteln« sei. Für beide stellt Krieg kein eigenständiges Phänomen, sondern nur eine von mehreren Formen der Konfliktaustragung zwischen selbständigen Gruppen, des »politischen Verkehrs«, dar, bei dem nur, wie es der General formulierte, die »Feder mit dem Degen« getauscht wird.



Alfred Kubin: »Der Krieg«, 1930

schen ihnen nicht auszuschließen. Krieg ist dabei keineswegs die einzige Art des Konfliktaustrags, wie Sieferle feststellt: »Dem Krieg liegen Konflikte zugrunde, mit denen auf unterschiedliche Weise umgegangen werden kann«. Wenn dieser Umgang aber die Anwendung von »tötungsbereiter Gewalt« einschließt, »kann von Krieg gesprochen werden«. »Der Krieg kombiniert somit die Kooperation nach innen, unter den Angehörigen der einen Kriegspartei, mit dem gewaltsamen Konflikt nach außen, gegenüber genau definierten Feinden, die bekämpft und getötet werden sollen, um ihnen den eigenen Willen aufzuzwingen«.

Auch gemäß Clausewitz' allgemeinem Begriff des Krieges stellt dieser einen »Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres

Der noch vom klassischen Staatsbegriff ausgehende Militär Clausewitz, der unter »Politik« das Aktionsfeld einer eindeutig definierten kleinen Staatsspitze verstand, widmete sich in seinem Werk vornehmlich der Eigenlogik des politischen Instruments Krieg, die diesen vorantreiben und von seinem politischen Zweck durchaus entfernen kann. Der Sozialwissenschaftler Sieferle setzt hingegen nicht bei der Politik von Entscheidungseliten, sondern bei den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen ihres Agierens an, anders ausgedrückt: bei der im historischen Prozeß jeweils entwickelten Form von »Zivilisation«. Das ist unter der »Strukturgeschichte des Krieges, bei der auch technische und politische Faktoren zur Sprache kommen«, zu verstehen. Daß Sieferle

auf Clausewitz kaum eingeht, dürfte – seine wenigen beiläufigen Erwähnungen des Generals lassen dies jedenfalls vermuten – damit zu tun haben, daß er ihn, allerdings nicht ganz korrekt, als Theoretiker des Krieges in der Zeit der klassischen Staatlichkeit versteht. Faktisch steht sein Verständnis von Krieg aber auf dem Boden von dessen theoretischen Grundannahmen.

Sieferle hebt als ein wichtiges Merkmal des Krieges »die Kooperation zwischen Individuen« hervor, »die eben nicht nur zu friedlichen Zwekken, sondern auch zur Gewaltanwendung bei der Jagd auf Tiere, aber auch beim Krieg gegen andere Menschen stattfinden kann.« Er muß sich deshalb die Frage stellen, »ob Krieg (oder generell ›Aggression‹) in der Natur des Menschen liegt, oder ob es sich hierbei um kulturelle ›Konstrukte‹ handelt, die nur unter bestimmten Bedingungen entstehen«.

Die Frage nach den Ursprüngen des Krieges lassen sich auf jene zwei kontroversen Positionen zurückführen, die die Philosophen Thomas Hobbes (1588–1679) (Krieg als Naturzustand) und Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) (der von Natur gute, durch gesellschaftliche Verhältnisse aber deformierte Mensch) vertraten. Sie prägten in wandelnder Form seit dem 18. Jahrhundert die Diskussion und präsentieren sich heute, wie Sieferle feststellt, als »paradigmatischer Gegensatz zwischen einer eher rousseauistischen Kulturanthropologie und einer hobbessianischen Soziobiologie«.

Sieferle beginnt mit den schon bei Schimpansen zu beobachtenden Formen rudimentärer Kriegführung. Daß der Krieg der Menschen »ein phylogenetisches Erbe der Primaten« sei, hält er indes für unwahrscheinlich. Plausibler sei es, ihn als Ergebnis einer in der menschlichen Evolution herausgebildeten »spezifischen Kooperationsstrategie der Spezies Homo Sapiens« zu sehen. Der Mensch ist aus evolutionsbiologischer Sicht nicht nur ein zur innerartlichen Aggression, sondern auch ein, verglichen mit anderen Primaten, vergleichsweise soziales, zur Kooperation mit seinesgleichen hochgradig befähigtes Lebewesen. Evolutionär erfolgreich kann eine auf teilweise selbstloser Kooperation Nicht-Verwandter beruhende Strategie indes nur sein, wenn Außenseiter und Trittbrettfahrer effektiv vom Genuß der kooperativ erlangten Ressourcen ausgeschlossen werden. Dieses »Ausschließen« von sich nicht an die Regeln haltenden sowie nicht durchfütterbaren Anderen muß, vor allem wenn es sich dabei um größere Gruppen von Individuen handelt, die ihrerseits aggressiv auf Teilhabe oder gar Beute drängen, wiederum kooperativ organisiert werden. Und sie muß unter Umständen aggressiv, gewaltsam erfolgen. Die evolutionär stark entwickelten kooperativen Fähigkeiten beim Menschen bedeuten also nicht, daß er auf umfassende Kooperation mit allen Mitgliedern seiner Art angelegt ist. Sie versetzen ihn vielmehr in die Lage, seine Aggressionsfähigkeit durch intensive Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern seiner Gruppe zur Abwehr oder zum Angriff auf andere Gruppen zu nutzen. »Menschliche Kriegsführung« hat sich gerade »als Element der sozialen Kooperation« evolutionär entwickelt und stellt nicht nur eine Erweiterung des Aggressionstriebes dar.

»Aggression und Kampfbereitschaft« sind für Sieferle somit evolutionär herausgebildete »Taktiken des Überlebens«, allerdings solche, zu denen es »auch Alternativtaktiken« geben kann wie Ausweichen, Flucht oder Unterwerfung. In den meisten historischen Fällen lasse sich deshalb ein situationsgebundener Mix von Tauben- und Falkentaktiken feststellen (Nebenher erklärt Sieferle so auch auf aparte Weise den Geschlechterunterschied in der Gewaltbereitschaft). Wir müssen also davon ausgehen, daß das Auftreten des Phänomens Krieg von den jeweiligen konkreten Situationen abhängt und historisch immer wieder Schwankungen in der Form und Häufigkeit unterworfen ist.

Sieferle schließt sich zwar jenen Forschern an, die das Potential zum aggressiven Verhalten im Menschen als tief verankert und leicht zu aktualisieren ansehen, nicht aber der beispielsweise von Martin van Creveld vertretenen These, daß es die Lust junger Männer auf gefahrvolle Bewährung sei, die unsere Spezies immer wieder zum Krieg treibt. Er verneint explizit die Möglichkeit eines Aggressionsstaus oder des Freudschen Todestriebes, der irgendwann zur kriegerischen Entladung treibe. Ein langer Friede ist demnach, jedenfalls auf der affektiven Seite der menschlichen Natur, nichts Unerträgliches.

Sieferles Erklärungsmodell beansprucht, sowohl den »Fallen des kulturellen Konstruktivismus (›alles erlernt‹)« wie auch des »biologischen Determinismus (›alles angeboren‹)« zu entgehen. Krieg kann nicht als bloß kulturell erlernte und genau so wieder abschaffbare »Erfindung« betrachtet werden, auch wenn er jeweils »kulturell« geprägte Dimensionen hat. Krieg stellt auf der anderen Seite auch kein unabwendbares Schicksal dar, zu dem seine Biologie den Menschen über kurz oder lang unweigerlich zwingt. Wenn man dies denn für nötig hält, könnte man Sieferles Position am besten als gemäßigten Hobbesianismus klassifizieren: Krieg ist eine menschliche Möglichkeit, mit der immer gerechnet werden und auf den man sich deshalb vorbereiten muß.

Sieferle entwickelt in seinem Buch plausible Hypothesen (wie er sie bescheiden nennt) zur Koevolution von Krieg und Zivilisation. Zum einen geht er davon aus, daß es bei kriegerischen Akten in der Regel um die Aneignung oder Verteidigung von Ressourcen geht, worunter nicht nur materielle Güter, sondern etwa auch Vermehrungschancen (Zugang zu Frauen) und Raumbeherrschung verstanden werden können. Daneben könne, wie er einräumt, das Streben nach Ruhm und sozialem Rang auf motivationeller Ebene einen gewissen selbständigen Wert erlangen, auch wenn dieses objektiv dem besseren Zugang zu Ressourcen dient.

Insbesondere auf der Zivilisationsstufe der Jäger und Sammler spiele das Ruhm-Motiv

eine gewisse Rolle, allerdings auch der Kampf um Jagdgründe als handfesteres Kriegsmotiv. Da indes die Besiedlungsdichte noch gering ist, Ausweichmöglichkeiten bestehen und niemand viele materielle Güter angehäuft hat, die als Beute lohnenswert erscheinen, bleibt es auf dieser Stufe bei meist wenig intensiven, allerdings auf Dauer unter Umständen doch recht verlustreichen kriegerischen Auseinandersetzungen.

Dies ändert sich mit der neolithischen Revolution, also dem Übergang zu Ackerbau und Viehzucht und der dadurch bedingten Vergrößerung sozialer Verbände. Der Erwerb und die Verteidigung von Ressourcen bilden seither eindeutig die Hauptziele des Krieges. In einfachen »tribalen Agrargesellschaften«, in der kleine, sozial noch weitgehend egalitär organisierte Dörfer die wichtigsten Kooperationsverbände bildeten, war Grund und Boden die wichtigste Ressource. Um sie wurde schonungslos gekämpft, gut 30 Prozent aller Männer kamen durch Krieg ums Leben. Unterlegene konnten dem Tod nur durch Flucht entgehen. (Die im Buche Josua beschriebene Inbesitznahme des Gelobten Landes, die unter dem von Gott gegebenen und meist exekutierten Motto »Rottet aus« stand, scheint insoweit eine angemessene Beschreibung der damaligen Kriegführung gewesen zu sein). Der »Krieg zwischen den Dörfern« ist nach Sieferles Überzeugung die »wohl verlustreichste Epoche der Menschheitsgeschichte gewesen, jedenfalls in Relation zur Bevölkerungszahl«.

Mit der Ausbildung der größeren »komplexen, staatlich organisierten Agrargesellschaften« in historischer Zeit änderte sich das Beuteschema und damit Funktion und Art der Kriegführung. Es handelt sich nunmehr um zwar ökonomisch immer noch von der Landwirtschaft stark abhängige, aber »stratifizierte«, also sozial geschichtete, von großen sozialen Rangunterschieden geprägte Verbände. Für die selbst nicht mehr auf dem Feld arbeitenden Oberschichten bildete die Kontrolle über Ackerland weiterhin ein lohnendes Ziel, nun kam aber die Kontrolle über dessen Bebauer hinzu, um diesen ein Surplus abnehmen zu können, von dem die Herren möglichst »herrlich« leben konnten. Die Kontrolle über Boden und Menschen zu behaupten oder zu erobern war nun das Ziel kriegerischer Aktivitäten. Die von einem sich sozial ausdifferenzierenden professionellen Kriegerstand geübte Kriegführung wurde tendenziell rationaler und weniger zerstörerisch, die potentiellen Arbeitskräfte unter den Feinden galten als wertvolle Beute, sei es als neue Untertanen oder als Sklaven, ihr Leben sollte möglichst geschont werden. Etwas unterbelichtet bleibt bei Sieferle, daß dies lange Zeit oft mehr Anspruch als Wirklichkeit war.

Erst durch die Herausbildung eines zentralisierten und bürokratischen Staatswesens im 18. Jahrhundert konnte die »Hegung« und insoweit »Humanisierung« des Krieges (klare Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten sowie von Krieg und Frieden, Herausbildung eines ausdifferenzierten Kriegsvölkerrechts) »breitenwirksam« werden. Einerseits erlaubte erst jetzt das Vorhandensein eines modernen Staatswesens eine feste Kontrolle und Disziplinierung der Truppe und die effektive Unterbindung von Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung. Andererseits hatte der monarchische Charakter dieser Staaten zur Folge, daß der Krieg weiterhin als Auseinandersetzung zwischen Königen aufgefaßt werden konnte, die dafür eingeschworene treue Diener und gegen Sold angeheuerte Hilfskräfte verwendeten, aber die Masse der Untertanen nicht (oder nur als Steuerzahler) in Anspruch nahmen.

Mit der Herausbildung der modernen Industrie ab dem 19. Jahrhundert wird Kriegführen zunehmend »ökonomisch dysfunktional«, zumindest zwischen entwickelten Industriestaaten. Die komplexen wirtschaftlichen Strukturen, auf denen ihr Funktionieren beruht, können nach der Überzeugung Sieferles nicht einfach in Besitz genommen, sondern nur zerstört werden, was dem Sieger in Relation zum eigenen Aufwand keinen nennenswerten Nutzen verschafft (Man mag dagegen einwenden, daß die Ausschaltung eines Konkurrenten durch seine Zerstörung als Industrieland immerhin ein wirksames Motiv sein kann. Allerdings bedeutet dies in der Regel auch seine Ausschaltung als kaufkräftiger Kunde). Der Verlust ihres ökonomischen Nutzens führte dazu, daß im 19. und 20. Jahrhundert Kriege zwischen Industriestaaten tatsächlich weniger häufig waren als in den Jahrhunderten davor zwischen Agrarstaaten.

Die Kriege zwischen industriell entwickelten Staaten, die dennoch geführt wurden, insbesondere die beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, waren dafür um so zerstörerischer und verlustreicher. Als eine wichtige Ursache benennt Sieferles die »Retribalisierung«. Die neuen modernen zentralisierten Staaten wurden seit dem Ende des 18. Jahrhunderts schrittweise demokratisiert. In der Konsequenz, bildete sich der Staat, wie Sieferle feststellt, »als pseudotribaler Staat aus, d.h. er okkupiert eine Reihe von Merkmalen, die sich sonst nur in Tribalgesellschaften finden.« Als Nationalstaat verstand er sich wie die frühen tribalen Gesellschaften als unverbrüchlicher Loyalitätsverband. Durch die allgemeine Wehrpflicht wurden wieder alle gesunden Männer zu seinen potentiellen Kriegern. Indem das »Volk« in die Stellung des Souveräns einrückte, wurde es auch zum Träger jenes »Willens«, dessen Brechung im Kriegsfall das zentrale Ziel der kriegführenden Parteien darstellte. Der »Krieg zwischen den Staaten« konnte wieder zum »Volkskrieg« werden, der »rasch totalen Charakter annimmt und in seiner Vernichtungswut wieder dem tribalen Krieg ähnelt«.

Sieferles Wahl der Begriffe »Retribalisierung« und »Pseudotribalisierung« für eine wichtige Tendenz in der Entwicklung von Krieg und staatlich verfaßter Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert ist nicht ganz glücklich. Die »pseudotribalen« Nationalstaaten waren weiterhin zentralisierte und bürokratische politi-

sche Einheiten. Diese Staaten organisierten ihre Kriege weiterhin als rationale und insoweit auch »gehegte« Veranstaltung. Doch konnten sie und ihre extrem vergrößerten Gewaltinstrumente nun von politischen Eliten zu »pseudotribalen« Zwecken bis hin zum Völkermord instrumentalisiert werden. Die auf ein hohes Niveau steigenden Verlustzahlen in den Weltkriegen verdankten sich allerdings weniger einer wieder besonders grausam gewordenen, weil »retribalisierten« Form der Kriegführung, sondern vor allem der umfassenden Indienstnahme der von einem gigantischen industriellen Apparat bereitgestellten Vernichtungsmittel, der Kriege zu einer jeweils langdauernden Serie von Abnutzungskämpfen werden ließ. Die Soldaten selbst verwandelten sich in der Regel nicht in blutgierige, skalpjagende Stammeskrieger. Das massenhafte

> Der Terrorist des 21. Jahrhunderts ist eine Figur der Globalisierung, Virtualisierung und Medialisierung.
>
> aus: *Krieg und Zivilisation*

Töten von Zivilisten erfolgte eher weniger im Zuge militärischer Operationen und dann meist in einer abstrakten Form beispielsweise durch Flächenbombardements. Die Morde wurden zum großen Teil von nicht in die militärischen Kämpfe eingebundenen gesonderten Formationen, und oft in anonymisierter, »industrialisierter« Form durchgeführt. Sieferles Warnung, daß der »pseudotribale« Nationalismus, der im Rahmen der Ausbildung der Nationalstaaten unweigerlich entstand, völkermörderische Energien entfesseln kann, ist daher zwar nicht unberechtigt, aber es war nicht die Kriegsgewalt, sondern die in ihrem Schatten operierende Gewalt der Schergen, die dieses Potential realisierte.

Die Möglichkeiten einer nuklearen Kriegführung mit »garantierter wechselseitiger Zerstörung« führten ab 1945 Kriege zwischen entsprechend gerüsteten Industriemächten endgültig ad absurdum. Solche Kriege konnten angesichts ihrer immensen Kosten kein rationales Mittel zur Eroberung fremder Ressourcen mehr sein. In den Industriestaaten des Westens verlor der bellizistisch konnotierte »Pseudotribalismus« massiv an Plausibilität. Stattdessen gewann eine »postheroische Mentalität« an Boden, die nach dem Ende des Kalten Krieges endgültig dominiert. Das Militär wurde nun wieder zu einem kleinen professionellen Segment der Bevölkerung, auch, wie man ergänzen muß, weil das komplexer werdende technische Instrumentarium der Kriegführung nur noch von gut ausgebildeten Fachleuten gehandhabt werden kann. Die Streitkräfte der Industriestaaten dienen nun faktisch nicht mehr dem Kampf gegen große, auf gleicher Augenhöhe stehende Gegner, sondern nur noch gegen minderwertige »Schurkenstaaten«, Guerillas und »Terroristen«. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen militärischen Formationen finden nur noch in der Form von »Neuen Kriegen« (Münkler) an der Peripherie statt.

Der technologisch-militärischen Dominanz der westlichen Armeen stellen ihre Gegner asymmetrische Kampfformen entgegen, vom Guerilla-Krieg bis zu Terroranschlägen, bei denen die Trennung von Zivil und Militär sowie von Krieg und Frieden zunehmend unterlaufen wird, und denen mit den herkömmlichen militärischen Mitteln nur schwer beizukommen ist. Was Sieferle indes noch mehr umtreibt, ist die Entstehung einer völlig neuen Methode der Kriegführung, mit der eine massive Einwirkung auf den »Willen« eines Feindes möglich wird, ohne daß herkömmliche Waffen und Vernichtungsmittel zum Einsatz kommen müssen: der Cyberkrieg. Die umfassende Vernetzung per Internet im 21. Jahrhundert läßt es zu, daß von jedem Punkt auf der Erde aus in die Steuerung bestehender technischer Systeme an jedem andern Punkt eingegriffen werden kann. »Damit stehen aber letztlich die gesamte Infrastruktur, die gesamte Industrie sowie der größte Teil der zivilen Haushalte dem zerstörerischen Zugriff von außen offen«, sofern es den »Störern« gelingt, die entsprechenden »Schutzwälle« zu überwinden. Diese »Störer« selbst sind hingegen meist kaum identifizierbar und noch schwerer angreifbar. Mit dem in gewissem Umfang schon längst im Gang befindlichen Cyberkrieg sieht Sieferle eine »neue Phase des totalen Kriegs [aufziehen], weniger, was die zu mobilisierende Bevölkerung betrifft, sondern eher, was die Objekte des Angriffs angeht.« Eine Epoche der Zivilisation entsteht, in der Krieg und Frieden praktisch nicht mehr unterscheidbar sind.

Sieferle hegt starke Zweifel, ob die postheroisch gesinnten Mitglieder der westlichen Gesellschaft den neuen Formen der Kriegführung gewachsen sind. In asymmetrischen Kriegen und gegenüber eingewandertem Terrorismus auf jede Hegung der eigenen Kriegführung und alle rechtsstaatlichen Maßstäbe zu verzichten, um beispielsweise zur Abschreckung massiv Vergeltung an Zivilisten zu üben, sei undenkbar geworden. Da zudem die heutigen Gesellschaften in naivem Vertrauen auf die Unfehlbarkeit der Computer-Systeme »physisch auf einem Dementi des Ausnahmezustandes« (im Sinne einer Vorhaltung von Reserven und »Ersatzsystemen« beim Ausfallen der zentralen Großsysteme wie Elektrizität oder Wasserversorgung) beruhen, können durchschlagende Cyberangriffe auf die zivile Infrastruktur »im Ernstfall rasch zum Zusammenbruch« führen. Die »kalte« Logik Sieferles mag erschrecken, entzieht sich jedoch jeder Widerlegbarkeit. ■

Der vergessene Weltkrieg

von Erik Lehnert

Wenn der geschichtspolitische Blick in diesem Jahr nach Westen, nach Versailles, gerichtet ist, so setzt sich damit etwas fort, was die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg schon seit langem dominiert. Das Kriegsgeschehen im Osten steht völlig im Schatten der Ereignisse am westlichen Kriegsschauplatz. Die Ursachen dafür liegen auf den ersten Blick auf der Hand: Die verlustreichen Materialschlachten, die zum Symbol des Ersten Weltkriegs wurden, fanden an der Westfront statt, der Waffenstillstand wurde im Westen unterzeichnet, und der Westen dominierte das Versailler Diktat. Demgegenüber trat die Tatsache, daß Deutschland zum Zeitpunkt des Waffenstillstands riesige Gebiete im Osten beherrschte und dort anschließend die größten Gebietsverluste erlitt, völlig in den Hintergrund. Dieses schiefe Bild ist vor allem eine Folge des Zweiten Weltkrieges und der Vergangenheitsbewältigung. Die Westbindung der Bundesrepublik führte zu einer rituellen Überhöhung des deutsch-französischen Verhältnisses – und die Geschichts- und Erinnerungspolitik sorgte dafür, daß dieser Abschnitt der Geschichte nur noch aus dem Blickwinkel des spätgeborenen Moralisten betrachtet wurde.

Das Verdienst, den östlichen Kriegsschauplatz in Deutschland wieder in Erinnerung gerufen zu haben, gebührt Jörg Friedrichs *14/18. Der Weg nach Versailles* (2014). Was Friedrich damals im Rahmen einer Großerzählung des Weltkrieges zum Thema machte, steht ausdrücklich im Mittelpunkt einer umfangreichen Neuerscheinung, die sich unter dem Titel *Der vergessene Weltkrieg* dem Geschehen in Osteuropa zuwendet und dabei weit über die engeren zeitlichen Grenzen des Krieges hinausgeht. Der behandelte Zeitraum reicht von 1912, den Balkankriegen, bis 1923, dem Vertrag von Lausanne, in dem die letzten Nachkriegsregelungen für den Balkan getroffen wurden. Die Autoren sind zwei polnische Historiker, von denen der ältere, Wlodzimierz Borodziej (* 1956), an der Universität Warschau lehrt und sich vor einigen Jahren gegen Vorwürfe zu wehren hatte, daß seine Karriere vor 1990 vom polnischen Geheimdienst befördert worden sei. Daß diese Angriffe von rechts kamen, erklärt vielleicht auch, daß Borodziej eine für polnische Verhältnisse liberale Position einnimmt und sich mit polnischem Chauvinismus wohltuend zurückhält. Der zweite Autor, der 1976 geborene Maciej Górny, lehrt als außerordentlicher Professor am Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften Warschau.

Den Hintergrund für das Buch bildete die in den osteuropäischen Staaten vorhandene Ignoranz gegenüber dem Ersten Weltkrieg, der im kollektiven Gedächtnis der Nationen kaum eine Rolle spielt und eher als eine Vorgeschichte zur eigenen Nationalstaatswerdung begriffen wird. Deshalb haben die Autoren den Zeitraum in zwei Abschnitte eingeteilt. Im ersten Teil, der von 1912 bis 1916 reicht, bestimmen die Imperien das Geschehen. Das sind für Europas Osten das Deutsche Reich, das Russische Reich und die Doppelmonarchie. Das Osmanische Reich kommt nur am Rande vor, vor allem, wenn es um die Vorgeschichte des Weltkriegs auf dem Balkan geht. Von den drei Reichen konnte nur das deutsche eine überwiegend homogene Bevölkerung aufweisen, während die anderen beiden Vielvölkerstaaten waren, die von Russen und Deutsch-Österreichern dominiert wurden. Aus der Erbmasse dieser beiden Staaten entwickelten sich zwischen 1917 und 1923 zahlreiche Nationalstaaten, die es vorher entweder nie oder nur in ferner Vergangenheit einmal gegeben hatte. Einige von ihnen überlebten kaum das Kriegsende (Ukraine), andere verloren ihre Unabhängigkeit im Zuge des Zweiten Weltkriegs wieder (die baltischen Staaten) und wiederum andere konnten ihre staatliche Selbständigkeit wenigstens in verschiedenen Bündnissystemen wahren (Ungarn). Für alle gilt, daß ihre Völker in den Armeen der drei Reiche Dienst taten, was für das Entstehen einer eigenen Identität nicht unproblematisch war und deshalb ausgeklammert wurde. Die Verheerungen des Zweiten Weltkriegs und die Ideologisierung der Geschichtsschreibung nach 1945 taten ein Übriges, um den Ersten Weltkrieg in Vergessenheit geraten zu lassen.

Da die Autoren mit ihrem Buch keinen rein wissenschaftlichen Zweck verfolgen, sondern vor allem für eine geschichtspolitische Verankerung der Erinnerung an den Weltkrieg sorgen wollen, steht die Erlebnisperspektive im Vordergrund. Diese durchbrechen die Autoren im



Grunde nur in den jeweiligen Einleitungen, wo sie völlig ungeprüft die übliche Litanei über den kriegslüsternen deutschen Kaiser, dem es in »28 Jahren seiner Herrschaft gelungen« war, »alles zu ruinieren, was er nur anfaßte«, wiederholen. Glücklicherweise bilden diese Ausflüge in die Großdeutung eine Ausnahme (neben die noch die übersetzerische Wunderlichkeit tritt, daß das kaiserliche Deutsche Heer oft als Wehrmacht bezeichnet wird). Die meisten der zahlreichen Zitate sind Zeugnisse von Zeitgenossen, die entweder Erlebtes schildern oder rückblickend eine Einschätzung abgeben. Der Vorteil dieser Herangehensweise besteht in der prallen Wirklichkeit, die dem Leser die damalige Situation unmittelbar vor Augen stellt. Der Nachteil besteht darin, daß die Bewertung dieser Quellen oftmals sehr vage bleibt, auch wenn sich die Autoren durchaus an einer Quellenkritik versuchen. Hier ist vor allem der seltene Bezug auf Archivmaterial problematisch, da sich auf diesem Wege vermutlich manche Unsicherheit aufklären ließe. Um des Materials Herr zu werden und die Unzahl von verschiedenen Stimmen zwischen zwei Buchdeckel zu bekommen, machen die Autoren innerhalb der Chronologie thematische Längsschnitte (unterbrochen von interessanten Exkursen). Dabei bündelt der jeweilige Band Themen, die dann an möglichst vielen Schauplätzen untersucht werden. So werden z. B. unter dem Stichwort »Die Besatzung« die erste Situation nach der Besatzung, die neu errichteten Ordnungen und die ideologischen Konzepte dahinter an verschiedenen Beispielen erläutert.

Der zweite Band, der mit der Februarrevolution in Rußland beginnt, erzählt von dort ausgehend den völligen Umsturz der bis dahin gewohnten Strukturen. Hier kommen die Dinge in Fahrt, die schließlich zu den zahlreichen neuen Nationalstaatswerdungen führen. Den Beginn macht die sich radikalisierende Ethnisierung der Armeen der beiden multinationalen Großreiche. Die Tatsache, daß Polen und Ukrainer auf beiden Seiten kämpften, wird durch die Selbstbewußtwerdung der eigenen Nationalität zu einem Problem, das den klassischen Krieg unmöglich macht. In der Folge entwickelt sich ein unübersichtliches Nebeneinander von Kriegsparteien, die alle möglichst ihren eigenen Staat haben wollen, die wildesten territorialen Forderungen stellen und die Zivilbevölkerung erbarmungslos dezimieren. Daß es schließlich zum Entstehen der Nationalstaaten kommt, hat aber letztlich weniger mit dem Verhalten der einzelnen Völker und ihrer Repräsentanten zu tun, sondern vor allem damit, daß man die Kriegsverlierer Deutschland und Österreich bestrafen wollte. Man profitierte von einem Zufall, der schnell als Wunder oder Resultat des eigenen Kampfes gedeutet wurde.



Wlodzimierz Borodziej, Maciej Górny: Der vergessene Weltkrieg: Europas Osten 1912–1923, *2 Bde. Darmstadt 2019. 960 S., 79,95 €*

Erhältlich bei antaios.de

Eine Problematik, die im Buch immer wieder vorkommt, sind die Konflikte zwischen den Nationalitäten und die Behandlung von Minderheiten im eigenen Machtbereich. Durch Grenzziehungen zwischen den neuen Staaten war in vielen Gebieten aufgrund der Vermischung von verschiedenen Völkerschaften nicht viel zu erreichen. Vor dem später praktizierten Umsiedeln ganzer Völker schreckte man damals noch zurück, mit der Konsequenz, daß diese Konflikte weiter schwelten, um sich schließlich ein zweites Mal zu entladen. Auch wenn es die Autoren nicht ausdrücklich erwähnen, so ist mit ihrer Dokumentation doch impliziert, daß ein homogener Staat die Sicherheit seiner Bürger deutlich leichter garantieren kann als ein multiethnischer, der unter demokratischen Bedingungen nirgends lange funktioniert hat. Auch diese Einsicht dürfte erklären, warum der Blick hierzulande lieber nach Westen geht. ■

Alles ist die Sekte

Yuri Slezkine: *Das Haus der Regierung. Eine Saga der Russischen Revolution,* München: Carl Hanser Verlag 2018. 1344 S., 49 €

Der US-amerikanische Historiker Yuri Slezkine (* 1956) ist kein Vielschreiber. 14 Jahre nach *The Jewish Century* (2004) liegt erst jetzt sein nächstes Buch vor: *Das Haus der Regierung* will *Eine Saga der Russischen Revolution* erzählen. Das Göttliche, das in der »Saga« anklingt, durchzieht das monumentale Werk; nur sind die »Götter« keine skandinavischen Kriegerheroen oder Naturerscheinungen, sondern Vertreter einer speziell 1936 bis 1938 wahnhaft operierenden Parteiformation.

Doch was ist dieser epochale Wälzer neben einer Saga? Handelt es sich beim Haus der Regierung um ein Glanzstück über die Tücken einer Revolution, die ihre Kinder nicht entließ, sondern verhöhnte, fraß, ausspie? Enthält Slezkines reich bebildertes Werk dokumentarische Berichte über ein mächtiges Bauprojekt im zentralen Moskauer Sumpfgebiet, in dem lebte, wer in der Sowjetunion Rang und Namen hatte? Oder legt Slezkine eine dichte Darstellung über menschliche Abgründe und ihren quasireligiösen Erklärungsrahmen vor? Das Haus der Regierung ist all dies und vieles mehr: Vor allem ist es eine materialreiche, aufwühlende und literarisch wertvolle Erzählung über Hunderte Menschen, die in den über 500 Wohnungen des Elitenbaus lebten, arbeiteten und schließlich – in Zeiten des orchestrierten Terrors durch das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD) – in relevanter Anzahl litten.

Slezkine setzt historisches und ideologisches Wissen voraus, aber schreibt kein Buch für »Gelehrte«. Er führt die Leser durch die Entstehungsgeschichte der bolschewistischen Gemeinden, schildert deren erste Organisationsversuche als »freie Kameradschaften« für Agitprop, erschließt die Bedeutung des Exils, der Gefangenschaft sowie der Verbannung für die Ideologie- und Charakterbildung parteikommunistischen Personals, erwähnt die Wechselwirkungen »weißer« und »roter« Mordlust und veranschaulicht die Lebensrealität der Kader und ihrer Familien in den 1920er Jahren: nach Lenins Tod, vor Stalins Herrschaft. Man zieht 1931 mit den ersten Familien der Sowjetelite in das Haus an der Moskwa, lernt seinen Grundriß und die Abläufe zu verstehen und sieht eine bis dato beispiellose Gated Community zum Leben erwachen.

Der rote Faden bei Slezkine ist die millenaristische Dimension seines Untersuchungsgegenstandes: Er zeichnet das Wesen der Bolschewiki als sektengleich; sie warteten auf das Eintreten des Paradieses auf Erden, des Kommunismus, während sie mit allen Konsequenzen darauf hinwirkten, es selbst herbeizuführen. In das alleinseligmachende Zentrum der tiefroten Kirche kamen verdiente Kader. Doch regelmäßige Parteisäuberungen sorgten für Fluktuation in den Reihen der Bewohner: Wer aus der Partei flog, verlor das Wohnrecht. Die Säuberungen erreichten zwischen Juli 1936 (nach der Resolution »Über antisowjetische Elemente«) bis November 1938 (als die Massenoperationen ohne Erklärung stoppten und die Todesschwadronen selbst liquidiert wurden) eine unvorstellbare Dimension: Der Terror war entfesselt, er traf primär die »eigene« Riege. Jeder Alt-Bolschewik wurde unter Verdacht gestellt, opponiert und wider Stalin gesündigt zu haben; der Nächste wurde der Fernste, den es wie Geschmeiß zu vernichten galt. Nikolai Bucharins Exempel wird plastisch dargelegt: Am Ende stand die Akzeptanz der eigenen »Schuld« und der Todesstrafe. Slezkines Skizzen der massenhaft erfolgten (und freilich wirkungslosen) vollständigen Unterwerfung angesichts der Allmacht des NKWD lesen sich wie eine psychopathologische Horrorgeschichte.

Die Ausrottung der »Verräter« ist dabei eine Kontinuität von Erlösungssekten. Der unbändige Haß richtet sich vor allem gegen »Apostaten«, also tatsächliche oder angenommene Abweichler. Innere Feinde sind schlimmer als äußere Widersacher: Sie haben die Wahrheit gesehen und sich von ihr entfernt; sie verdienen nur den Tod.

Das Haus der Regierung ist nicht zuletzt aufgrund möglicher zeitloser Ableitungen eminent lesenswert. Daran können auch zwei Kritikpunkte nichts ändern: Erstens hätte Slezkine auf seine Finalthese verzichten können, der Bolschewismus wäre – gemessen am kontingenten eigenen Erfolg – nicht totalitär genug gewesen. Er erklärt diese Haltung, aber sie bleibt aufmerksamkeitsheischend. Zweitens wird Slezkines stilistische Brillanz nicht immer von analytischer Klarheit begleitet. Sein roter Faden – die Sektenlesart – wird auch dort durchgesetzt, wo andere (außenpolitische, historisch bedingte, politiktheoretische usf.) Faktoren stärker zu gewichten wären. Gleichwohl: ein großer Wurf, der lange nachwirkt.

BENEDIKT KAISER ■

Total ist ein dehnbarer Begriff

Lothar Fritze: *Die Moral der Nationalsozialisten,* Reinbek: Lau 2019. 550 S., 38 €.

Braucht es einen Wälzer, um die Moral der Nationalsozialisten zu analysieren? Ist das durchzuhalten als Leser, wenn man nicht speziell an analytischer Philosophie interessiert ist?

Der Dresdener Professor für Politikwissenschaft und Philosoph Lothar Fritze, der an der TU lehrt und am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung arbeitet, hat sich in mehreren Schriften bereits dieses Themas angenommen. Warum nun diese Abhandlung?

Hannah Arendt hatte gemutmaßt, Hitler sei ein »Mörder mit mörderischen Instinkten« gewesen. Joachim Fest nannte den NS eine »rechenschaftslose Barbarei«, Ruth Klüger sprach von der »völligen Sinnlosigkeit dieser Morde und Verschleppungen«. Das heutige historische Narrativ über die Verbrechen der Nationalsozialisten geht von ebensolchen Grundannahmen aus: Sie hätten entweder keine Moral oder eine »andere Moral« als wir gehabt, ihr Handeln sei demzufolge zumindest nicht rational nachvollziehbar, wenn nicht absurd oder böse gewesen.

Fritze tritt mit dem Werkzeugkoffer des analytischen Philosophen an diesen gefährlichen Forschungsgegenstand heran. Seine Kernthese: daß die Nationalsozialisten, folgt man Dokumenten ihrer führenden Vertreter, moralische Grundnormen (z. B. das Tötungsverbot, das Verbot zu lügen etc.) akzeptiert haben. Aus der bewußt vollzogenen Verletzung einer Grundnorm folgt nämlich nicht, daß man diese nicht akzeptiert. Auch ein in Kampfeinsätze verwickelter Soldat würde sich gegen den Vorwurf verwehren, er lehne das moralische Tötungsverbot ab. In diesem Sinne hatten die Nationalsozialisten weder eine »andere Moral« noch überhaupt keine. Auch die Tötung von Juden mußte gerechtfertigt werden.

Indem der Autor vom Konzept des »Täters mit gutem Gewissen« ausgeht, kann er unterscheiden zwischen den moralischen Überzeugungen des Beobachters (unseren eigenen oder denen der oben zitierten Historiker) und denen der NS-Akteure, ohne die Überzeugungen des Beobachters mit definitorischer Macht auszustatten, so daß gilt: »Aus nationalsozialistischer Binnenperspektive wurden gerade keine Verbrechen begangen.«

Der wesentliche Unterschied, den Fritze herausarbeitet und wofür er wegen seiner sorgfältigen Argumentation einen solchen Umfang an Seiten benötigt, liegt in der Begründung des Handelns der NS-Täter durch deren außermoralische Annahmen. Die Selbsterhaltung des eigenen Volkes unter Knappheitsbedingungen ist eine außermoralische Annahme.

Der Autor vertritt die These, daß die Nationalsozialisten dieselben Grundnormen wie wir, jedoch andere Reichweitenregelungen vertreten haben. So stellt er fest: »Die führenden Nationalsozialisten waren gerade nicht der Meinung, dass sich Juden außerhalb des Geltungsbereichs der moralischen Grundnormen befinden.« Daher hatten sie Rechtfertigungsgründe nötig, um ihr Handeln zu verantworten. Diese muß man einzeln erläutern, um nicht Gefahr zu laufen, daß das ganze Projekt einer Analyse der NS-Moral seinerseits als Rechtfertigung dieser Moral verstanden werden könnte. Fritzes lupenreiner Trennschärfe der Begriffe und Ebenen ist es zu verdanken, daß man auf keiner Seite auch nur Nähe zu dieser Gefahr bemerken kann. In einer Fußnote liefert er ein Beispiel für diese Klarheit: »Eine Behauptung wird nicht dadurch falsch, dass sie von Nationalsozialisten und dazu noch in einer bestimmten (propagandistischen) Absicht vertreten wurde. (…) Auch Propaganda – und eben auch ›Nazipropaganda‹ – kann, was ihren Aussageinhalt anlangt, den Tatsachen entsprechen.« Es ist in *moral*philosophischer Hinsicht gleichgültig, ob der Überlebenskampf des »Volkes ohne Raum« nötig oder ob der Bolschewismus reale Bedrohungen waren.

Der Schluß seines Folianten führt in die Fragestellung ein, wie denn auf eine spezifisch innermoralische Art und Weise nationalsozialistische Überzeugungstäter beurteilt werden können. Sie haben kognitive Pflichten verletzt, es also an zutreffender Urteilsbildung, Verantwortungsübernahme und Reichweiteneinschätzung fehlen lassen: »Moralische Schuld entsteht dann, wenn auf einer defizitären kognitiven Basis gehandelt wird, obwohl deren Mangelhaftigkeit erkennbar war und pflichtgemäß hätte erkannt werden müssen«. Da unsere Intuition als Nichtnationalsozialisten dies für unzureichend hält – der gewichtigste Vorwurf liegt in der mangelnden Empathie der Protagonisten ihren Opfern gegenüber – muß Lothar Fritze hier ein großes metaphysisches Faß aufmachen. War der NS Ausdruck von zu viel oder von zu wenig aufklärerischer Rationalität? Der Autor konstatiert, daß Täter mit gutem Gewissen glaubten, daß es geboten war, moralische Grundnormen zu verletzen. Das klingt kopflastig. Sie moralanthropologisch als rationale Handlungsplaner, in deren Denken man sich hineinversetzen kann, zu betrachten, ermöglicht indes, aus den Verbrechen des NS zu lernen. Kategorisiert man die Täter hingegen als Irre, Böse oder Sadisten, exkulpiert man sie. Wir Heutigen, die wir glauben, für das Gute einzutreten, gleichen Hitler und Himmler in dieser Hinsicht. Fritzes *coolness,* er selbst spricht von »methodischem Pragmatismus«, kann wirklich nur einem analytischen Philosophen zu Gesicht stehen. Von ihm können wir sie in eigene Überlegungen zu diesem argumentativen Minenfeld übernehmen.

CAROLINE SOMMERFELD ■

Der Hirte als Clown

Philipp F. Lawler: ***Der verlorene Hirte,*** **Bad Schmiedeberg: Renovamen 2018. 293 S., 19 €.**

Massive Papst-Kritik aus der Feder eines glühenden Papst-Verehrers: Auch dieser scheinbare Widerspruch verwirklicht sich in dem gegenwärtigen Pontifikat, ohne dabei eine größere Überraschung auszulösen. Zu stark wirken die Irritationen nach, die Henry Sire alias Marcantonio Colonna mit dem Buch *Der Diktatorpapst* ausgelöst hat. Seine oftmals verkürzten Darstellungen haben das verminte Gelände der Auseinandersetzung um Jorge Bergolio vorerst in ein Sperrgebiet verwandelt. Um so mehr erstaunt es, daß die Rolle des Räumpanzers nun ein Repräsentant des neokonservativen Establishments aus dem Umfeld von Heritage Foundation und George Bush übernommen hat. Es ist der US-Journalist Philipp F. Lawler. Er leitet den katholischen Nachrichtendienst Catholic World News und war Autor für *Washington Post* und *Wall Street Journal.*

Auch wenn sich sein Ton im Zuge der Mißbrauchskrise deutlich verschärft hat, ist Lawler vom Renegatentum meilenweit entfernt. Zu groß ist seine Bewunderung für Johannes Paul II. und Benedikt XVI., um auch nur einen Millimeter Kritik an der Idolisierung des Papstamtes zuzulassen. Und gerade dies macht sein Buch *Der verlorene Hirte* so lesenswert. Es ist weder ermüdende Hierarchie-Kritik von links noch ein vorhersehbarer Angriff von traditionalistischer Seite, sondern eine nüchterne Analyse der Dokumente und Diskussionsverläufe des gegenwärtigen Pontifikats. Daraus zieht das Buch seine argumentative Wucht und Bilanz: »Papst Franziskus (…) destabilisiert die Weltkirche«. Die Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil sind für Lawler durch das Ringen zwischen den liberalen Reformern und konservativen Restauratoren um die Interpretation der Konzilsdokumente gekennzeichnet. Während der Pontifikate von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. sei dieses eindeutig zugunsten der Restauratoren ausgefallen. Das Bild des Ringens beschreibt für Lawler gleichzeitig die Art des damals geübten Umgangs mit den Kritikern. Sie seien nicht abserviert worden, sondern blieben stets Teil der geführten Debatten und erhielten Aufgaben in der Kurie. Dieser Teil habe unter Anführung von Kardinal Kasper beim vergangenen Konklave nun obsiegt. Lawler legt kenntnisreich an vielen Beispielen dar, wie ab diesem Zeitpunkt die Agenda der Liberalen innerhalb der Kurie nach immer demselben Muster durchgesetzt wurde. Papst Franziskus eröffne durch unklare Äußerungen eine Debatte, deren Weiterführung und Ausgang er seinen Kardinälen und deren PR-Agenten überlasse, obgleich es seine Pflicht wäre, für Klarheit zu sorgen. Hier wird Franziskus für ihn zum »Verlorenen Hirten«. Nicht, weil er die Gültigkeit des Pontifikats in Frage stellt, sondern weil, mit Hannah Arendt gesprochen, derjenige verloren sei, der nicht richtet, obwohl er dazu verpflichtet ist. Gleichzeitig präsentiert Lawler wiederkehrende Argumentationsmuster, mit denen die Reformkardinäle unter anderem durch Berufung auf die päpstliche Autorität ihre eigene Politik machen – und genau dort setzt er den Hebel an. Theologische Indifferenz könne keine päpstliche Autorität beanspruchen und der Widerspruch zu den Gesetzen der Logik und geltendem Recht ohnehin nicht. Je mehr Franziskus die Richtungsentscheidungen seiner Vorgänger umkehre, um so stärker unterminiere er damit die behauptete Unumkehrbarkeit seiner eigenen Weisungen. Für die Dauer dieses Pontifikats empfiehlt Lawler neben dem Gebet, sich am emeritierten Papst zu orientieren und von den Bischöfen die Klarheit einzufordern, der es Papst Franziskus mangelt. Angesichts seiner hervorragenden Analyse möchte man den Autor für diese Schlußfolgerung einmal kräftig durchschütteln und ihm mit Blick auf die Kirchenväter, Kirchenlehrer und die kirchliche Lehre selbst zurufen: »Es ist die Tradition, die Klarheit schafft!« Dies ignoriert Lawler. Seine hervorragende Analyse schmälert dies nicht. *Der verlorene Hirte* ist ein Schlüsselwerk für das gegenwärtige Pontifikat.

ALEXANDER SCHMIDT ■

Seßhaftigkeit war die Norm

Hannes Hofbauer: ***Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert,*** **Wien: Promedia 2018. 272 S., 19.90 €**

»Kritik« im Titel meint nicht das Kritisieren dieses Vorganges – oder doch nur als zweiten Schritt –, sondern, ganz marxistisch, seine historischen Gründe unter besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Zusammenhänge aufzuklären und sie vom ideologischen Beiwerk – der die Migration als Kampfbegriff ummantelt – zu befreien. Die Methode hat Schwächen und Stärken.



Hofbauer gelingt es in groben Zügen – es mangelt ein wenig an belastbarem empirischem Material –, die im Migrationsprozeß versteckte und vermutete innere Kapitallogik aufzudecken und die Diskussion um einen oft nur stiefmütterlich behandelten Zusammenhang zu bereichern, aber andererseits blendet er andere Erklärungsmodelle weitgehend aus. Die in bestimmten Milieus als

Heiliger Gral behandelte Theorie des »youth bulge«, des Jungmännerüberschusses und der schier demographischen Explosion von Gunnar Heinsohn etwa, wird noch nicht mal im Literaturverzeichnis erwähnt. Auch die Rolle der Medien, der Werthomogenisierung in hegemonialen Verhältnissen, der technischen Mobilität oder der globalen Infrastruktur wird nur peripher und funktional thematisiert.

Gleich zu Beginn räumt Hofbauer als Prämisse mit einer instrumentalisierten Fehlwahrnehmung auf. Auch wenn es Migration immer gab, ist Seßhaftigkeit doch die Norm, und zwar in überwältigendem Maße. Sie läßt sich auf einige Grundursachen zurückführen: Zerstörung der Subsistenz, Krieg, Umweltveränderungen, religiöse und politische Konflikte sowie soziale Verwerfungen. Sie wird nicht selten im Interesse des Kapitals initiiert.

Das läßt sich an der westlichen Migrationsgeschichte immer wieder nachvollziehen – bezeichnenderweise vergißt der Autor, die stalinistischen Umvolkungen auch nur zu erwähnen. Zudem scheint ein Kategorienfehler vorzuliegen, wenn Gastarbeiterwellen, die Migration im Zuge der Jugoslawienkriege oder der Wiedervereinigung mit der heutigen Lage verglichen werden.

Was immerhin allen gemeinsam bleibt, ist die Existenz von Push- und Pullfaktoren. Beide werden im Dienste der Kapitallogik hergestellt und auch ideologisch-medial abgefedert. Subtil werden im Zielland Begriffe verändert (Fremdarbeiter-Gastarbeiter-Integration), weniger subtil im Herkunftsland soziale Strukturen und mehr oder weniger funktionierende Ökonomien zerstört. Kritik wird als »Fremdenfeindlichkeit« zum Schweigen gebracht. Demokratische Legitimationen hatte es in keinem Fall gegeben.

Besondere Aufmerksamkeit im historischen Rückblick verdient natürlich »die große Wanderung der Muslime«. Auch hier sieht Hofbauer ein »ökonomisches Kalkül«, das mit den dürren Zweigen humanitärer Motivation bedeckt werden konnte. Einerseits wurden Schlüsselländer wie der Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien destabilisiert, innere Unruhen wurden »von außen dynamisiert«, andererseits ein soziales Netz vorbereitet und dessen Existenz medial – neue und alte Medien – in die Welt gesendet.

Jedoch: »Hinter der vordergründigen Menschlichkeit kam bald der deutsche Imperialismus zum Vorschein.« Solche Sätze machen die inneren Antagonismen des Buches deutlich. Ein klares, der reinen Vernunft geschuldetes Problembewußtsein wird mit einer kräftigen, wenn auch antiquierten Terminologie behandelt. Spannenderweise führt das mitunter gerade zur Dekonstruktion der linken Begrifflichkeit aus sich selbst heraus. Im letzten Drittel geschieht das dann auf abstrakter Ebene.

Migration ist ein Zeichen dramatischer sozialer Unterschiede. Diese sind dem kapitalistischen Wirtschaftssystem inhärent und werden z. T. auch bewußt verstärkt. In den Zielländern geht es darum, eine Reservearmee zu unterhalten, die entscheidend für die Lohnregulierung ist. Zudem benötige der globale Kapitalismus mobile Arbeitskräfte. Es gibt »vier kapitalistische Freiheiten – ungehinderter Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften«.

Dem kurzfristigen Gewinn stehen freilich langfristige Verluste sowohl in deren Herkunftsals auch den Zielländern gegenüber, sie ist eine Entwicklungs- und Fortschrittsbremse. Hier ist sie innovationsfeindlich und zerstört das soziale Gleichgewicht, dort bluten Länder aus und werden an eigenständigen Entwicklungen gehindert.

Hofbauers Arbeit stellt ein Unikum dar. Weiß man vom blinden Fleck der Methodologie und der Sprache und sieht man von seiner zu engen Fokussierung ab, so hat man hier ein maßgebliches, per se zur Querfront einladendes Werk, das einen erfrischend anderen Blick auf das Phänomen der modernen Massenmigration wirft.

JÖRG SEIDEL ■

Drohnenkriege und Stuhlkreise

Patrice C. McMahon: ***Das NGO-Spiel. Zur ambivalenten Rolle von Hilfsorganisationen in Postkonfliktländern,*** **Hamburg: Hamburger Edition 2019. 312 S., 35 €**



Würde man in Deutschland demoskopisch ermitteln, wie hoch die Zustimmung für Maßnahmen der Friedenskonsolidierung ist, wäre das Ergebnis vermutlich überwältigend. Denn in einer postheroischen Gesellschaft genießen jene hohes Ansehen, die sich scheinbar selbstlos dafür einsetzen, benachteiligten Menschen zu helfen, und nicht mehr jene, die in einem Krieg ihr Leben – vielleicht sogar noch aus patriotischen Motiven – riskieren.

Dieses Stimmungsbild sagt freilich nichts über den Erfolg gutgemeinter Initiativen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus. Ist es wirklich der richtige Weg, afghanischen Frauen Fahrräder zu schenken, damit sie sich von den Taliban fernhalten? Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Patrice McMahon hat dies für den Zeitraum seit Ende des Kalten Krieges untersucht und kommt zu einem Befund, der den wenigsten gefallen dürfte.

Internationale NGOs kritisiert sie wegen übermäßiger finanzieller Interessen und eines fehlgeleiteten Altruismus. Lokalen NGOs von Einheimischen wirft sie vor, sich ihre Ziele von ihren Geldgebern diktieren zu lassen und so die Bedürfnisse des eigenen Volkes aus den Augen zu verlieren. Und dem Westen mit den USA an der Spitze weist sie das Scheitern der verfolgten,

interventionistischen Außenpolitik mit menschlichem Antlitz nach.

Insbesondere sei es beinahe unmöglich, mit NGOs der »internationalen Gemeinschaft« die Vergangenheitsbewältigung zu lenken. Die Einheimischen würden dies als »bevormundend, unpassend und von Ungeduld geprägt« wahrnehmen. Als ebenso kompliziert hätte sich die Aussöhnung zwischen verschiedenen Ethnien erwiesen, so daß sich die meisten Projekte als Zeitverschwendung herausstellten.

Obwohl ihr Buch stellenweise sehr langatmig ist und McMahon sich mit Details verzettelt, gelingt es ihr dennoch, die dürftige Bilanz der NGOs in einen größeren, zeithistorischen Kontext einzubetten. Der Westen setzte auf diese Organisationen, als er bereits an imperialer Überdehnung *(imperial overstretch)* litt und aus diesem Grund Verantwortung abgeben wollte. Inzwischen dürfte sich aber zumindest bei den politischen und militärischen Eliten die Überzeugung durchgesetzt haben, daß mit den Beschäftigungstherapien der NGOs kein Blumentopf zu gewinnen ist. McMahon begründet diese Vermutung mit dem fehlenden Ehrgeiz des Westens, in Libyen eine Zivilgesellschaft aufzubauen.

Eine liberale Demokratie läßt sich anscheinend weder mit Drohnenkriegen noch Stuhlkreisen installieren. Es liegt somit nahe, dem Westen zu empfehlen, sich auf sich selbst zu konzentrieren.

FELIX MENZEL ■

Frigid, keusch, nymphoman, selbstbestimmt

Sandra Konrad: *Das beherrschte Geschlecht. Warum sie will, was er will,* München: Piper 2019. 382 S.,12 €

Falls ich es nicht überlesen habe, hat sich die Psychologin und Sozialwissenschaftlerin Sandra Konrad jenen berühmten Aphorismus von Friedrich Nietzsche entgehen lassen: Das Glück des Mannes *heißt*: ich *will*. Das Glück des Weibes *heißt*: *er will*. Nun, darauf läuft diese Studie der promovierten (Promotionsthema: *Jeder hat seinen eigenen Holocaust,* 2007) Fachfrau hinaus! Es gab in den vergangenen Jahrzehnten hunderte Titel zur ungefähren Frage, warum der Feminismus a) so wichtig und b) dennoch gescheitert sei. Frau Konrad verweigert sich der mutmaßlich gültigen Antwort (siehe Nietzsche) und hat dabei doch ein äußerst lesenswertes und – mit Ausnahme des obengenannten Casus Knaxus – wohldurchdachtes Buch über weibliche sexuelle Selbstbestimmung im 21. Jahrhundert geschrieben. Das letzte ihrer dutzenden Zwischenkapitel (darunter beispielsweise: *Schau! Mich! An! Warum sexy wichtiger ist als lustvoll* oder *Geiz ist geil und Flatrate-Bumsen – Die billige Frau)* darf man paradigmatisch lesen: *Das Diktat der sexuellen Freiheit oder der große Bluff.*



Wie schrieb Hippokrates, hier den Erzreaktionär gebend, im vierten vorchristlichen Jahrhundert? »Die Gebärmutter ist ein Tier, das glühend nach Kindern verlangt. Bleibt dasselbe nach der Pubertät lange Zeit unfruchtbar, so erzürnt es sich, durchzieht den Körper – und erzeugt allerlei Krankheiten.« Auch in folgenden Zeiten wurden Symptome wie Zähneknirschen, übergroße Ängstlichkeit oder »Erstickungsanfälle« mit einer arbeitslosen Gebärmutter erklärt. »Laß sie heiraten, und die Krankheit wird verschwinden«, riet Hippokrates. Gegen solche Ratschläge freilich sind familienpolitische Erwägungen selbst der AfD hyperfeministische Aufwallungen!

Spaß beiseite: Sandra Konrad hat als Paartherapeutin rund siebzig Frauen (achtzehn- bis fünfundvierzigjährig) über »ihre Sexualität« befragt. Frauen gehen heute unverbindliche (und auch als solches etikettierte) Sexualbeziehungen per Tinder etc. ein. Sie haben Affären, gukken Pornos und kaufen Sexspielzeug, eventuell vergnügen sie sich als Sextouristinnen in Afrika. »Die neue Frau erscheint in vielerlei Hinsicht wie der alte Mann: Sie sollen sexuell aktiv sein und Sex und Gefühle säuberlich trennen können.« Oft (Konrads Gesprächspartnerinnen liefern beredte Beispiele), wird die als »typisch weiblich« bewertete Sehnsucht nach einer Liebesbeziehung unterdrückt, um nicht schwach und abhängig zu wirken.

Wer sich je in »Freierforen«, sprich auf Bewertungsseiten für »Clubs« und Prostituierte umgeschaut hat (Konrad hat es; aus Sittengründen sehe ich von Zitaten ab), macht sich ohnehin keine Illusionen über den Spielstand zwischen Anthropologie und Feminismus.

Sandra Konrad schildert Tatsachen. Sie beklagt, daß es läuft, wie es läuft im Spiel der Geschlechter. Anläßlich der aufsehenerregenden feministischen Rede, die die Schauspielerin Emma Watson 2014 hielt, hebt sie die Beschimpfungen hervor, die Watson erhielt – in Wahrheit war die jubelnde Seite weit stärker. Hinter all dem stehen komplizierte Ideologien und Wunschvorstellungen zur allseits befreiten Frau. In Wahrheit aber mußte es so kommen, zur pornofizierten, kernhaft unglücklichen Frau, die nach dem Geschlechtsverkehr weinen muß, und zwar in Wahrheit deshalb, weil es wieder, in biologischer Hinsicht und aus Verhütungsgründen, eine Nullnummer war. Frau Konrad schält in diesem Buch sehr exakt heraus, inwiefern sich Frauen heute in sexueller Hinsicht dem Willen des Mannes (und dem »Trend«, *Bravo* : »Guck den Typen immer leicht von unten an. Das wirkt am süßesten.«) beugen. Allein, sie adressiert die Schuld falsch. Wieder so ein Buch für meine älteren Töchter.

ELLEN KOSITZA ■

Glatt wie ein Spiegel

Hartmut Rosa: *Unverfügbarkeit,* Wien / Salzburg: Residenz Verlag 2019. 131 S., 19 €

Mein Exemplar strotzt vor Anstreichungen zu Beginn des Buches und ist blütenweiß am Ende. Das liegt, wie schnell klar wurde, an der Repetitivität des Buches. Rosa sagt Bedenkliches, ja sogar Bedeutendes, aber er sagt es immer wieder, in Variation zwar, aber doch durchschaubar. Erst zum Ende des unverschämt gut lesbaren Buches, das man in drei, vier Stunden durch hat, zieht er – etwas überraschend, aber erfreulich – die Schrauben noch einmal an.

Im Grunde versucht er sich an einer neuen Großerzählung, nur spielen weder Ökonomie, Produktionsverhältnisse, Ideologie, Begehren, Angst und andere Zentralbegriffe verbrannter Welterklärungen die zentrale Rolle, sondern die »Resonanz«. So lautete auch sein voluminöser Bestseller und Vorläufer des vorliegenden Titels. Das Moment der Verfügbarkeit stellt letztlich nur einen Teilaspekt jenes »Beziehungsmodus« Resonanz dar, den Rosa zum archimedischen Punkt erklärt.

Diese Perspektive leistet einiges, aber sie verstrickt sich auch in etliche Widersprüche. Sie macht zuvörderst das Falsche und Verkehrte des spätmodernen Lebens sichtbar.

»Unverfügbarkeit konstituiert menschliches Leben und menschliche Grunderfahrung«, die Moderne wiederum zeichnet sich durch das wachsende Versprechen der Verfügbarkeit (»Reichweitenerweiterung«) aus und zwar, wie Rosa in diversen Exkursen darlegt, auf allen Ebenen: individuell, kulturell, institutionell und strukturell. Der Pferdefuß an der Verfügbarkeit ist der veränderte Weltzugang der Menschen: die Welt begegnet ihnen als Aggressionspunkt, als *to-do*-Liste, als noch zu Erledigendes, noch zu Erlebendes. Das freilich verunmöglicht das wahre Erleben, sprich den Resonanzzustand. Resonanz ist unverfügbar, sie ist eine Gabe, ein Geschenk.

Das alles ist nun nicht neu, man kennt ähnliche Gedanken aus Philosophie, Psychologie und Theologie zur Genüge, Rosa aber nimmt für sich in Anspruch, soziologisch zu argumentieren, er meint, daß unsere Bezogenheit zur Welt nicht anthropologisch festgelegt sei, sondern von den »sozialen und kulturellen Bedingungen, in die wir hinein sozialisiert werden«, primär abhänge. Wovon allerdings die sozialen und kulturellen Bedingungen abhängen, wird uns nicht erläutert.

Stattdessen widmet sich der Autor den Dimensionen der Verfügbarkeit, ihren Paradoxien, ihrem Ideal (Resonanz), der Unverfügbarkeit von Erfahrung und Begehren, der modernen Verfügbarkeit im Laufe eines individuellen Lebens von Geburt bis Tod oder ihrer Bedeutung als institutionelle Notwendigkeit.

Das alles ist immer wieder so angelegt, daß der Leser einen Selbsterkenntniseffekt erlebt. Ein gelungener Blick in den Spiegel. Ein Verweisen auf die Hamsterräder, in denen wir alle laufen, die Glashäuser, in denen wir sitzen. Auch wenn sich Rosa zahlreich Unterstützung aus der großen weiten Welt der Philosophie holt, bleibt die Nähe zum New Age nicht unbemerkt.

Man könnte meinen, das Buch sei zu glatt, es fehle dem Verfasser an Mut, wirklich widerständig zu sein. Alles ist sauber in PC, keine Beanstandungen, nichts hat Vor- oder Nachteile, man legt nur wertfrei dar etc. Nur wenn man die leisen Töne vernehmen will, die blitzartig auf- und untertauchenden Äußerungen zu Heimat, Tradition, Abtreibung, Asyl oder die »unkontrollierbare Eigendynamik der Medien«, dann könnte man einen Kryptorechten vermuten. Aber psst!, das bleibt unter uns – man will schließlich keine Karrieren verbauen.

Nur ganz zum Schluß verrät er sich mit seinem ausgeprägten Kulturpessimismus, da möchte man ihn fast brüderlich in die Arme schließen: »Das Programm der Verfügbarmachung der Welt droht am Ende zu einer radikalen Unverfügbarkeit zu führen, die kategorial anders und schlimmer ist als die ursprüngliche Unverfügbarkeit …«

Noch ein bißchen mehr Mut, vielleicht noch ein Buch über die »Resonanz der Liebe« und Rosa hätte das Zeug, der Erich Fromm der Generationen X bis Z zu werden.

JÖRG SEIDEL ■

So geht's nicht

Julia Wöllenstein: *Von Kartoffeln und Kanaken: Warum Integration im Klassenzimmer scheitert. Eine Lehrerin stellt klare Forderungen,* München: mvg 2019. 192 S., 14.99 €

Auf die Frage eines Staatsfunkmoderators, warum sie denn per Titel bereits Ressentiments reproduziere, antwortete die (sich selbst sicher nicht als »rechts« verstehende) Autorin sinngemäß, man dürfe keinen Puderzucker über eine Speise verstreuen, die einfach bitter sei. Sie hat recht. Denn natürlich geht es auf Schulhöfen seit Jahrzehnten vehement um solche Begriffe, die von den Absendern kaum mehr als Kampfsprache begriffen werden: voll normal. Es sind in den vergangenen Jahren bereits einige Bücher – beispielsweise von Ingrid Freimuth und von Ursula Sarrazin – erschienen, die sich praxisnah dem multikulturellen Alltag an Schulen widmeten. Dieses hier ist viel weniger polemisch und auch keine reine Nähkästchenplauderei, wie es der Titel vermuten ließe. Es ist auch kein Beispiel dafür, daß sich »die Grenze des Sagbaren« nach rechts verschoben hat. Die Kasseler Gesamtschullehrerin (daneben ausgebildete Theater-

und Sozialpädagogin sowie Lehrbeauftragte an der Uni Kassel, und Mutter dreier Kinder) Julia Wöllenstein (* 1976) hat mit Sicherheit keine politischen Rechnungen offen. Daß sie ihre zum Teil schwierigen Schüler wertschätzt, wird auf jeder Seite deutlich. Und doch – so, findet sie, funktioniert die multikulturelle Gesellschaft niemals. Sie schildert ausführlich die Probleme, die sich ergeben, wenn Schülerinnen ab Klasse 5 plötzlich Kopftuch tragen und nicht zum Schwimmunterricht dürfen; wenn Elterngespräche zwar administrativ vorgeschrieben sind, aber an Sprachverständnis kranken; wenn im Ramadan Schüler zusammenbrechen und gleichzeitig andere Schüler beschimpfen, die die Fastengebote nicht einhalten. Beispielsweise gibt es eine Schülerfreistellung zum muslimischen Opferfest – seltsam, findet Wöllenstein, zumal diese Feier vor dem Morgengrauen stattfände, so daß die Kinder es noch locker zum Unterricht schaffen würden. Und: Eine Kollegin stellte »halb belustigt, halb sauer« fest, daß in ihrem Ethikkurs, der zu 100 Prozent aus bekennenden Muslimen bestünde, niemand wußte, warum dieses – das höchste islamische! – Fest gefeiert werde. Mit Schaudern bemerkt die Autorin, daß von Seiten der Jugendämter patriarchalische Parallelstrukturen inklusive Gewaltanwendung – mit Rücksicht auf den »kulturellen Hintergrund« – immer häufiger geduldet werden. Das führe aufgrund des »Schneeballprinzips« dazu, daß es immer mehr undemokratische Familienstrukturen in Deutschland geben werde. Hinzu kommt: Wenn Wöllenstein in ihren Klassen nach den Berufswünschen ihrer Schüler (meist mit Migrationshintergrund) fragt, lauten die Antworten meist: Arzt, Anwalt. Drunter gehts nicht. Wöllenstein: »Unsere Gesellschaft braucht ein breites Spektrum an unterschiedlich begabten Menschen, um zu funktionieren. Menschen, die Brot backen, die Straßen reinigen oder Alte und Kranke pflegen, halten unsere Gesellschaft zusammen. Um ehrlich zu sein, sind sie in der Regel wichtiger als der tausendste Kulturwissenschaftler.«

ELLEN KOSITZA ▪



Kriegsverbrechen Vergewaltigung

Miriam Gebhardt: *Wir Kinder der Gewalt: Wie Frauen und Familien bis heute unter den Folgen der Massenvergewaltigungen bei Kriegsende leiden,* München: Deutsche Verlags-Anstalt 2019. 304 S., 24 €

Miriam Gebhardt ist gelernte Journalistin, habilitierte Historikerin und lehrt jetzt auch Geschichte als außerplanmäßige Professorin. Die Reihenfolge ist wichtig. Zu ihren Schwerpunkten gehören die Geschichte der Frauenbewegung sowie die deutsch-jüdische Geschichte, Themen also, die echte Karriereversprechen sind. 2015 veröffentlichte sie das – je nach politischer Haltung – polarisierende Werk *Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs* (*Sezession* 66, 2015). Das Buch wurde zum *Spiegel*-Bestseller. In diesem Jahr kommt sie, nachdem sie 2017 schnell ein Buch über die Weiße Rose rausgehauen hat, auf das Thema zurück und legt *Wir Kinder der Gewalt: Wie Frauen und Familien bis heute unter den Folgen der Massenvergewaltigungen bei Kriegsende leiden* vor. Dieses Buch kann als Fortsetzung von *Als die Soldaten kamen* gelesen werden, es beschäftigt sich mit den transgenerationalen Auswirkungen der Massenvergewaltigungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Es besteht aus aktuellen Interviewberichten mit Kindern von Vergewaltigungsopfern und beschreibt in drastischen Bildern die Taten ab 1945 und die Folgen für die Nachfolgegenerationen. Gebhardt arbeitet glaubhaft heraus, daß die Kinder von schwerst- und mehrfachvergewaltigten Frauen meist selbst schwere seelische Schäden erlitten. Für sich genommen wäre das ein wichtiger Beitrag zur Überwindung des irre schillernden Bundeshauptfetischs, genannt Drittes Reich. Doch die karrierebewußte Gebhardt merkt, daß sie sich hier auf dünnem Eis bewegt und pumpt an sich lesenswerte 100 Seiten zu 300 Seiten Morallektüre auf. Der Modus ist immer gleich: ein informationsgesättigter Absatz und dann zwei verquaste Absätze, in denen sie herleitet, daß die Deutschen vor allem selbst schuld waren. Mit der Dauer steigert sich das ins Unerträgliche, weil die Klassenbeste auch wirklich jedem beweisen will, daß sie nicht für den Kopp Verlag schreibt. Eine für Gebhardt logische Schuldzuweisung klingt so: »Deutsche Männer (und Frauen) hatten im Krieg selbst das sexuelle Selbstbestimmungsrecht anderer Menschen massenhaft verletzt …«. Und nach Gebhardts Logik kommt dann der Bumerang zu den deutschen Frauen zurück. Ok. Man könnte das mit übermenschlichem Wohlwollen überlesen und festhalten, daß der Komplex der nachweisbaren, transgenerationalen Spätfolgen für das deutsche Selbstbild bedeutsam ist und Beachtung verdient. Der Mund bleibt einem aber offenstehen, wenn man es bis in die umfangreiche Nachbetrachtung des Buches (das Gebhardt trotzig »Studie« nennt, welches aber höchstens Feuilletonniveau erreicht) geschafft hat. In vielen Medienberichten zum Buch stellte Gebhardt selbst, wohl auf die Verkaufszahlen schielend, den steilen Zusammenhang zwischen den Massenvergewaltigungen nach 1945 und der Kölner Silvesternacht ff. her. Nachdem sie auch #MeToo



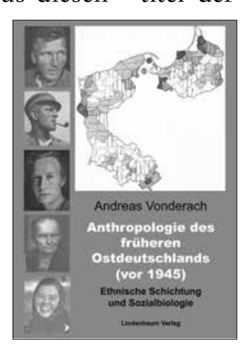
als latente Spätfolge einer sexuell beschädigten Generationsfolge gestreift hat, stellt sie mit topaktuellen Zahlen von 2003! zur Relativierung der gegenwärtigen Angst vor dem schwarzen Mann fest, daß beispielsweise in Bayern nur (!) 4,3 Prozent der Vergewaltigungen überfallsmäßig im öffentlichen Raum stattfanden, um dann eine Feststellung zu treffen, mit der sie nicht nur die damaligen und heutigen Opfer sexueller Gewalt verhöhnt, sondern auch den Lesern die Gebhardtsche (dummdreiste) Borniertheit kübelweise ins Gesicht schüttet. 2019 schreibt sie tatsächlich: »Doch noch immer wird sexuellen Nötigungen und Vergewaltigungen im öffentlichen Raum durch fremde männliche Täter medial eine viel zu große Bedeutung zugeschrieben«, das sei, so subsummiert sie, eigentlich nur eine Form der »German Angst«. Die »Deutsche Verlags-*Anstalt*« macht ihrem Namen alle Ehre. Wer sich ernsthaft und sachlich mit den transgenerationalen Spätfolgen nach 1945 auseinandersetzen möchte, sollte zu Werken von Sabine Bode greifen.

MATTHIAS MÜLLER-BRINKMANN ■

Gesicht zeigen!

Andreas Vonderach: *Anthropologie des früheren Ostdeutschlands (vor 1945). Ethnische Schichtung und Sozialbiologie,* Beltheim-Schnellbach: Lindenbaum 2019. 128 S., 18 €

Bücher, die sich mit sichtbaren anthropologischen Merkmalen befassen, wirken in unserer Zeit fremd und deplaziert. Fremd, weil wir uns daran gewöhnt haben, alles mit genetischen Merkmalen zu beschreiben, und deplaziert, weil anthropologisches Meßbesteck unweigerlich Assoziationen an eine Zeit auslöst, in der man es damit übertrieben hat. Aus diesen beiden Gründen hat die Anthropologie auch keinen universitären Rückhalt mehr, und Wissenschaftler wie Andreas Vonderach müssen ihre Forschungen ohne institutionellen Rahmen betreiben. Auf der anderen Seite steht ein unverwüstliches Interesse an einer Anthropologie, die sich auf das bezieht, was man sehen und sichtbar machen kann. Der Grund dafür liegt nahe. Der Blick in den Spiegel und in die Gesichter unserer Zeitgenossen macht Unterscheide und Gemeinsamkeiten schlagartig deutlich.



Das Material der vorliegenden Studie verdankt sein Vorhandensein und vor allem seine Verfügbarkeit der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. Auch wenn es schon seit der Kaiserzeit zahlreiche Reihenuntersuchungen in Deutschland gab, ist man offenbar nie dazu gekommen, die Bevölkerung der deutschen Ostgebiete systematisch zu untersuchen. Da diese nach 1945 in alle Winde verstreut wurde, sind die von Vonderach verarbeiteten Daten ein Nebenprodukt einer Untersuchung in Westfalen aus den Jahren 1955 bis 1958, bei der 22000 Schulkinder im Alter von 14 Jahren untersucht wurden. Darunter waren ca. 5000 Kinder aus den Ostgebieten, von denen 2759 in die vorliegende Auswertung einbezogen wurden, weil mindesten drei Großeltern von ihnen bereits in den Ostgebieten ansässig waren. Auch wenn die Untersuchung durch die Rede von »Nordiden« und »Alpinen« wiederum etwas unzeitgemäß klingt, so fördert die Studie doch interessante Befunde zutage, die vor allem für Nachfahren von Vertriebenen von Bedeutung sein dürften, z.B. wenn es darum geht, die Salzburger im ostpreußischen Völkergemisch zu identifizieren oder Korrelationen von körperlichen Merkmalen und sozialer Schichtung zu finden. Da die Vertriebenen mittlerweile in der Bevölkerung Restdeutschlands aufgegangen sind, wirkt diese Untersuchung wie ein unverstellter Blick in die Vergangenheit, der durch eine abgelegte Brille gewagt wird.

ERIK LEHNERT ■

Kriegsende in Sachsen

Hendrik Thoß / Mario H. Müller (Hrsg.): *Das Kriegsende in Sachsen 1945,* Berlin: Duncker & Humblot 2018 (Chemnitzer Europastudien; 20). 115 S., 69.90 €

Dirk Reitz / Hendrik Thoß (Hrsg.): *Sachsen, Deutschland und Europa im Zeitalter der Weltkriege,* Berlin: Duncker & Humblot 2019 (*Chemnitzer Europastudien* 22). 371 S., 99.90 €

Auch wenn Sachsen eine nicht nur historisch wichtige Region in Deutschland (und damit auch Europa) ist, besteht zwischen dem Reihentitel der beiden Sammelbände und dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt eine gewisse Spannung, die sich auch im Laufe der Lektüre nicht so recht auflösen will. Beide Bände sind Resultat von Ringvorlesungen und Kolloquien, die ihren Ausgangspunkt am Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz haben. Diese Verortung schlägt sich in zahlreichen Beiträgen zu regionalgeschichtlichen Aspekten der beiden Weltkriege nieder. Für die europäische Dimension sorgen Überblicksbeiträge, die mit Sachsen größtenteils nicht viel zu tun haben.

In beiden Bänden sind als maßgebliche Beiträger die Historiker Hendrik Thoß, der am oben genannten Lehrstuhl als Wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig ist, Dirk Reitz vom Volksbund Kriegsgräberfürsorge sowie Uwe Fiedler, Leiter der Chemnitzer Schloßbergmuseums, vertreten. Inhaltlich ergänzen sich die Bände, wenngleich die europäische Dimension im letzten eine größere Rolle spielt und sich einige Fra-

gestellungen wiederholen. Das betrifft vor allem die Themenkomplexe »Flucht und Vertreibung«, Bombenkrieg und »Befreiung oder Niederlage«, die alle für Sachsen eine besondere Bedeutung haben. Obwohl Sachsen nur einen ganz kleinen Teil seines ursprünglichen Territoriums durch die Niederlage verloren hat, stand es als erstes Ziel der schlesischen und sudetendeutschen Flüchtlinge vor besonderen Herausforderungen. Die Bewältigung durch die SBZ- und DDR-Behörden unterschied sich grundlegend von derjenigen in Westdeutschland, was ein interessantes Schlaglicht auf die Frage der Identitätsbewährung der Vertriebenen unter DDR-Verhältnissen wirft. Der Bombenkrieg kam zwar erst verhältnismäßig spät nach Sachsen, da der Anflug erst nach der alliierten Landung in der Normandie unproblematisch war, wurde dann aber in einer Heftigkeit geführt, die sich tief in das kollektive Gedächtnis der Sachsen eingebrannt hat. Eine ganz spezielle Bewandtnis hat die Frage »Befreiung oder Niederlage«, da Sachsen nicht nur gleichzeitig von Russen und Amerikanern besetzt wurde, wobei letztere bald wieder abziehen mußten, sondern mit dem zwei Monate lang unbesetzt gebliebenen Kreis Schwarzenberg über eine Kuriosität verfügt, die später zur Legende der »Republik Schwarzenberg« verklärt wurde. Auch wenn sich die Geschichtspolitik der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile auf die »Befreiung« geeinigt und damit eine Sprachregelung der DDR-Kommunisten übernommen hat, dürfte am Beispiel Sachsen deutlich werden, daß die Situation deutlich komplexer war. Abgerundet wird dieses Thema durch eine unter operationsgeschichtlichen Gesichtspunkten erzählte Geschichte der Besetzung Sachsens, die ruhig etwas detaillierter hätte ausfallen können.

Neben diesen sächsischen Spezialfällen, zu denen noch die Heimatfront, die wunderliche Persönlichkeit des letzten Königs, die Kriegsziele der sächsischen Politiker oder auch die Entrechtung und Verfolgung der Chemnitzer Juden gehören, gibt es auch breiter angelegte Betrachtungen in den Bänden. Sie basieren allerdings in der Regel auf Buchpublikationen der Autoren und bieten inhaltlich wenig Neues (z.B. zu Ludendorffs Ostpolitik, zu Friedensinitiativen während des Ersten Weltkriegs und zum Propagandakrieg). Überblicksdarstellungen gibt es zu zwei wichtigen Daten, dem Versailler Vertrag und dem Beginn des Rußlandfeldzugs 1941. Während der Beitrag zu Versailles seine souveräne Behandlung des Themas durchhält, ist der Autor beim Rußlandfeldzug zwar bemüht, die verschiedenen Argumentationen, die für oder gegen einen deutschen Präventivschlag sprechen, fair nebeneinanderzustellen, scheitert dann aber daran, einen ebensolchen Schluß daraus zu ziehen, indem er einfach die Fragestellung verläßt: »Der deutsche Angriff war kein Präventivkrieg, sondern ein Eroberungskrieg gigantischen, wahnwitzigen und verbrecherischen Ausmaßes.« Dem aufmerksamen Leser werden allerdings solcherlei Superlative nicht die Schwächen der Argumentation verdecken. Vielleicht nehmen die Verantwortlichen der Reihe das zum Anlaß, ein Kolloquium zu einem Thema zu machen, das dem Reihentitel gerecht wird: dem Schicksalsjahr 1941.

ERIK LEHNERT ■

Wortgewalt

Wolfgang Mieder / Andreas Nolte: »Ein Schwert hält das andere in der Scheide«. Otto von Bismarcks sprichwörtliche Rhetorik, Würzburg: Königshausen & Neumann 2018. 526 S., 49.80 €

Wolfgang Mieder / Andreas Nolte
„Ein Schwert hält das andere in der Scheide"
Otto von Bismarcks sprichwörtliche Rhetorik
Königshausen & Neumann

»Ich habe das allgemeine Wahlrecht akzeptiert mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition. In den deutschen Rivalitäten mit den Gegnern des Reiches war die Karte einmal ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft mitgefunden.« Diese Sätze aus einer Rede Bismarcks sind ein Beispiel für seinen virtuosen Gebrauch der deutschen Sprache, die er in diesem Fall zur Rechtfertigung seines eigenen Handelns einsetzte. Er bedient sich dabei, und darum geht es den Autoren des vorliegenden Bandes, eines Sprichwortes, in diesem Fall: »Die Karten auf den Tisch legen«, das er situativ variiert und durch die Skat-Redewendung des »Karte finden« ergänzt. Wenn man den Autoren glauben darf, gibt es insgesamt 2945 solcher und ähnlicher Bezugnahmen auf Sprichwörter und Redewendungen im Werk Bismarcks.

Die Autoren haben sich nicht zum ersten Mal die Mühe gemacht, das Werk eines berühmten Politikers nach solchen Bezügen zu durchforsten, sondern sich zuvor bereits an Helmut Schmidt und Willy Brandt abgearbeitet. Bei Bismarck scheint die Sache naheliegend zu sein, weil die bundesrepublikanischen Bundeskanzler wesentlich mehr Rücksichten nehmen mußten als Bismarck. Der war vor allem seinem Herrn, dem Kaiser und König, Untertan und teilte sonst recht herzhaft nach allen Seiten aus. Wenn man den Vergleich mit heutigen Politikerreden und Publikationen wagt, so fällt er für unsere Zeit verheerend aus und man wünscht sich für die Zukunft, eine ähnlich gebildete und wortgewaltige Politikergeneration, wie sie zu Bismarcks Zeiten ohne Vollakademisierung offenbar mühelos möglich war und vor allem von allen verstanden wurde. Insofern ist dieses im Hauptteil nach Stichworten gegliederte Werk eine sehr nützliche Hilfe bei der Suche nach passenden Zitaten und eine unterhaltsame Heranführung an Bismarcks Werk.

ERIK LEHNERT ■

Sezession

Überblick 2019, 17. Jahrgang

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2019 im siebzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

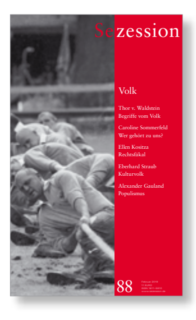
Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- 50 € im Normalbezug,
- 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- 75 € im Förderabonnement,
- 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2019

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Die große Autorenschlacht* von Günter Scholdt portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra



Heft 88 / Februar / 11 €
Thema: »Volk«
80 Seiten, Beiträge u.a.:

Thor v. Waldstein
Begriffe vom Volk

Caroline Sommerfeld
Wer gehört zu uns?

Eberhard Straub
Kulturvolk

Alexander Gauland
Populismus



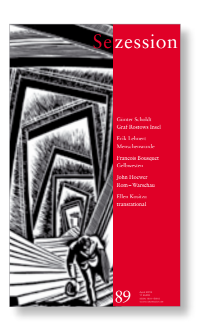
Heft 91 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenporträt
Antoine de Saint-Exupéry

Erik Lehnert
Stauffenbergs Fanal

Konrad Weiß
Alternativgeschichte

Stefan Scheil
Unternehmen Barbarossa



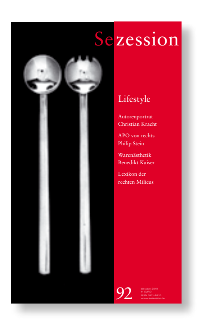
Heft 89 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Günter Scholdt
Graf Rostows Insel

Stefan Scheil
Schaut auf dieses Land

Francois Bousquet
Gelbwesten

Martin Lichtmesz
Zwei Jahre Trump



Heft 92 / Oktober / 11 €
Thema: »Lifestyle«
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenporträt
Christian Kracht

Philip Stein
APO von rechts

Benedikt Kaiser
Warenästhetik und Post-Politik

Lexikon der
rechten Milieus



Heft 90 / Juni / 11 €
Thema: »Sachsen«
80 Seiten, Beiträge u.a.:

Maximilian Krah
Mehr Sachsen

Uwe Tellkamp
Spätes Atlantis

Benedikt Kaiser
AfD im Osten

Thomas Wawerka
Christen im Osten



Heft 93 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenporträt
Theodor Fontane

Götz Kubitschek
Was wir lesen

Till-Lucas Wessels
Neue Gedichte

Ellen Kositza
Das war 2019

Die Sachsen verdanken das, was sie sind, nicht ihrer Gemütlichkeit, sondern ihrer Energie. Diese Energie hat einen Beisatz von Nervosität, ist aber trotzdem als Lebens- und Kraftäusserung größer als bei irgend einem anderen deutschen Stamm. Ihre Kulturüberlegenheit wurzelt in ihrer Bildungsüberlegenheit, die nicht vom neusten Datum, sondern fast 400 Jahre alt ist!

Theodor Fontane

www.sezession.de